



BAYERISCHE

GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Zukunftsrat-Studie:

Ländlicher Raum quo vadis?

Hohe Wellen schlägt weiterhin das vom Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung vorgelegte Gutachten mit dem Titel „Zukunftsfähige Gesellschaft - Bayern in der fortschreitenden Internationalisierung“. Insbesondere das Kapitel „Metropolregionen und ländlicher Raum“ hat für helle Aufregung und allerlei Diskussionen gesorgt.

Der unter www.bayern.de im Internet im Wortlaut einsehbare 100-seitige Bericht wurde von einem unabhängigen Beratergremium mit führenden Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und der gesellschaftlichen Gruppen Bayerns unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Herbert Henzler, Credit Suisse, London, erstellt. Die Analyse der Trends bewiese demnach eindeutig, dass ein Weitermachen wie bisher für die Zukunft keine Option sein kann. Laut Bericht steht Bayern zwar noch, insbesondere im nationalen Vergleich, hervorragend da, im Dynamik-Ranking werde es aber bereits auf die hinteren Plätze verwiesen.

Bevölkerungswachstum

Schon jetzt zeige sich, dass sich in großen Regionen im Norden und Osten Bayerns die Bevölkerungszahl eher negativ entwickelt. Gleichzeitig finde ein nennenswerter Bevölkerungszuwachs primär nur noch in Oberbayern statt. Selbst Wirtschaftszentren wie Erlangen/Nürnberg/Fürth wiesen keine eindeutig positive Entwicklung auf.

Der beschriebene Zukunftsindikator „ermöglicht eine gezielte Entwicklung der heterogenen Strukturen Bayerns auf der Grundlage einer neuen Wohlstandsformel“ und „erlaubt damit eine neue Bewertung abseits der Eindimensionalität der rein wirtschaftlichen Betrachtung“, heißt es in dem Gutachten. Der Zukunftsindikator könne durch Zusammenführung der in Spannung zueinander stehenden Aspekte ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, Lebensqualität und ökologische Nachhaltigkeit eine nachhaltige Messgröße für

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

den. Potente Städte in der Fläche Bayerns müssten zu überregionalen Leistungszentren ausgebaut werden, sie sollten in ihrer Gesamtheit die bayerische Bevölkerung in einem 60-Minuten-Radius der Erreichbarkeit abdecken. Die Leistungszentren selbst müssten durch enge Vernetzung untereinander gestärkt werden.

Leistungsfähigkeit

Die unterschiedlich strukturierten Regionen Bayerns sollten dabei entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit entwickelt werden, so die Empfehlung des Zukunftsrats. Ob die Entwicklung einer Region in Richtung eines urbanen wirtschaftlichen Zentrums, einer ländlichen Region oder eines geschützten Naturbereichs gehen soll, sei dabei nicht entscheidend. „Wichtig ist eine Vernetzung aller drei Standorttypen in der Fläche Bayerns, nur so lässt sich eine ausgewogene Entwicklung gewährleisten.“ Allen Regionen sei der Zugang zu den notwendigen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und den Bildungsressourcen zu gewährleisten.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Preisverleihung im Wettbewerb der Regionalbewegungen an das Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ aus Cham auf der Grünen Woche in Berlin.

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2011:

Wertschöpfung und Perspektiven

„Wir wollen künftig die Region als Marke noch besser verkaufen. So liegt in regionalen Produkten und regionalen Leistungen noch viel Potenzial, das wir heben wollen“, stellte Bundesagrarministerin Ilse Aigner beim 4. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2011 auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin fest. Lebendige ländliche Räume, so Aigner, seien untrennbar mit der Erschließung solcher Wertschöpfungspotenziale verbunden.

Um möglichst viel Wertschöpfung in der Region zu halten, seien die Vermarktung regionaler Produkte und der Ausbau von Wertschöpfungsketten wichtige Faktoren. „Regionale Qualitätsprodukte halten die Wertschöpfung in der Region und erzielen auf dem Markt oft einen höheren Preis. Ich setze mich für klare Spielregeln ein, um diese Produkte für den Verbraucher erkennbarer zu machen“, bemerkte Aigner. Sie werde eine Region

nalkennzeichnung auf den Weg bringen, die den Verbrauchern mehr Transparenz über die Herkunft der Produkte gewährleiste. Auch auf europäischer Ebene werde in diese Richtung gedacht, aus Brüssel habe sie bereits positive Signale erhalten.

Stabilität

„Leistungsfähige Unternehmen vor allem in mittelständischen Strukturen und gesunde

Bayerische Sozialpolitik:

Eigenverantwortung und Solidarität

Jahrespressekonferenz in München
Ministerin Haderthauer: Pflege als ein Megathema 2011

„Unsere Leitidee ist klar: Bayerische Arbeits- und Sozialpolitik will Chancen eröffnen, Sicherheit geben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Dafür setzen wir auf eine fordernde und fördernde Balance von Eigenverantwortung und Solidarität“, machte Sozialministerin Christine Haderthauer bei der Jahrespressekonferenz ihres Ministeriums in München deutlich. Gleichzeitig müsse man den demographischen Wandel als Gestaltungschance begreifen, um den notwendigen Wandel in der Arbeitswelt, in der sozialen Infrastruktur und im Miteinander der Generationen herbeizuführen, „damit Bayern auch in Zukunft das Land der Chancen, der sozialen Sicherheit und des Zusammenhalts ist“.

Für Ministerin Haderthauer steht bei ihrer Arbeit in diesem Jahr die Pflege im Mittelpunkt. In Bayern werde es in Zukunft einen Beauftragten und eine 24-Stunden-Hotline für die Pflege

geben. Die Pflege sei somit eines der „Megathemen 2011“. Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte benötigten eine Anlaufstelle, bei der sie vertraulich und anonym ihre Anliegen vorbringen könnten. Deshalb habe sie, Haderthauer, den stellvertretenden Amtschef des Sozialministeriums, Werner Zwick, als Pflege-Beauftragten eingesetzt. Heute gebe es in Deutschland 2,37 Millionen Pflegebedürftige, bis 2030 werden es voraussichtlich 3,4 Millionen sein. „Wir müssen die Attraktivität des Pflegeberufs verbessern, um einem akuten Personalmangel vorzubeugen. Ich appelliere an die verantwortlichen Träger, Pflege angemessen zu entlohnen - gute Arbeit braucht gutes Gehalt. Es kann nicht sein, dass wir dem, der ein Auto wartet, mehr zahlen, als dem, der einen Menschen pflegt. Zudem muss die überbordende Bürokratie schleunigst beseitigt werden. Wer diesen Beruf wählt, will mit Menschen arbeiten und nicht am Schreibtisch“, erklärte Haderthauer.

Höchste Zeit

Mit Blick auf immer mehr pflegebedürftige Menschen werde es zudem höchste Zeit, dass der Bund die Pflegereform angeht. So müssten Demenzkranke in die Pflegeversicherung einbezogen werden. Bei der Frage der Finanzierung durch eine ergänzende kapitalgedeckte Zusatzversicherung plädierte die Ministerin für eine offene Diskussion. „Vor einer Festlegung müssen noch wichtige Fragen beantwort-

tet werden, vor allem wie hoch der bürokratische Aufwand einer ‘zweiten Säule’ ist und wie die Finanzierung auch weiterhin solidarisch gestaltet werden kann.“

Pflege-TÜV

Was den Pflege-TÜV anbelangt, versprach die Ministerin, nicht lockerzulassen, bis die



Christine Haderthauer.

Mängel abgestellt seien. „Es kann nicht länger angehen, dass ein Heim schwere Pflegemängel durch die Lesefreundlichkeit der Speisekarte ausgleichen kann. Der Bundesgesundheitsminister hat angekündigt, den Sanierungsfall Pflege-TÜV endlich (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Am besten, man stellt sich nicht zu bildlich vor, was alles in unserem alltäglichen Essen enthalten ist. Dabei weiß der Bürgermeister durchaus, wie man auf Nummer sicher gehen kann: Ein reflektierter Einkauf und Konsum jedes Einzelnen würde schon viel verbessern, weshalb auch er mit gutem Beispiel vorangeht. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Regierungserklärung: Bayern gut gerüstet	2
Steuereinnahmen gerechter verteilen	2
GZ-Kolumne Stefan Rölle: Zivildienstleistende werden fehlen	3
Für einen gerechteren Länderfinanzausgleich	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunaler Bau	8-10
Wasser · Abwasser	11-12
Freizeit · Fremdenverkehr	13
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Regierungserklärung im Landtag:

Bayern gut gerüstet

Aktionsprogramm „Aufbruch Bayern“ mit schuldenfreiem Haushalt

Mit dem Aktionsprogramm „Aufbruch Bayern“ sieht Ministerpräsident Horst Seehofer den Freistaat gut gerüstet für die Zukunft. Weiterhin gestützt auf einen Haushalt ohne Neuverschuldung soll Bayerns Spitzenposition in Deutschland unter Beteiligung der Bevölkerung und der Kommunen insbesondere in den Bereichen Familie, Bildung und Innovation weiter voran gebracht werden, und zwar in allen Regionen. Seine Regierungserklärung im Landtag war ungeachtet interner Differenzen ein Bekenntnis zur schwarz-gelben Koalition, was sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil in einem „Statement“ ausdrücklich bestätigte. Für die drei Oppositionsfraktionen war und bleibt „Aufbruch Bayern“ ein Etikettenschwindel, aufgebaut auf Luftschlössern und behindert durch das Milliarden-desaster des Landesbankskandals. Der einzige Aufbruch sei der massenhafte Aufbruch von Straßendecken, wie SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher spottete.

Bayern soll nach den Worten des Ministerpräsidenten das kinder- und familienfreundlichste Land in Deutschland werden. Bildung sei die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. 2 Mrd. Euro seien im Etat zusätzlich dafür eingeplant. Untrennbar damit verbunden sei das Wirtschaftswachstum. Mit „Aufbruch Bayern“ „setzen wir auf die bayerischen Exportschlager von morgen, wie Elektromobilität, Umwelttechnik, Bio-Systemforschung und Hightech-Medizin“. Das Wachstum müsse jedoch vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. In der Energieversorgung gehe der Weg zu den erneuerbaren Energien, wofür zunächst noch die Nutzung der Kernkraft vonnöten sei.

Leistungszentren

Mit Blick auf das kurz vor der Regierungserklärung bekannt gewordene Gutachten des Zukunftsrates Bayern - ein Gremium mit 22 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik - versicherte Seehofer, die Entscheidung über die Empfehlungen dieses Gremiums liege letztlich beim Landtag. In seiner „Studie“ empfiehlt der Zukunftsrat, die städtischen Regionen München, Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Regensburg und Würzburg zu „Leistungszentren“ auszubauen.

Randgebiete wie Nordostoberfranken, Oberpfalz und Niederbayern sollten ihre Zusammenarbeit mit Sachsen und Thüringen, Tschechien und Österreich verstärken. Das hat in allen Landtagsfraktionen heftige Proteste ausgelöst. Die Vorsitzenden von Landkreis- und Gemeindetag Jakob Kreidl und Uwe Brandl (bei-

de CSU) werteten das Gutachten als „Todesstoß für den ländlichen Raum“, das Bayern spalten werde. Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger (CSU) sprach sich für sorgfältige, unvoreingenommene Prüfung der Zukunftsratsempfehlungen aus.

Aktive Beteiligung

Der Ministerpräsident betonte, der „Aufbruch Bayern“ werde unter aktiver Beteiligung und Mitentscheidung der Menschen in Stadt und Land gestaltet. Es gehe nicht um „Markt pur“, sondern um die „solidarische Leistungsgesellschaft“. Zur Zukunftsratsstudie stellte sich Seehofer am Tag nach der Regierungserklärung im Internet den Fragen und Protesten. In der CSU-Fraktion kündigte er an, vor Ort mit „Multiplikatoren“ und den CSU-Gremien über die regionale Entwicklung zu sprechen. Am 8. Februar soll der von der Staatsregierung für zwei Jahre berufene, unabhängige Zukunftsrat mit 22 Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik im Kabinett Rede und Antwort stehen. Dessen Vorsitzender, der Unternehmensberater Herbert Henzler, wehrte sich nach der Landtagsdebatte gegen die Kritik. Es gehe nicht um Benachteiligung einzelner Gebiete, sondern um Leistungszentren, die weit in den ländlichen Raum ausstrahlen. Man dürfe die Entwicklung nicht so weiterlaufen lassen wie bisher.

Starke Zweifel

Die Fraktionschefs Markus Rinderspacher (SPD), Hubert Aiwanger (FW) und Thomas Mütze (Grüne) bezogen sich in

ihrer strikten Ablehnung der Studie auch auf CSU-Politiker wie den Wirtschaftsausschussvorsitzenden Erwin Huber (CSU). Starke Zweifel äußerten alle drei am schuldenfreien Haushalt. Er werde nur erreicht, weil die letzten staatlichen Beteiligungen verkauft würden und die 10 Mrd. Euro für die Landesbank getrennt verbucht werden. Rinderspacher hatte dazu vor der Sitzung der Öffentlichkeit eine Schuldenuhr präsentiert, wonach jeder bayerische Steuerzahler jeden Tag 940.000 Euro an Zinsen für das Landesbank-Desaster zu zahlen habe. Aiwanger beklagte auch die Finanznot der Kommunen.

Premiumland

Wirtschaftsminister Zeil sprach für die FDP an Stelle des Fraktionsvorsitzenden Thomas Hacker. Er stellte sich voll hinter das Aktionsprogramm und betonte, dass Bayern ein Premiumland sei, „liegt natürlich auch an den Parteien, die dieses schöne Land regieren“. Die Menschen wüssten das und wollen, „dass es so bleibt“. Die Strategie der Staatsregierung sei „der deutlichste Kontrast zu Rot-Grün“. Mit dem Programm werde eine Milliarde gezielt in Schlüsselbereiche investiert. Die Bildungs Offensive sei mit Hilfe der FDP eingeleitet worden. Die Breitbandversorgung des Landes werde von seinem Ministerium jetzt vollendet. In der auf frühere Regierungen zurückgehenden Landesbankkrise seien „die Weichen neu gestellt worden“, nachdem „schwere und für den Steuerzahler kostspielige Fehler gemacht“ worden seien, die nun ohne Ansehen der Person und nach streng rechtsstaatlichen Regeln aufgearbeitet werden müssten. Zum Konflikt mit der CSU über Anwerbung und Zuwanderung ausländischer Fachkräfte betonte Zeil, Bayern bleibe Heimatland für alle seine Bürger, „ganz egal, aus welchem Kulturkreis sie auch kommen mögen“. **rm**

Zum Gedenken an Dr. Helmut Schwinghammer:

Ein echter Anwalt der Städte

Maßgeblich hat er Wirken und Erscheinungsbild des Bayerischen Städtetags mitgeprägt: Am 22. Januar ist Dr. Helmut Schwinghammer, ehemaliger Geschäftsführender Vorstand und Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse, nur einen Tag nach seinem 71. Geburtstag nach langer schwerer Krankheit verstorben.

Josef Deimer, Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags und langjähriger Weggefährte von Helmut Schwinghammer, führte in seiner Trauerrede bei einem Requiem in der Pfarrkirche St. Bonifatius in Haar aus: „Viele von uns verlieren einen zuverlässigen Freund, einen Menschen mit Bodenständigkeit, mit klarem Verstand und einer gelebten Nächstenliebe. Für ihn war der Glaube keine Theorie, sondern eine Lebenserfahrung. Er bewies dies in der Realität des Alltags, in der Ehrfurcht vor Schöpfung und Natur und in der Passion für die Städte. Kommunalpolitik war für ihn die Basis der Demokratie und zugleich die angewandte Praxis der christlichen Sozialprinzipien.“

Dankbarkeit

Der Bayerische Städtetag erinnere sich dankbar der hervorragenden Arbeit, die der Verstorbene bis 2005 zum Wohl der Städte geleistet habe, so Deimer. Helmut Schwinghammer kam nach dem 2. Juristischen Staatsexamen und kurzer Verwaltungserfahrung an der Regierung von Oberbayern und am Verwaltungsgericht München 1969 zum Städteverband. Dort war er zunächst für die Bereiche Schule und Kultur, später dann auch für Umweltschutz und Kommunalrecht, Energieversorgung, Wirtschaft und Verkehr sowie für

12. Kommunalpolitikertag der SPD-Landtagsfraktion:

Steuereinnahmen gerechter verteilen

Verbundquote im Finanzausgleich soll auf 15 Prozent erhöht werden Sinkendes Vertrauen der Menschen in Marktwirtschaft und Politik

Im Bemühen, die SPD aus dem Umfragetief herauszuholen, setzt die Landtagsfraktion verstärkt auf ihre kommunale Basis. „Wir gehen mit großer Motivation ins Jahr 2011“, verkündete Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher auf dem 12. Kommunalpolitikertag im Plenarsaal des Landtags vor rund 230 Mandatsträgern seiner Partei aus Gemeinden, Landkreisen und Städten.

Angesichts sinkenden Vertrauens der Menschen in die Politik und damit in die Soziale Marktwirtschaft, so Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly als Hauptreferent, gelte es vor Ort aufzuklären und zu überzeugen, zumal rund 90 Prozent des öffentlichen Handeins von Bund und Ländern bei den Kommunen zusammenlaufe. Die Forderung nach gerechterer Verteilung der Steuereinnahmen ist demnach entscheidend für Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft, wobei der Erhalt der Gewerbesteuer ein Kernpunkt ist.

Problemlösung

„Wir dürfen die Probleme nicht nur beschreiben, wir müssen sie lösen“, propagierte Maly. Dazu brauche man aber nicht nur für die Steuerverteilung, sondern allgemein Gesetze, „die uns Freiheit in der Lösung der Aufgaben lassen“. Schwarz-Gelb habe, so der OB, in Bund und Land keine zukunftsweisenden Lösungen parat. Aktuell gelte es, eine politisch mögliche Sicherung der Gewerbesteuer durchzusetzen. Doch es gebe „Lobbies“, die hier Einfluss auf Union und FDP haben.

Kein Sonderweg

Dabei sei diese Steuer kein

deutscher Sonderweg, sondern wichtiges finanzielles Instrument in wichtigen Staaten der marktwirtschaftlichen Welt. Umfragen und wissenschaftliche Studien zeigten, dass mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger den Glauben an die Soziale Marktwirtschaft verloren haben.

Finanzausgleich

Zu den die Kommunen besonders drängenden Problemen gehören demnach neben Kindertagesstätten und Schulen, über Feuerwehrgerätehäuser und -fahrzeuge, auch die Straßen. Nach dem aktuellen Finanzausgleich, der für heuer bei geringen Verbesserungen seitens des Freistaats insgesamt für die Kommunen unbefriedigend sei, werde vieles nicht zu finanzieren sein. Rinderspacher erneuerte die Forderung, die allgemeine Verbundquote im FAG von heuer 12,2 Prozent bis-auf 15 Prozent im Jahr 2015 zu erhöhen. In Baden-Württemberg seien es rund 23 Prozent.

Zukunftsrat

Angesichts der von Gemeinde- und Landkreistag abgelehnten Studie des Zukunftsrates der Staatsregierung könne man einer Stadt wie Memmingen nur emp-

fehlen, sich Baden-Württemberg anzuschließen, meinte Maly - was Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger unter allgemeinem Gelächter demonstrativ ablehnte. Er ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und leitete mit Rinderspacher wie gewohnt die Diskussionen des Treffens in Plenum und Arbeitskreisen. Holzinger verwies in seinem kurzen Einführungsreferat auch auf die „in allen Bereichen drastisch zunehmende Bürokratisierung“ und forderte mehr pauschalierte Mittelzuweisung des Staates, damit die Kommunen selber entscheiden könnten. Er und Maly bedauerten, dass es in manchen Punkten Differenzen zwischen Städtetag einerseits sowie Gemeinde- und Landkreistag andererseits gebe. Beide betonten den Willen zum Zusammenwirken im Ringen um eine kommunalfreundlichere Finanzverfassung.

Gezielte Anträge zu Gunsten der Kommunen

Zu Bayerns Etatentwurf 2011/2012, den Finanzminister Georg Fahrenschon dem Landtag bereits zugeleitet hat - mit 42,67 Mrd. Euro heuer und 43,08 Mrd. Euro nächstes Jahr ohne neue Schulden kündigte Rinderspacher gezielte Anträge zu Gunsten auch der Kommunen an. Einem Schwerpunkt des von Ministerpräsident Horst Seehofer im Landtag zum „Aufbruch Bayern“ erklärten Milliardenprogramms entsprechend fordern die Sozialdemokraten unter anderem die Einrichtung von Gesamtschulen, die das dreigliedrige Schulsystem nicht verändern. Sie sollen als Ganztageseinrichtungen dazu beitragen, das rasante Schulsterben zumindest zu bremsen. Hier zu investieren sei sinnvoller, als in Schülerberufung in andere Gemeinden.

Handeln notwendig

In einer Resolution hat der 12. Kommunalpolitikertag Finanzhilfen des Freistaats für Reparatur und Sanierung der „schlaglochübersäten Gemeindestraßen“ verlangt. Es gehe um mehr als zwei Drittel des bayerischen Straßennetzes. Aber auch 63 Prozent der für die Entwicklung gerade der ländlichen Räume so wichtigen Staatsstraßen seien in einem Zustand, der unverzügliches Handeln notwendig mache. **rm**

Geoinformationssysteme:

Kennenlernen und Verstehen

Der Arbeitskreis AKOGIS und das Labor für Geoinformationssysteme der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt veranstalten an der Hochschule für angewandte Wissenschaften der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt am 1. April 2011 einen Workshop.

Geoinformationssysteme und Geodateninfrastrukturen sind in aller Munde. Man findet sie in fast allen Kommunen - egal, ob groß oder klein -, in Energieversorgungsunternehmen, in Planungsbüros, in Umweltbehörden, in der Tourismusbranche und zahlreichen weiteren Bereichen.

Informationen im Internet unter <http://www.akogis.de>

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gottfried Staufer
95666 Leonberg
am 14.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Nickl
95478 Kemnath
am 10.2.

Bürgermeister Eduard Schmid
94545 Hohenau
am 18.2.

Bürgermeister Adolf Wolf
92367 Pilsach
am 18.2.

Bürgermeister Josef Lechner
86579 Waidhofen
am 18.2.

Bürgermeister Alfons Sittinger
94424 Arnstorf
am 19.2.

Bürgermeister Andreas Keller
82401 Rottenbuch
am 21.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Griesbeck
93191 Rettenbach
am 10.2.

Bürgermeister Konrad Hartshauser
84178 Kröning
am 12.2.

Bürgermeister Georg Huber
83256 Chiemsee
am 20.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Stefan Straßmair
85662 Hohenbrunn
am 11.2.

Oberbürgermeister Dr. Herbert Lackner
83435 Bad Reichenhall
am 12.2.

Bürgermeister Robert Niedergesäß
85591 Vaterstetten
am 18.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Neujahrsempfang 2011 der Stadt Ingolstadt:

Gedanken zur Zukunftsgestaltung

„Die dunklen Wolken einer weltweiten Finanzkrise haben sich gelichtet. Ingolstadt ist besser durch die Krise gekommen als nahezu alle anderen deutschen Kommunen“, bemerkte Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann beim Neujahrsempfang der Donaustadt. Auch der Haushalt 2011 sei ein Haushalt ganz im Sinne der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, „denn bei uns ist dies bereits das fünfte Haushaltsjahr in Folge ohne Netto-Neuverschuldung“, bemerkte Lehmann und ergänzte: „Man spricht in der Politik viel von Nachhaltigkeit. Unsere Finanzpolitik ist für mich eine wahrhaft nachhaltige Kommunalpolitik! Damit schaffen wir eine ganz wesentliche Voraussetzung für eine weiterhin positive Entwicklung unserer Stadt.“

Vor dem Hintergrund vielfältiger Bemühungen um eine erfolgreiche Modernisierung des Landes bezüglich der Infrastruktur, der Bildung und der Wissenschaften und damit verbundener neuer Chancen und Perspektiven „könnte man nun meinen, dass dies zu einer optimistischen, positiven Grundstimmung führt“, fuhr der OB fort. Jedoch steh diesen Veränderungen eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft, ja selbst zur Demokratie sinke und viele Menschen fühlten sich im Gemeinwesen nicht mehr wohl und beheimatet. Dabei handle es sich um Bürgerinnen und Bürger, die sich zum Teil gegen vorhandene Strukturen, aber auch gegen demokratisch zu Stande gekommene Entscheidungen zu Veränderungen wehrten.

Bewahrung und Fortschritt

Nach Lehmanns Auffassung „müssen wir in unserem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat den Versuch unternehmen, beide Lebensformen zu respektieren, auch wenn es in der Regel nicht gelingen wird, sie zum Ausgleich zu bringen“. Dennoch müssten Wege gefunden werden, die demokratisch zu Stande gekommenen Entscheidungen zu respektieren. Nur im autoritären Staat gebe es eine einzige Vision der Zukunft. Die Demokratie sehe eine Vielzahl von Möglichkeiten vor und Bewahrung habe ebenso wie Fortschritt seine Berechtigung. Lehmann: „Ich glaube fest, dass es keinen Sinn macht, den Wandel aufhalten zu wollen. Es kommt entschieden darauf an, ihn zu erkennen, ausdiskutieren und ihn dann positiv zu begleiten und zu gestalten.“

Bei der Suche nach einer gerechten Ausgestaltung des Miteinanders bedürfe es eines Kompasses, so der Oberbürgermeister. In der Gesellschaft seien das die unantastbare Würde und die Freiheit des Menschen. Bei allem Wandel gehe es daher immer um die zentrale Frage, was den Menschen fördert. Der Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft sei daran zu messen, ob er der Würde und der Freiheit des Menschen und seiner sozialen Sicherheit diene. Wer sich die Mühe mache, in die Geschichte zurück zu blicken, könne feststellen, dass es der europäischen Kultur in den zurückliegenden Zeiten immer wieder gelungen sei, den Wandel zu begleiten und die Lebenssituation und Lebensqualität der Menschen in allen Bereichen zu verbessern.

Menschenwürde

Lehmann: „Ich glaube, wenn man sich am Menschenbild des Grundgesetzes orientiert und daran die Auswirkungen und Formen des gesellschaftlichen Wandels prüft, wenn man also Menschenwürde, Freiheit und Solidarität zu Grunde legt, braucht man vor dem gesellschaftlichen Wandel keine Angst zu haben und kann ihn unaufge-

regt begleiten. Ich würde sogar noch weiter gehen: Es ist Aufgabe einer verantwortlichen Politik den Wandel zu fördern - und überall dort, wo ein Politiker Zuständigkeit hat, die Gesellschaft für die Zukunft tauglich und wetterfest zu machen. Und es ist die Aufgabe der Politik, die Menschen auf diesen Weg mitzunehmen, vielleicht intensiver und ausführlicher als das in der Vergangenheit üblicherweise praktiziert wurde.“

Die Gestaltung der Zukunft sei aber ein Gemeinschaftswerk - man könne es nicht allein der Politik aufbürden. Wer die Mitverantwortung der Zivilgesellschaft einfordert, müsse auch bereit sein, die damit verbundenen

Anstrengungen zu schultern. Die Bürgerinnen und Bürger wollten mehr Partizipation. Dass derzeit Proteste allorts zunehmen, lasse den Schluss zu, dass der bislang übliche Instanzenweg, der eine Bürgerbeteiligung vorsieht, nicht ausreichend ist.

Diskussionskultur

Wie Lehmann darlegte, verlange der Aufbruch in eine neue Diskussionskultur auch, dass man die damit einhergehenden Debatten und den Meinungsstreit nicht wenigen besonders Engagierten und Interessierten überlässt. Es entstehe sonst der Eindruck, dass diese kritischen, engagierten Bürger die Interessen aller Bürger vertreten. Da dies aber oftmals nicht richtig sei, sei entscheidend, „dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit den aktuellen Themen befassen und sich in die Diskussion einbringen“. Deshalb die Bitte des Oberbürgermeisters: „Bringen Sie sich ein und lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft unserer Stadt und unserer Region gestalten.“ **DK**

Werkstätten:Messe 2011 in Nürnberg:

Einzigartige Leistungsschau

Bei der Werkstätten:Messe vom 17. bis 20. März 2011 im Messezentrum Nürnberg wird Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung wieder greifbar, hörbar und erlebbar. Mit rund 250 Ausstellern und 17.000 Besuchern im Vorjahr ist die Werkstätten:Messe die einzige ihrer Art mit Produkten und Dienstleistungen von und für Menschen mit Behinderung und gehört zu den meistbesuchten Sozialmessen Europas.

Die Messe ist Anlaufpunkt für alle, die ausgefallene Produkte erstellen wollen, für Unternehmen, die externe Aufträge und Dienstleistungen vergeben möchten und für jene, die sich für Entwicklungen und Produktneuheiten der Werkstätten, Integrationsprojekte und letztlich der Angebote der Eingliederungshilfe interessieren. Breit gefächert ist das Spektrum der Aussteller: vom Rollstuhl-Kicker über den Gartenstuhl bis zu Designobjekten und hochwertigen Lebensmitteln. Als Endverbraucherveranstaltung ist die Messe ein Treffpunkt für Liebhaber von Design und Kunsthandwerk.

Unternehmertreff

Für Unternehmen und Betriebe interessant sind beispielsweise die Messestände mit Hightech-Produkten oder professionellen Büro-Dienstleistungen. Beim Unternehmertreff am Freitag, 18. März, kommen Unternehmen der Erwerbswirtschaft mit Werkstätten über Kooperationsmöglichkeiten ins Gespräch.

Auch heuer gibt es wieder Gemeinschaftsstände und Themenschwerpunkte: In Gastronomie-Zonen präsentieren Werkstätten ihre Catering-Leistungen. Der „Grüne Bereich“ stellt die Leistungsfähigkeit und Vielfalt der Werkstätten bei Landwirtschaft und Gartenbau dar. Der Gemeinschaftsstand „chance:bildung / chance:kunst“ präsentiert als Marktplatz Anbieter von Bildungsangeboten und Künstlergruppen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. (BAG:WfbM) bietet dem Fachpublikum und allen Interessierten ein umfangreiches Vortragsprogramm mit rund

100 Referaten. Inhaltliche Schwerpunkte liegen 2011 auf Zukunftstrends der beruflichen Teilhabe sowie dem Übergang aus der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Aber auch über Themen wie Strategie- und Personalentwicklung, Marketing und Produktdesign können sich die Fachbesucher informieren.

Einen Überblick über die europäischen Angebote und Institutionen für Menschen mit Behinderungen bietet das „Forum:Europa“. Über zehn Prozent der Aussteller kommen aus dem Ausland zur Werkstätten:Messe nach Nürnberg. In diesem Jahr ist EU-Anwärter Kroatien als Gastland mit einem Gemeinschaftsstand verschiedener Einrichtungen vertreten.

Schirmherrschaft

Die Schirmherrschaft für die Werkstätten:Messe 2011 übernimmt bereits im dritten Jahr Ministerpräsident Horst Seehofer. In seinem Grußwort weist er auf die „zunehmende Resonanz der Werkstätten:Messe als deutliches Zeichen für eine verstärkte Integration von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft“ hin. Dazu trügen viele bei. Soziale Einrichtungen hätten ihre Arbeit entsprechend ausgerichtet. Unternehmen und Kommunen übernehmen Verantwortung. Der Staat helfe mit gezielten Programmen. Immer mehr Barrieren, die das Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten erschwerten, verschwänden. Menschen mit Behinderungen nähmen heute wie selbstverständlich Chancen wahr, die vor einigen Jahrzehnten für sie noch nicht denkbar waren. „Das ist auch ein großartiger Erfolg unserer Sozialen

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Zivildienstleistende arbeiten in Krankenhäusern, in Seniorenheimen, kümmern sich um Behinderte, machen Besorgungen, fahren Essen aus und Vieles mehr. Ab dem 1. Juli wird dies durch das Aussetzen der Wehrpflicht wegfallen.

Und auch jetzt können viele angebotene Zivi-Stellen schon nicht mehr besetzt werden. Die Bewerber sind schon jetzt - aufgrund der Diskussion und auch der Verkürzung des Wehrdienstes - nicht mehr in ausreichender Zahl vorhanden. Dies bestätigen Vertreter des Bayerischen Roten Kreuzes, Be-



Zivildienstleistende werden fehlen

treiber von Seniorenheimen und auch viele Krankenhäuser.

Es sind sich aber alle einig: Es darf nicht dazu führen, dass diese Dienste wegfallen und die Aussetzung der Wehrpflicht negative Auswirkungen auf die Pflege von kranken und alten Menschen hat. Alternativen sind nun gefragt.

Mit einem „Bundesfreiwilligendienst“ und dem Freiwilligen Sozialen Jahr will man einen Ausgleich schaffen. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf soll der neue Freiwilligendienst Männern und Frauen jeden Alters angeboten

und die „Einsatzstellen“ der bisherigen Zivildienstleistenden anerkannt werden. Der Bundesfreiwilligendienst soll mindestens 6 Monate und maximal 24 Monate dauern. Dieser neue BFD, wie er in Gesetzen und Presseberichten abgekirzt wird, soll eine Ergänzung zu den bisherigen Freiwilligendiensten, wie das Freiwillige Soziale Jahr darstellen und vor allem auch für ältere Menschen ein Anreiz und attraktives Angebot für Hilfe am Nächsten sein.

Diese Alternative zum Zivildienst ist durchaus vorstellbar. Aber die Zeit läuft. Die bereits bestehende Lücke, vor allem aber der komplette Wegfall ab Juli erfordern eine schnelle Entscheidung und Umsetzung in Berlin. Damit sich dann auch genügend Freiwillige finden, ist es auch wichtig, dass das Angebot attraktiv und anerkannt ist. Man könnte z. B. jungen BFD-Absolventen Studiengebühren erlassen, aber auch Ältere müssten davon profitieren können - wenn man dieses Potenzial an Helfern und Pflegern erschließen will.

Man wird wohl schnell feststellen, dass uns die „Zivis“ sehr fehlen werden. Ich hoffe, dass sich alle Verantwortlichen - ob Politik, Pflegedienste oder Leiter von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern - nach guten, praktikablen und vor allem menschlichen Lösungen intensiv bemühen. Es darf nicht zu Lasten der Bedürftigen gehen; auch wenn es höhere Kosten verursacht.

Ihr Stefan Rößle

Marktwirtschaft“, so Seehofer.

Die Werkstätten für behinderte Menschen ermöglichen dem betroffenen Personenkreis die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, sie machen stolz auf die eigene Leistung und verschaffen damit Zufriedenheit und Lebensfreude. „Ich kann deshalb Verbraucher und Unternehmen nur ermutigen, das Angebot der Werkstätten zu prüfen und zu nutzen. Am Ende lohnt es sich für alle Beteiligten“, macht Bayerns Ministerpräsident deutlich.

Eigenes Profil

Wie der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Günter Mosen erläutert, habe die Werkstätten:Messe in den vergangenen 30 Jahren ein

ganz eigenes Profil herausgearbeitet. Angefangen von einer reinen Produkt- und Verkaufsmesse stelle sie heute in einzigartiger Weise das gesamte Leistungsspektrum an Produktions-, Reha- und Dienstleistungen dar. „Das ist ihr unverkennbares Alleinstellungsmerkmal unter den deutschen und internationalen Sozialmessen“, so Mosen.

„Immerhin schon seit 30 Jahren entwickeln die Werkstätten unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft ihr Leistungsspektrum, das zunehmend auf die aktuellen Bedürfnisse und die Nachfrage des Marktes ausgerichtet wurde“, betont der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Aufsichtsratsvorsitzende der Nürnberg Messe, Dr. Ulrich Maly. Stand zu Beginn noch die Beschäftigung behinderter Menschen im Vorder-

grund („beschützende Werkstätten“), so sei auch mit Blick auf die Rentabilität der Betriebe ein Wandel hin zu Dienstleistung und Handel spürbar. Das zeige sich ganz deutlich auch im Angebot der Werkstätten:Messe. Maly: „Es ist einerseits wichtig, mit der Messe die Konsumenten der Produkte anzusprechen. Andererseits ist es für eine sinnvolle Ausrichtung der Werkstatttätigkeiten von Bedeutung, die Führungskräfte der Werkstätten mit Informationen zu versehen, die marktgerechte Entscheidungen ermöglichen.“

Geöffnet ist die Messe von Donnerstag bis Samstag jeweils von 9 bis 18 Uhr und am Sonntag, 20. März, von 9 bis 17 Uhr. Die Tageskarte kostet vier Euro, Kinder bis 12 Jahre haben freien Eintritt.

Mehr Informationen unter: www.werkstaettenmesse.de.DK

Für einen gerechteren Länderfinanzausgleich

Gemeinsame Kabinettsitzung von Bayern, Hessen und Baden-Württemberg

Bayern, Hessen und Baden-Württemberg wollen gemeinsam einen gerechteren Länderfinanzausgleich erreichen. Das beschlossen die drei Regierungen jüngst in Stuttgart. Sie bereiten gemeinsam eine Klage beim Bundesverfassungsgericht vor, falls weitere Gespräche über die Zukunft des Länderfinanzausgleichs ohne Ergebnis bleiben.

Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer: „Der Länderfinanzausgleich muss aus meiner Sicht deutlich motivierender gestaltet werden, Leistung muss sich lohnen. Dieser Grundsatz gilt auch im Wettbewerb unter den Ländern.“

Bayern größtes Geberland

Der Länderfinanzausgleich regelt Zahlungen von finanzstarken an schwache Bundesländer. In den letzten 60 Jahren hat sich ein einziges Bundesland, nämlich Bayern, vom Nehmer- zum Geberland entwickelt. Bayern hat früher selbst rund 9 Milliarden Euro erhalten und inzwischen etwa 35 Milliarden Euro in den Finanzausgleich eingezahlt. Heute zahlen nur vier Länder für die übrigen zwölf. Berlin allein erhält daraus im Jahr 2010 2,9 Milliarden Euro. Bayern zahlte dagegen, als größter Geber, 3,5 Milli-

arden Euro - die Hälfte der Gesamtsumme. Bisher hatten sich die Nehmerländer gegen Änderungen gesperrt. Derzeit muss ein Land umso mehr zahlen, je besser es sich - etwa aufgrund der eigenen guten Haushaltspolitik - wirtschaftlich und finanziell entwickelt. Länder, die ihre Ausgaben nicht reduzieren und so immer mehr Geld brauchen, werden aber belohnt, indem sie noch mehr Gelder von anderen verlangen dürfen. Das dürfte nicht so bleiben, denn das System setzte bisher die falschen Anreize.

Bayern als stärkstes Geberland solle nicht in ein „Fass ohne Boden“ zahlen. Seehofer: „Mit unserem Grundsatz Leistung und Solidarität, mit Hilfe zur Selbsthilfe, verträge es sich überhaupt nicht, dass wir den Ländern Milliarden bezahlen, die sich nicht anstrengen unabhängig zu werden, sondern ihrer Bevölkerung Leistungen finanzieren, die wir uns in

Bayern nicht leisten können.“

Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon: „Wir wollen einen Länderfinanzausgleich, der alle Länder anreizt, sich wirtschaftlich gut zu entwickeln. Aus dieser Solidarität wollen wir uns nicht zurückziehen, aber wir verlangen, dass die anderen Länder ähnlich intensiv an einer besseren Position arbeiten.“ Sinnvoll und zukunftsweisend ist ein Ausgleichssystem nur, wenn es Anreize dafür setzt, dass mehr Empfängerländer aus ihrer Rolle herauskommen und finanziell unabhängiger von den Leistungen anderer Länder werden.

Die Kraft des Südens

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt: „Deutschland braucht die Kraft des Südens. Solide Bundesfinanzen müssen sich am bayerischen Vorbild orientieren: Null Neuverschuldung und eine Zukunftsmilliarde für Investitionen in Familie, Bildung und Innovationen. Das ist der Aufbruch Bayern. Gemeinsam setzen wir ein starkes Zeichen für die Erneuerung Deutschlands.“ □

Wertschöpfung...

(Fortsetzung von Seite 1)
der erneuerbaren Energien und regionale Gütesiegel.

Musterbeispiele dafür, wie regionale Identität gestärkt werden kann, bot der „Tag der Regionen“ im Herbst vergangenen Jahres. Bundesweit hatten damals über 1.000 Aktionen stattgefunden. Anlässlich des Neulandempfangs auf der Internationalen Grünen Woche prämierte der Bundesverband der Regionalbewegung die besten fünf Veranstaltungen, darunter zwei bayerische Events.

Verbesserungen

Mit dem 2. Preis ausgezeichnet wurde der 11. Tag der Regionen in Pfronten im Allgäu. Noch vor 15 Jahren gab es dort keine offizielle Möglichkeit, landwirtschaftliche Erzeugnisse, hier meist Milch- und Fleischprodukte, vom Erzeuger zu beziehen. Mit Gründung der Pfrontner Direktvermarktung (PfAD) 1996, später „PfAD Bauernladen GmbH“ und des „Pfrontener Forum e.V.“, das sämtliche Bestrebungen die Nahversorgung, Orts- und Landschaftsstruktur weiter zu entwickeln oder zumindest zu erhalten, bündeln will, sind hier deutliche Verbesserungen erzielt worden.

Der Tag der Regionen passt so ideal in das Konzept des Pfrontener Forum als Gesamtveranstalter der Pfrontener Aktionstage, die aus einem auf das gesamte Ortszentrum verteilten Bauern- und Handwerkermarkt mit verkaufsoffenem Sonntag der Einzelhändler bestehen. So hat sich die Zahl der Teilnehmer im Laufe der elf Jahre kontinuierlich auf 100 gesteigert. Das gesamte Spektrum der Rind-, Schaf-, Ziegen- und Obstbauern ist ebenso vertreten wie die Imker, Fischer, Rapsöl-, Kräuter- und Heubetriebe. Etliche Handwerksbetriebe, viele Einzelhändler, die St. Vinzenz-Klinik, die mit einem großen Programm Gesundheits- und Altersfragen behandelt, Vereine und Behörden, die auch für ein attraktives Verpflegungs- und Unterhaltungsprogramm sorgen, bieten eine Vielfalt, die den Tag zu einem Besuchermagnet für die gesamte Region macht.

Herbstmilch-Aktion

Neben einigen speziellen Angeboten wie der Herbstmilch-Aktion, der Betrieb der alten Hammerschmiede und der Ausstellung „Allgäuer Moore“ seien drei neue Schwerpunkte, die sich in diesem Jahr aus den „Ideenbörsen“ des Forums entwickelt haben, besonders erwähnt: So wurde eine Obstsortenbestimmung durchgeführt, die großen Anklang fand und etliche Obstgärten zusammenführte. Eine Streuobstbörse wurde gegründet mit dem Ziel, sich mit dieser Thematik in Pfronten weiter zu beschäftigen. Eine Gruppe von Künstlern und (Kunst-)Handwerkern erprobte zudem mit großem Erfolg einen gemeinsamen Auftritt mit vielen praktischen Vorführungen und Informationen. Diese Gemeinschaft soll vertieft und zu einer regelmäßigen Einrichtung werden. Darüber hinaus organisierte ein im Laufe des Jahres gebildetes Energie-Forum als erste Aktion einen günstigen Austausch von Heizungs-Umwälzpumpen. Derzeit sind Bestrebungen im Gange, dieses Forum als Bürger-Energie-Genossenschaft zu einem Sammelbecken für regionale Energiefragen zu etablieren.

Regionale Produkte

Für ihre „Ausstellung und bäuerlicher Markt im Klosterhof“ mit dem 3. Preis bedacht wurden das Landratsamt Cham,

das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Gemeinde und das Kloster Reichenbach. Im einmaligen Ambiente des Klosterhofes und der klostereigenen Gärtnerei erlebten die Besucher eine reichhaltige Fülle regionaler Produkte, angefangen von den verschiedenen Lebensmitteln bis hin zu Handwerksprodukten. Die Direktvermarkter informierten, wie diese erzeugt werden bzw. wo sie herkommen und wo man sie auch auf den Märkten oder ab Hof kaufen kann.

Aktiver Beitrag

Die Besucher wurden darüber informiert, inwiefern sowohl Erzeuger als auch Verbraucher einen aktiven Beitrag zum Erhalt attraktiver ländlicher Räume leisten können. Viele Schmankerl zum Mitnehmen und Probieren standen im Mittelpunkt des Marktes. Auch die tschechischen Partner aus der Region Klattau präsentierten ihre erzeugten Produkte und eine Behinderteneinrichtung analog zum Kloster Reichenbach war am Markt vertreten.

Im Rahmen der Aktion Streuobst fand eine grenzüberschreitende Obstsortenausstellung statt, bei der sowohl deutsche als auch tschechische Obstsorten ausgestellt wurden. Bei einem

Apfelexperten konnten Besucher ihre eigenen mitgebrachten Obstsorten bestimmen lassen. Eine Führung durch die Streuobstwiese mit Hinweisen auf den ökologischen Wert dieser Anlagen sowie eine Ausstellung zu Streuobst rundeten das Thema ab. **DK**

Bayerischer Gemeindetag: Keine Experimente beim Ladenschluss

Der Bayerische Gemeindetag hat sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelungen über den Ladenschluss ausgesprochen. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Bewährtes sollte man nicht grundlos ändern. Wer einkaufen will, kann dies bereits jetzt an allen Werktagen bis 20 Uhr tun und zusätzlich an vier Sonn- und Feiertagen im Jahr.“ Brandl wies darauf hin, dass durch eine völlige Freigabe keine nennenswerte Zahl an qualifizierten Arbeitsplätzen entstünde, sondern vielmehr der jetzt schon bestehende Verdrängungswettbewerb zu Gunsten der Discounter und Einkaufszentren noch verstärkt würde.

Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag hat in ihrer jüngsten Klausur beschlossen, die Öffnungszeiten der Geschäfte in Bayern an Werktagen bis zu einer Schlusszeit von 22 Uhr zu lockern. **□**

Eigenverantwortung...

(Fortsetzung von Seite 1)
auf Vordermann zu bringen - jetzt müssen den Worten Taten folgen.“

Zur künftigen Ausrichtung der bayerischen Arbeitsmarktpolitik erklärte Haderthauer: „Bayern ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen, Vollbeschäftigung ist in vielen bayerischen Regionen bereits Realität. Damit jeder sein Potential ausschöpfen kann, brauchen wir eine Arbeitswelt, die die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs um die besten Köpfe und die demographische Entwicklung meistert.“

Fachkräftemangel

Statt unter dem Schlagwort „Fachkräftemangel“ nach Zuwanderung zu rufen, müssten alle inländischen Fachkräfte gehalten und aktiviert werden. Nur so könne sich der Freistaat im globalen Wettbewerb um qualifizierte Arbeitnehmer behaupten. Haderthauer: „Unser besonderes Augenmerk müssen wir auf bessere Chancen für ältere Arbeitnehmer, Frauen, Menschen mit Behinderung, arbeitslose Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund richten. Unternehmer und Arbeitnehmer müssen wissen: Lebenslanges Lernen ist das Gebot der Stunde! Es ist mehr als unbefriedigend, wenn nur gut 20 Prozent aller Erwerbspersonen an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.“

Der Freistaat leiste bereits einen großen Beitrag für mehr Qualifizierung. So seien 2010 Weiterbildungstage in Ingolstadt, Deggendorf, Würzburg und Fürth durchgeführt worden. Zudem habe Bayern zur Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen seit 2007 rund 59 Millionen Euro investiert. Die Ministerin: „Zusätzlich werden wir zusammen mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und den Trägern der Grundsicherung noch Anfang dieses Jahres bayernweit ein Coaching-Programm zur Begleitung von Langzeitarbeitslosen und ihrer Angehörigen umsetzen.“

Mit der SGB II Reform der Jobcenter ergeben sich viele Neuerungen für das Jahr 2011. „In der interfraktionellen Bund-

Länder-Arbeitsgruppe, die das Reformvorhaben eng begleitet hat, habe ich mit Nachdruck für die Interessen der Kommunen gekämpft“, so die Ministerin. Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ermöglicht nun die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit von Arbeit-sagenturen und Kommunen in gemeinsamen Einrichtungen. Außerdem seien die Aufsichtsfragen klar geregelt worden. Jetzt sei auch eine echte Mitsprache der Kommunen in der Arbeitsmarktstrategie gewährleistet und die Entfristung und Ausweitung des Optionsmodells verfassungsrechtlich abgesichert.

Bisher nehmen laut Haderthauer bundesweit 69 Optionskommunen, davon vier in Bayern, freiwillig alle Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit im SGB II wahr. Ab dem Jahr 2012 dürfen rund 110 Optionskommunen das Optionsmodell nutzen. Bayern wird voraussichtlich 6 neue Optionsplätze erhalten. 16 bayerische Kommunen haben einen Antrag auf Zulassung als Optionskommune gestellt. Das Sozialministerium werde die am besten geeigneten auswählen. In den Entscheidungsprozess werden die bayerischen Kommunen eng eingebunden.

Strukturprogramm

Für das Jahr 2011 hat der Bund auch eine Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorgesehen. Bayern wird sich dabei nach Haderthauers Worten „vehement für die Zusammenfassung, Reduzierung und Vereinfachung der Instrumente und für mehr Handlungsspielraum vor Ort einsetzen“. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die Länder frühzeitig und umfassend informiert werden. Diese frühzeitige Einbindung sei in Form eines gemeinsamen Länderbeschlusses auf Initiative Bayerns eingefordert worden. Zudem wurde die Einrichtung einer Bund-Länder-Projektgruppe unter der Federführung von Bayern und Nordrhein-Westfalen initiiert, die sich in Kürze konstituieren werde.

Einen neuen nachhaltigen sozialpolitischen Ansatz verfolgt

(Fortsetzung von Seite 1)

Um die Vernetzung zu stärken, müsse in entsprechende Verkehrsinfrastruktur und Informations- und Kommunikationstechnologie investiert werden. Daneben seien weitere Projekte zu identifizieren und zu fördern, um eine Verflechtung der Leistungszentren untereinander und insbesondere Stadt-Land-Partnerschaften zu unterstützen.

Im Sinne einer vernetzten Betrachtung der unterschiedlichen Räume sollten die vorhandenen Governance-Strukturen neu ausgerichtet werden. Insbesondere um die Verflechtung zwischen Leistungszentrum und Umland zu fördern, stelle sich die Frage, inwieweit die vorhandenen Aufteilungen der Gebietskörperschaften angepasst werden sollten. Dies gelte, so der Zukunftsrat, auch für eine Optimierung der Landesverwaltungen. Hier müssten ressortübergreifende Ansätze unterstützt werden, um regionale Entwicklungen besser fördern zu können.

Spaltung Bayerns

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, erklärte in einer ersten Stellungnahme, das Gutachten des Zukunftsrats der Bayerischen Staatsregierung führe zur Spaltung Bayerns. Es sei inakzeptabel, nur die Großstädte als zukünftige Leistungszentren im Freistaat zu definieren, sie gezielt

die Ministerin insbesondere auch in der Region Nürnberg/Fürth. Mit dem Quelle-Aus 2009 sei dort ein wichtiger Wirtschaftsfaktor weggebrochen. Die Staatsregierung habe schnell reagiert und ein 115 Mio. Euro schweres Strukturprogramm initiiert. Teil des Programms ist die dreijährige Modellmaßnahme TANDEM, die mit 10 Mio. Euro gefördert wird. TANDEM setze gezielt bei Langzeitarbeitslosen mit Kindern an und soll verhindern, dass Hartz IV zum Lebensstil wird und sich in die nächste Generation vererbt. In dem Projekt arbeiten deshalb die Mitarbeiter des Jobcenters eng mit den Mitarbeitern des Jugendamts zusammen. TANDEM bietet den Familien Unterstützung bei der Alltagsbewältigung, fordert aber eine aktive Mitarbeit und den Willen, das Leben selbst bestimmt in die Hand zu nehmen.

„Damit die Menschen in Bayern weiterhin auf ein stabiles soziales Netz vertrauen können, muss sich auch der Bund in angemessener Weise an den Sozialausgaben der Kommunen beteiligen“, betonte Haderthauer zum Schluss ihrer Ausführungen und konkretisierte: „Es kann nicht sein, dass der Bund den Kommunen Vorgaben macht, diese hierdurch finanziell belastet, aber hierfür keinen Ausgleich gewährt. Der Bund lässt die Kommunen zum Beispiel bei den Kosten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, die sich in den letzten 20 Jahren vervierfacht haben, bisher völlig allein. Auch die Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung für ältere Menschen muss deutlich erhöht werden.“

Entlastung

Um dieses Ziel mit Nachdruck zu verfolgen, bereite ihr Haus gerade eine Bundesratsinitiative zur nachhaltigen Entlastung der Kommunen vor. Hierdurch soll einerseits der Bund verstärkt in die Zahlungspflicht genommen werden. Andererseits gelte es, durch Verwaltungsvereinfachungen und kommunenfreundlichere Rechtsetzung Sparpotenziale auszuschöpfen. **DK**

Ländlicher Raum...

zu fördern und den Rest des Landes als Erholungsraum und freie Natur anzusehen. Vielmehr müssten auch die Städte und Gemeinden außerhalb der „Leistungszentren“ im Erhalt ihrer Wirtschaftskraft und vor allem der Arbeitsplätze gestärkt werden.“

„Auf den Punkt gebracht will das Gutachten den Freistaat auf einige zu fördernde ‚Leistungszentren‘ reduzieren und die davon nicht erfassten Bereiche zu Resträumen degradieren, die allenfalls noch die Funktion eines Erholungsgebiets für die städtische Bevölkerung haben sollen“, fuhr Brandl fort. Die Gemeinden in den ländlichen Räumen „sollen sich von den Brosamen nähren, die gnädigerweise vom Tisch der Großstädte fallen“. Dies sei ein Leitbild, das dem Freistaat Bayern nicht gerecht werde und ihm auch nicht würdig sei. „Es ist völlig verfehlt und realitätsfern, wenn in dem Gutachten eine Megacity München als Vision für die Entwicklung Bayerns entworfen und ernsthaft ein Vergleich mit Tokio oder Shanghai gezogen wird.“

Wenn schließlich die Verwaltung Singapurs zum Vorbild für eine neue Behördenkultur in Bayern gemacht werde, ende jegliches Verständnis. Aufgabe des Freistaates dürfe es nicht sein, die urbanen Fehlentwicklungen etwa in China oder in anderen Schwellenländern nachzuziehen, sondern dem ein eigenes Leitbild entgegenzusetzen, in dessen Mittelpunkt auch weiterhin die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse stehen müsse. Brandl: „Ein Gemeinwesen lässt sich nicht wie ein Unternehmen führen, dessen Zielrichtung ausschließlich der ‚shareholder value‘ ist.“

Regionalität

Im Übrigen widerspreche sich das Gutachten selbst, wenn auf der einen Seite ständig das hohe Lied der Leistungszentren und der Leuchtkraft der Megacities gesungen wird, auf der anderen Seite - und dies völlig zu Recht - aber eine stärkere Regionalität bei der Energieversorgung gefordert oder auf die Vorteile kleiner, lokal agierender Unternehmen verwiesen werde, kritisierte der Gemeindetagspräsident. „Bayerns Stärke war und ist die Vielfalt und die Symbiose unterschiedlichster Strukturen in Stadt und Land. Der Freistaat hat sich schon seit je über den Gleichklang von Stadt und Land definiert und davon profitiert. Dies muss und wird auch in Zukunft so bleiben.“

Als „Angriff auf die Lebensgrundlagen der Menschen in den Regionen“ bezeichnete der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Miesbacher Landrat Dr. Jakob Kreidl, einen Großteil der Vorschläge des Zukunftsrates. Fast alle bisher als hoch und heilig versprochenen Hilfen für den ländlichen Raum würden vom Tisch gewischt. Die Berufung einer eigenen Arbeitsgruppe durch Ministerpräsident Horst Seehofer, mit dem Ziel, brauchbare Konzepte gegen die Landflucht zu entwickeln, sei offenbar als reine Beruhigungsaktion gedacht gewesen.

Gerade angesichts der in der ländlichen Region teils dramatisch schlechten Verkehrsverbindung sei die Forderung des Zukunftsrates weltfremd, die überregionalen Leistungszentren müssten von der Bevölkerung in 60 Minuten zu erreichen sein. „Bei aller Anerkennung für die Sachkunde der Experten“ machte Kreidl darauf aufmerksam, dass man in diesem Zeitrahmen nicht einmal von der Innenstadt zum Münchner Flughafen gelange und ergänzte: „Welche Zeit braucht dann ein Pendler aus dem Oberpfälzer Wald in das

Motorenwerk nach Regensburg?“

Angesichts brennender offener Fragen, wie die katastrophale finanzielle Notlage von Gemeinden und Landkreisen, die nicht garantierte Finanzierung sozialer Leistungen für ältere Menschen, Behinderte und Jugendliche und der Schwierigkeit, wichtige Projekte gerade im Verkehrswesen umzusetzen, stellten sich vor-dringlichere Herausforderungen, so Kreidl.

Unmut der Bevölkerung

Der Unmut der Bevölkerung in den betroffenen Landkreisen – „immerhin leben gut 70 Prozent in den vom Zukunftsrat abge-schriebenen Regionen“ - sollte die Staatsregierung zur Klarstellung bewegen, hob der Landkreischef hervor. „Der Bayerische Landkreistag wird jedenfalls massiven Widerstand gegen alle Versuche mobilisieren, den Bürgern in der ländlichen Region die Heimat zu nehmen“, so Kreidl.

Ministerpräsident Horst Seehofer wies unterdessen die Kritik am Gutachten des Zukunftsrates zurück. „Die gleichgewichtige Behandlung der Regionen war seit Jahrzehnten das Leitbild der Staatsregierung und wird es weiter sein - ohne Wenn und Aber“, stellte Seehofer fest. Nichts anderes empfehle der Zukunftsrat. Er wolle weiter mit dem Zukunftsrat arbeiten und Teile des Gutachtens umsetzen, vor allem die Empfehlungen zur Internationalisierung der Hochschulen. Seehofer betonte, er werde seinen Politikstil nicht ändern, er wolle den Dialog. „Ich will weg von der Arroganz, dass wir alles wissen und alles können.“

Gremiumsvorsitzender Dr. Herbert Henzler verteidigte seinerseits die umstrittene Forderung nach einem Ausbau einiger Städte zu „Leistungszentren“. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ erklärte er, es gebe in Bayern bereits eine „Abstimmung mit den Füßen“. So habe man „starke Wanderungsbewegungen“ insbesondere nach München beobachtet. Henzler mahnte: „Die Dinge einfach so laufen zu lassen wie in der Vergangenheit, kann nicht das Ziel der Staatsregierung sein.“ Vielmehr sollte die Politik in Bayern fünf bis sieben Leistungszentren neben München schaffen. In Frage kämen die Städte Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg mit Erlangen und Fürth, Regensburg sowie Würzburg. Henzler warnte: „Wenn insbesondere junge Menschen in Scharen abwandern, können Sie sie nicht dadurch halten, dass Sie versprechen, die Region irgendwann einmal wettbewerbsfähig zu machen.“

Konstruktive Strategie

Die Frage, ob strukturschwachen Gebieten in Nord- und Ostbayern die Verödung drohe, verneinte der Unternehmensberater. Zugleich betonte er: „Nirgendwo in unserem Gutachten finden Sie die Aussage, dass wir den ländlichen Raum zurücklassen möchten.“ Die Politik müsse aber „eine konstruktive Strategie vorlegen, um nicht in 20 Jahren zu erleben, dass es dann doch so gekommen ist“.

Zum umstrittenen Ratschlag an abgelegene Gebiete in Ostbayern, sich wirtschaftlich nach Österreich zu orientieren, meinte Henzler: „Vernetzung ist das Gebot der Stunde. Was spricht dagegen, dass Passau und Linz kooperieren oder der Norden Bayerns mit Sachsen?“ Dies sei „doch eine ganz natürliche Sache“. Zugleich versicherte der Zukunftsrats-Vorsitzende: „Wir wollen keine Gebietsreform und auch niemanden loswerden. Wir wollen Zusammenarbeit - auch über Grenzen hinaus.“ **DK**

Kommunale Kliniken gründen Genossenschaft

Weißenburg (wefa) – Vernetzung ist das große Zauberwort. Im Kampf um die eigene Existenz und die besten Chancen für das Überleben in einer vom Bettenüberfluss geprägten Krankenhauslandschaft wollen 25 Kliniken enger zusammenarbeiten. In Weißenburg haben sie jetzt die „Klinik-Kompetenz-Bayern“ gegründet. Sie ist genossenschaftlich strukturiert.

Die Wettbewerbssituation ihrer Häuser zu stärken, das hatten sich schon vor zehn Jahren die Geschäftsführer von zehn kommunalen Kliniken vorgenommen und daher eine lose Kooperationsgemeinschaft ins Leben gerufen. Dabei war von Anfang an klar: Jeder hat nur eine Stimme, unabhängig von der Größe des Krankenhauses.

Inzwischen sind es 25 Krankenhäuser geworden, deren Geschäftsführungen ein Konzept ausgearbeitet haben, wie sich Synergieeffekte nutzen lassen. Die Vorteile liegen auf der Hand: einer geht voran, die anderen können sich dranhängen. Das gilt bei der Umsetzung des seit Jahresanfang notwendigen Hygienebeauftragten ebenso wie bei anderen Projekten. „Wir müssen nicht überall das Rad neu erfinden“, sagt Dr. Alexander Schraml von der Main-Klinik in Ochsenfurt, der zusammen mit dem Weißburger Krankenhausleiter Jürgen Winter und Josef Götz von den Nordoberpfälz-Kliniken den Dreiervorstand bildet.

Die Genossenschaft will aber auch etwas gegen den Ärztenachwuchs in den Krankenhäusern tun, denn das Problem brennt allen auf den Nägeln. Der Druck ist inzwischen so stark geworden, dass mehr und mehr ausländische Jungmediziner an deutsche Kliniken kommen, vor-

nehmlich aus Tschechien. Die Weidener Klinik hat ein Konzept entwickelt, wonach Medizinstudenten während ihrer Ausbildung eine finanzielle Unterstützung von den betreffenden Kliniken bekommen, wenn sie sich verpflichten, danach wenigstens drei Jahre dort zu arbeiten. „Wir wollen somit qualifiziertes Personal in die kleinen Krankenhäuser lotsen“, erklären die Gründungsvorstände. Sie wollen keinesfalls eine neue Konkurrenz zu bestehenden Strukturen aufbauen und auch verbandspolitisch wollen sie sich zurückhalten.

Die 25 Mitglieder der Genossenschaft sind die Kreiskliniken Weißburg-Gunzenhausen, das Klinikum Fürth, Krankenhausgesellschaft Bamberg, die Kreiskliniken im Kreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, die Nordoberpfälz-Kliniken, die Kliniken im Naturpark Altmühltal, die Haßberge-Kliniken, das Krankenhaus Roth, das Waldkrankenhaus St. Marien und die Main-Klinik Ochsenfurt sowie die südlichen Krankenhäuser in Eichstätt und Kösching.

Neben den kommunalen Kliniken sind auch freigemeinnützige Träger bei der Genossenschaft. Sie will sich nicht in ihrer jetzigen Zusammensetzung abkapseln, sondern setzt darauf, dass sich jetzt noch weitere Kliniken anschließen. □

MünchenerHyp begibt ersten Jumbo-Hypothekendarfbrief des Jahres 2011

Mit der erfolgreichen Emission eines 5-jährigen Jumbo-Hypothekendarfbriefs machte die Münchener Hypothekendarfbank eG zum neuen Jahr den Auftakt an den Covered-Bond-Märkten. Die Emission stieß auf eine große Nachfrage und rief eine positive Resonanz hervor. Marktteilnehmer sprachen von einem gelungenen Start in das neue Covered-Bond-Jahr.

Trotz des ruhigen Marktumfelds nach den Feiertagen war bereits nach einer Stunde das Emissionsvolumen von 1 Mrd. Euro erreicht. Das Orderbuch wurde bald darauf bei einem Volumen von 1,25 Mrd. Euro geschlossen. Sowohl national als auch international waren die Orders breit gestreut. Rund ein Viertel des Ordervolumens entfällt auf europäische Investoren. Die Laufzeit ist bis 11. Januar 2016, bei einem Kupon von 2,5 Prozent.

Bewertung mit Höchstnote

Der Jumbo-Hypothekendarfbrief wurde zu einem Preis von zehn Basispunkten über Swap-Mitte begeben. Moody's bewertet Hypothekendarfbriefe der MünchenerHyp mit der Höchstnote Aaa. Barclays Capital, DZ BANK, LBBW, UniCredit und WGZ BANK begleiteten die Transaktion. „Im aktuellen Marktumfeld sind Jumbo-Pfandbriefe sehr gefragt. Wir wollen daher unseren Investoren durch kontinuierliche Emissionen weiterhin attraktive Anlagemöglichkeiten bieten“, sagte Dr. Louis Hagen, Sprecher des Vorstands der MünchenerHyp. □

Bayerische Genossenschaftsbanken:

Auch 2010 starkes Kreditwachstum

Die 301 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken verzeichneten auch 2010 ein starkes Kreditwachstum. Insbesondere im Bereich der Firmenkreditkredite legten sie mit einem Plus von gut 1,9 Milliarden Euro um 6,6 Prozent zu. Das zeigen erste Berechnungen für das abgelaufene Jahr. Damit wurde das bereits gute Jahr 2009 nochmals über-

troffen. Damals hatten die Kreditgenossenschaften im Freistaat 1,5 Milliarden Euro an Firmenkreditkrediten ausgereicht. Der Zuwachs lag bei 5,3 Prozent.

Verlässlichkeit

Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), ist mit der Entwick-

GVB-Präsident Götzl zum Erhalt der Institutssicherung:

Von nationalem Interesse

Die EU-Kommission will den deutschen Sparern vertraute Sicherheit nehmen. Davor warnt Stephan Götzl, der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, angesichts Brüsseler Überlegungen, die Einlagensicherungssysteme in Europa zu vereinheitlichen. Für deutsche Einleger würde das die Begrenzung des Schutzzumfangs ihres Ersparnis auf maximal 100.000 Euro bedeuten.

In Deutschland sind bislang mindestens 100.000 Euro pro Anleger garantiert. Darüber hinaus gibt es freiwillige Sicherungssysteme. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit der Institutssicherung seit vielen Jahrzehnten ein solches eigenständiges und bewährtes System zum Schutz der Kundengelder.

System stiftet Vertrauen und sorgt für Stabilität

Götzl: „Dieses ist für die gesamte Volkswirtschaft vorteilhaft. Es stiftet Vertrauen und sorgt für Stabilität des Finanzsektors.“

lung der Kreditvergabe bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken äußerst zufrieden: „Die Vergabe der Kredite im Unternehmensbereich zeigt, dass auf die bayerischen Genossenschaftsbanken Verlass ist. Sowohl in Krisen- als auch in Boomphasen.“

Moderner Kapitalstock

Die Kreditgenossenschaften würden, so Götzl weiter, mit ihrer auf Langfristigkeit und Planbarkeit ausgerichteten Kreditvergabe dazu beitragen, dass die Volkswirtschaft einen modernen Kapitalstock zur Verfügung habe. □

Denn die genossenschaftliche Institutssicherung verhindere Bankenschieflagen durch Prävention. „Laufende Risikoüberwachung und -prüfung sowie frühzeitiges Eingreifen ermöglichen es, Fehlentwicklungen bei Banken zu erkennen und zu beseitigen“, sagt der bayerische Verbandspräsident. Die Vermeidung einer Bankinsolvenz sei die effektivste, effizienteste und umfassendste Einlagensicherung. Deshalb müsse die Institutssicherung politisch geschützt werden. Götzl: „Das ist ein nationales Interesse, welches die Bundesregierung in Brüssel verdeutlichen muss und die europäische Politik respektieren sollte.“

Falsch verstandener Integrationsgedanke

Götzl wehrt sich deshalb dagegen, dass die EU-Kommission nunmehr beabsichtigt, das national bewährte System der Institutssicherung einem falsch verstandenen europäischen Integrationsgedanken zu opfern: „Was gut ist, darf nicht wegharmonisiert werden. Die Art, wie die Kreditgenossenschaften das Geld ihrer Kunden sichern, ist erhaltenswert. Wer daran rüttelt, reduziert in Deutschland Verbraucherschutz.“ □

„Meine Bank“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Vertrauenswürdig, sympathisch, persönlich vor Ort.
Das sind unsere Stärken, auf die Sie sich verlassen können.
Wir beraten Sie kompetent und fair. Gern unterstützen wir Sie dabei, Ihre Ziele und Wünsche zu erreichen.

Volksbanken
Raiffeisenbanken



BayernLB:

Deutlich in der Gewinnzone

BayernLB geht davon aus, alle Kapitalaufholungs- und Zinsansprüche der Genussrechtsinhaber befriedigen zu können

München - Der BayernLB-Konzern hat nach vorläufigen Jahresabschlusszahlen im Jahr 2010 ein Vorsteuerergebnis gemäß IFRS von rund 800 Mio. Euro erzielt. Damit hat die Bank auch im 4. Quartal 2010 ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Nach 9 Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres 2010 belief sich das Vorsteuerergebnis auf 669 Mio. Euro. Das Jahr 2009 schloss die Bank noch mit einem Jahresverlust von 2,765 Mrd. Euro vor Steuern ab.

Die BayernLB ist damit im Geschäftsjahr 2010 nicht nur in die Gewinnzone zurückgekehrt, sondern liegt mit diesem vorläufigen Jahresergebnis auch deutlich über ihren eigenen Geschäftsplänen. Hierzu beigetragen hat vor allem das gute operative Geschäft mit Erträgen von rund 3 Mrd. Euro.

Risikovororgebedarf

Der Risikovororgebedarf im Konzern ist trotz der vorgenommenen Vorsorgemaßnahmen bei der ungarischen Tochtergesellschaft MKB Bank auf rund 800 Mio. Euro gesunken. Aufgrund der inzwischen weit fortgeschrittenen Restrukturierungsmaßnahmen liegt auch der Verwaltungs-

aufwand mit gut 1,4 Mrd. Euro spürbar niedriger als dies die Bank in ihrem Restrukturierungsplan vorgesehen hatte.

Mit Geschäftsmodell auf einem guten Weg

„Nach mehreren Jahren hoher Verluste stellt sich das vorläufige Jahresergebnis für 2010 für die Bank überaus erfreulich dar. Wir sehen daran, dass wir mit unserem auf den Kunden ausgerichteten Geschäftsmodell auf einem guten Weg sind. Der beste Beleg hierfür ist, dass das operative Ergebnis nahezu vollständig aus denjenigen Geschäftsbereichen stammt, die in einer neuen BayernLB für das Kerngeschäft der Zukunft ste-

hen“, betonte Gerd Häusler, BayernLB-Vorstandsvorsitzender.

Auf Basis der vorläufigen Zahlen zum Geschäftsjahr 2010 geht die BayernLB davon aus, dass neben einer vollständigen Kapitalheraufsetzung der Genussscheine (auf den ausgewiesenen Nominalbetrag) auch sämtliche Zinsansprüche der Genussscheininhaber aus dem Jahresergebnis 2010 der Bay-

ernLB (HGB-Einzelabschluss) befriedigt werden können. Des Weiteren werden aus heutiger Sicht auch auf die Stillen Einlagen - deutlich früher als erwartet - erste begrenzte Wiederauffüllungen des herabgesetzten Kapitals erfolgen können.

Die obenstehenden Aussagen basieren auf vorläufigen Ergebniszahlen zum Geschäftsjahr 2010. Änderungen können sich insbesondere aufgrund des bis Ende April 2011 laufenden sog. Wertaufhellungszeitraumes ergeben.

Die BayernLB wird am 30. März 2011 im Rahmen ihrer Bilanz-Presskonferenz ausführlich über den Konzernjahresabschluss 2010 berichten. □

DSGV-Vorstandsmitglied Schackmann-Fallis:

„Anhaltender Aufschwung über 2011 hinaus möglich“

Gestiegene Eigenkapitalquoten, mehr Investitionen und ein Wachstum in einzelnen Branchen von bis zu 15 Prozent: Der deutsche Mittelstand ist mit Schwung aus der Krise herausgekommen. Das ist das Ergebnis der großen Studie „Diagnose Mittelstand 2011“, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in Berlin vorgestellt hat.

„Nach Auswertung der Firmenbilanzen wissen wir, dass es den Unternehmen auch im schlimmsten Krisenjahr 2009 quer durch alle Größenklassen gelungen ist, ihre Kapitalbasis zu stärken. Die Eigenkapitalquote der Unternehmen stieg im Durchschnitt von 12,8 auf 15,6 Prozent. Das ist ein erstaunlicher Wert“, sagte Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGV. Die immer wieder befürchtete „Kernschmelze der Kapitalbasis“ habe nicht stattgefunden, Unternehmer hätten in der schwierigen Zeit offenbar verstärkt auf private Reserven zurückgegriffen.

Richtige Investition

Zwar seien in der Krise die Umsatzrentabilität von 6,6 (2008) auf 5,3 Prozent im Jahr 2009 gesunken und der Personalaufwand von 18,4 Prozent

weit überdurchschnittlich gewachsen und hat mit ihrer gebündelten Finanzierungskraft wesentlich dazu beigetragen, dass es in der Finanzkrise bei uns keine Kreditklemme gab. Wir sollten jetzt den nächsten Schritt prüfen.“

Ein konkretes Gesamtkonzept für eine mögliche Fusion wird als Entscheidungsgrundlage für die zuständigen Gremien in den nächsten Wochen erarbeitet. Voraussichtlich noch im ersten Quartal 2011 haben dann die Verwaltungsräte und die Eigentümerorgane der Sparkassen zu entscheiden. □

(2008) auf knapp 20 Prozent gestiegen. „Gerade die Entscheidung der Unternehmen, ihre Mitarbeiter über den Abbau von Arbeitszeitkonten oder über Kurzarbeit weiter zu beschäftigen, hat den jetzigen Aufschwung erst möglich gemacht. Die höheren Personalkosten waren eine richtige Investition in die Zukunft“, so Schackmann-Fallis.

Positiver Trend

Nahezu alle Sparkassen-Experten - rund 96 Prozent - sehen die Geschäftslage des Mittelstands im Vergleich zu 2009 als „verbessert“ an, nur 0,6 Prozent sehen eine Verschlechterung. Der positive Trend zieht sich durch alle Branchen. Der Maschinenbau hat in 2010 ein Wachstum von 6,5 Prozent erreicht, die Automobilindustrie wuchs um 15 Prozent und der Einzelhandel konnte das Jahr mit einem Umsatzplus von 2,5 Prozent abschließen.

Erfreuliche Dynamik

„Dieses optimistische Bild der Konjunkturlage wird durch eine rundum erfreuliche Investitionsdynamik abgerundet. Gut die Hälfte der Sparkassen berichten von einer Zunahme der Investitionsfinanzierungen im Mittelstand“, so Schackmann-Fallis. Dabei habe sich der Anteil der Erweiterungsfinanzierungen auf 24,8 Prozent nahezu verdoppelt. „Das zeigt, dass der Mittelstand nicht nur mit einem weiterhin kräftigen, sondern auch breiten und über das Jahr 2011 anhaltenden Aufschwung rechnet.“

Folgen für Arbeitsmarkt

Dies werde sich im laufenden Jahr auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Schackmann-Fallis: „Wir gehen davon aus, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahresmittel 2011 deutlich unter drei Millionen sinken wird. Bei der Arbeitslosenquote werden wir mit etwa sieben Prozent den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren haben.“

Realistischer BIP-Anstieg

Diese positiven Signale werden nach Ansicht des DSGV auch in 2011 für ein kräftiges Wachstum sorgen. „Nach den hervorragenden 3,6 Prozent Wirtschaftswachstum in 2010 erscheint für das Jahr 2011 ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in einer Größenordnung von 2,5 Prozent durchaus realistisch“, so Schackmann-Fallis. □

DKC Deka Kommunal Consult GmbH:

Kommunale Finanzsituation im Fokus

Anlässlich des jährlichen Strategiemeetings der DKC Deka Kommunal Consult GmbH, das in der Akademie des Sparkassenverbandes Bayern in Landshut stattfand, berichtete der beim Bayerischen Landkreistag für Finanzwesen und Steuerrecht zuständige Direktor über die Entwicklung der finanziellen Situation der Landkreise, Städte und Gemeinden.

Vor dem Hintergrund der sehr guten Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen und der intensiven Kontakte zum Sparkassenverband sowie mehrerer laufender kommunaler Beratungsprojekte in Bayern hatte die bundesweit tätige Kommunalberatungsgesellschaft DKC die Sparkassenakademie in Landshut als Veranstaltungsort für ihr Strategiemeeting gewählt.

Vortrag von Emil Schneider

Zu Gast war Emil Schneider, der in seinem Vortrag den Blick auf die steigenden Sozialleistungen, die durch die Kommunen zu erbringen sind und im Jahr 2008 bereits eine Höhe von annähernd fünf Milliarden Euro erreicht hatten, lenkte. Diese tragen somit deutlich zur Gesamtverschuldung der bayerischen Kommunen von mehr als 19 Milliarden Euro bei. Wenn auch für Bayern noch nicht der bundesweite Trend einer drastischen Zunahme von kommunalen Kassenkrediten gilt, so sind hier doch die Grundlagen für die eigenen Steuereinnahmen zu überdenken.

Dabei sprach er sich für eine Reform von Grund- und Einkommensteuer aus. Eine Erhöhung der Grundsteuer um die tatsächlich anfallenden Kostenbestand-

teile bei gleichzeitiger Reduzierung der Einkommensteuer könne ein erheblicher Beitrag hin zu mehr Steuergerechtigkeit sein und zudem den Kommunen eine dauerhaft planbare Einnahme sichern. Anders als bei den Mitte der 1990er Jahre überarbeiteten Bewertungsgrundlagen für die Grunderwerbsteuer greife die Grundsteuer immer noch auf die Einheitswerte zurück, die die Wertverhältnisse des Jahres 1964 widerspiegeln. Er mahnte an, diesen Reformstau zu beseitigen und auch das Bewertungsverfahren zu vereinfachen.

In der nachfolgenden Diskussion wurden intensiv die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen diskutiert. Dazu gehörte auch ein Austausch über die Möglichkeiten alternativer Beschaffungswege für Investitionen der Städte und Gemeinden. Einhellig wurde empfohlen, die mit Einbeziehung privater Partner möglichen Wirtschaftlichkeitsvorteile bei der Realisierung öffentlicher Bauvorhaben in Verbindung mit Instandhaltungs- und Betriebsleistungen stärker zu nutzen. Die positiven Erfahrungen in bayerischen Kommunen mit den sog. öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) müssten stärker als bisher kommuniziert und als Option geprüft werden. □

Versicherungskammer Bayern:

Überschreitung der 7-Milliarden-Grenze

München. Der Konzern Versicherungskammer Bayern überschreitet mit den Beitragseinnahmen im Geschäftsjahr 2010 erstmals die 7-Milliarden-Grenze. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen stieg das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft auf 7,08 Mrd. Euro (Vorjahr: 6,27 Mrd. Euro).

Damit liegt das Wachstum mit 12,9 Prozent deutlich über dem Markt, der mit voraussichtlich 4,9 Prozent über Vorjahresniveau abschließen wird. Maßgeblicher Treiber für das starke Wachstum ist das Einmalbeitragsgeschäft in der Lebensversicherung. Friedrich Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender des Konzerns Versicherungskammer Bayern, sagt dazu: „Das Einmalbeitragsgeschäft steuern wir aktiv über eine kapitalmarktorientierte Verzinsung für die entsprechenden Laufzeiten. Stabilität, Liquidität und Sicherheit sind die entscheidenden Kriterien in einem nach wie vor schwierigen Umfeld.“

Besonders erfreulich ist, dass sich alle Sparten marktüberdurchschnittlich entwickelt haben. In der Lebensversicherung lag das Beitragsplus bei 26,1 Prozent (Markt: 7,3), in der Krankenversicherung bei 6,5 Prozent (Markt: 6,0) und in der Schaden- und Unfallversicherung bei 2,2 Prozent (Markt: 0,7). Der Kapitalanlagenbestand stieg auf 37,33 Mrd. Euro (Vorjahr: 35,50 Mrd. Euro).

Einen weiteren Grund für die gute Geschäftsentwicklung der Versicherungskammer Bayern sieht Schubring-Giese in der Einbindung seines Unternehmens in die Sparkassen-Finanzgruppe, der starken regionalen Vertriebsaufstellung und dem Multikanalvertrieb.

Die Krankenversicherung konnte ihr Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr wiederum steigern. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 6,5 Prozent auf 2,05 Mrd. Euro. Die Anzahl der versicherten

Personen erhöhte sich auf 2,79 Millionen (Vorjahr: 2,75 Millionen); das ist eine Steigerung von gut 36.000 Personen. Der Kapitalanlagenbestand erhöhte sich um 9,0 Prozent auf 9,20 Mrd. Euro.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung hat der Konzern Versicherungskammer Bayern wieder deutlich besser abgeschnitten als der Markt. Marktschwankungen ist er aufgrund seiner Multikanalstrategie und wegen seines stabilen Produkt-Portfolios weniger stark ausgesetzt als seine Mitbewerber. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 2,2 Prozent auf 1,92 Mrd. Euro. Die Combined Ratio (kombinierte Schaden-Kosten-Quote) lag bei 97,7 Prozent, die Geschäftsjahresschadenquote bei 77,2 Prozent. Der Kapitalanlagenbestand erhöhte sich um 3,7 Prozent auf 5,27 Mrd. Euro.

Lebensversicherung

Die Lebensversicherung profitierte überdurchschnittlich vom gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der Bürger. Die laufenden Beiträge stiegen um 2,0 Prozent. Insgesamt wuchsen die Prämieinnahmen auf 3,11 Mrd. Euro (3,18 Mrd. Euro inkl. Pensionskassen und -fonds); das ist eine Steigerung von 26,1 Prozent. Die Verwaltungskostenquote konnte noch einmal reduziert werden und lag bei 1,6 Prozent. Der Kapitalanlagenbestand erhöhte sich um 4,2 Prozent auf rund 22,55 Mrd. Euro. □

Kreissparkassen Ebersberg und München Starnberg:

Mitten in Fusionsverhandlungen

Die Landräte der Landkreise Ebersberg, München und Starnberg haben die Aufnahme konkreter Fusionsgespräche bekannt gegeben.

Der Landkreis Ebersberg ist Träger und Eigentümer der Kreissparkasse Ebersberg. Landrat Gottlieb Fauth als Verwaltungsratsvorsitzender bestätigt: „Für unsere Kreissparkasse ergibt sich aktuell und für eine mittelfristige Zukunft zwar keine Handlungsnotwendigkeit. Die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt, die besondere Dynamik in der Region und die damit verbundenen Herausforderungen im Wettbewerb lassen langfristig aber auch strukturelle Anpassungen bei den Sparkassen sinnvoll erscheinen. Wir wollen diesen Anpassungsprozess aktiv gestalten und haben deshalb eine grundsätzlich positive Haltung zu einer Fusion mit der benachbarten Kreissparkasse.“

Johanna Rumschötel, Landrätin des Landkreises München und Vorsitzende des Verwaltungsrates der Kreissparkasse München Starnberg, bewertet das Ergebnis erster Gespräche auf Vorstands- und Verwaltungsratebene sehr positiv. „In den wesentlichen Punkten werden

wir uns sicher verständigen können. Es geht vor allem darum, unsere Sparkassen im Wettbewerb zu stärken und die Leistungsfähigkeit weiter auszubauen. Synergien sollen genutzt werden, das heißt aber nicht: Arbeitsplätze abbauen. Wir wollen die Kräfte noch gezielter auf die Betreuung unserer Kunden ausrichten!“

Keine Kreditklemme

Bereits die Vereinigung der Sparkasse Starnberg mit der Kreissparkasse München im Jahr 2000 erfolgte aus Sicht der seinerzeit Beteiligten unter langfristig weitergehenden Strukturüberlegungen im Wirtschaftsraum bzw. in der Region München. Für Karl Roth, den Landrat des Landkreises Starnberg und den stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates, spricht die Entwicklung der Sparkasse in den letzten 10 Jahren für sich. „Die Sparkasse hat hervorragende Ergebnisse erzielt, ist in allen Regionen des Geschäftsgebietes

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH

Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf

Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781

E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekacc.de

DKC

Finanzgruppe



Alles dreht sich um Freudibold, den Botschafter des Kindergartenprogramms Papilio. Links Erna Stegherr-Haußmann, Bürgermeisterin von Adelsried, Mitte Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse und Kinder des Kindergartens „Am Bächle“ in Adelsried. □

DSGV und BVR:

Gegen Registrierungspflicht für Bankberater

Vorschlag: Zentraler Vertriebsbeauftragter pro Institut

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) unterstützen die Pläne, das Anlegervertrauen zu stärken und die Anlageberatung wirksam zu kontrollieren. Allerdings muss sichergestellt sein, dass die Anbieter nach einheitlichen Maßstäben beaufsichtigt werden. Beide Verbände lehnen es nachdrücklich ab, die rund 300.000 Kundenberater in der Kreditwirtschaft bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu registrieren und zu kontrollieren. Das sei praxisfern, wenig effizient und ohne erkennbaren Nutzen für die BaFin. Die Bankberatung sei bereits jetzt hoch reguliert.

Gleichzeitig sehen die Verbände eine Ungleichbehandlung zwischen den verschiedenen Anbietern. „Wir halten es nicht für gerechtfertigt, wenn jeder Berater eines Kreditinstituts bei der BaFin kostenaufwändig registriert werden muss und möglichen Sanktionen ausgesetzt wird, während dies für Versicherungs- und Finanzvermittler nach der Gewerbeordnung nicht vorgesehen ist“, sagte Heinrich Haasis, Präsident des DSGV. Die Registrierung aller Anlageberater gehe zudem weit über europäische Vorgaben und über die Praxis in anderen kontinental-europäischen Ländern hinaus.

Benachteiligung durch Sonderweg

Auch in den jüngsten Vorschlägen der EU-Kommission zur Revision der Finanzmarktrichtlinie (MiFID) finden sich keine entsprechenden Überlegungen. Nach Ansicht der Verbände wird ohne sachliche Rechtfertigung ein Sonderweg beschritten, der deutsche Kreditinstitute gegenüber Finanzdienstleistern im In- und Ausland benachteiligt.

Als Alternative regen die bei-

den Verbände an, einen Vertriebsbeauftragten pro Kreditinstitut bei der BaFin registrieren zu lassen, der verantwortlich für die Ausgestaltung der Vertriebsvorgaben des jeweiligen Instituts ist.

Angemessene Maßnahme

Uwe Fröhlich, Präsident des BVR: „Wenn die Aufsicht die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben rund um die Kundenberatung intensiver kontrollieren wird, sollte dies zielgerichtet über zentrale Personen in den Instituten vorgenommen werden. Dieser Ansatz stellt eine dem Ziel des verbesserten Anlegerschutzes angemessene Maßnahme dar und vermeidet einen regulatorischen Overkill.“

Gesetzentwurf

Das Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz wird derzeit im Finanzausschuss des Bundestages behandelt. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass alle Anlageberater in Deutschland bei der BaFin in einer Datenbank registriert werden und zudem Sanktionen, bis hin zu einem befristeten Berufsverbot, ausgesetzt werden sollen. □

10.000 Euro für Freudibold

Kreissparkasse fördert Kindergartenprogramm Papilio im Landkreis Augsburg

Augsburg. Freudibold, der Kistenkobold, freut sich eigentlich immer, aber heute hatte er einen besonderen Grund dafür. 10.000 Euro überreichte Kreissparkassenvorstandsvorsitzender Richard Fank an Heidrun Mayer, die Vorsitzende des Papilio e.V. Das Kindergartenprogramm Papilio fördert die sozial-emotionalen Kompetenzen von Kindern und schützt sie so vor negativen Entwicklungen wie Sucht und Gewalt.

Die Übergabe im Kindergarten „Am Bächle“ in Adelsried zeigte auch gleich, wofür das Geld im Landkreis eingesetzt wird: Kindergartenleiterin Cornelia Emmert absolviert mit ihren fünf Mitarbeiterinnen gerade eine Papilio-Fortbildung, damit alle das Programm in ihren Gruppen umsetzen können.

Lernprozess

Der bekannteste Papilio-Bau-stein ist „Paula und die Kistenkobolde“, eine spannende Geschichte, die auch von der Augsburger Puppenkiste inszeniert wurde. Mit Hilfe von Freudibold und seinen Freunden Heulibold, Zornibold und Bibberbild lernen die Kinder, mit ihren Gefühlen umzugehen.

Nachhaltige Investition

Die Kreissparkasse Augsburg fördert Papilio bereits im fünften Jahr in Folge: „Papilio ist für uns eine nachhaltige Investition“, betonte Fank. „Wir geben mit der Kostenübernahme für die Fort-

bildungen den Anschlag und dann nutzen es die Erzieherinnen mit ihren Kindern dauerhaft.“

Langzeitig wirksam ist das Programm auch bei den Kindern. Papilio-Vorsitzende Mayer erklärte: „Sozial-emotionale Kompetenzen sind die Basis für das Erlernen aller anderen Fähigkeiten, zum Beispiel in der Schule, im Musikverein oder im Fußballclub.“ Dass das wirklich funktioniert, hat Papilio in einer wissenschaftlichen Studie bewiesen. Papilio fördert alle Kinder, aber am meisten profitieren solche, die bereits Probleme zeigen. Laut Studie reduzieren sie ihre Verhaltensauffälligkeiten deutlich und bringen in der Schule immerhin durchschnittliche Ergebnisse.

Wichtiges Anliegen

Wie wichtig dieses Anliegen ist, betonten auch Bürgermeisterin Erna Stegherr-Haußmann und die Elternbeiratsvorsitzende Susanne Schumacher anlässlich der Spendenübergabe in Adelsried.

Mehr unter www.papilio.de □

Neue Entgeltsystematik an Geldautomaten

Mitte Januar wurde an den 25.700 Sparkassen-Geldautomaten ein direktes und transparentes Entgelt für Fremdkunden eingeführt und das bisherige Interbankenentgelt abgeschafft. Die 45 Millionen Inhaber einer Sparkassen-Card können weiterhin kostenlos Bargeld abheben.

Kunden, die an fremden Geldautomaten bzw. außerhalb des eigenen Geldautomatenverbundes Bargeld abheben, wird dann ein direktes und transparentes Kundenentgelt berechnet. Dies erfährt der Fremdkunde unmittelbar am Automatendisplay und kann dann entscheiden, ob er den Abhebevorgang fortsetzt oder abbricht. Im Gegenzug entfällt das bisher übliche Interbankenentgelt, das die Kreditinstitute bisher in unterschiedlicher Weise an ihre Kunden weiterberechnet haben. Mit dem neuen System entsteht eine volle Preis-Transparenz bei Abhebungen an fremden Geldautomaten.

Rolf Sattelmeyer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Augsburg: „Aufgrund der flächendeckenden Präsenz von Sparkassen-Geldautomaten sind Sparkassenkunden nicht auf Abhebungen an fremden Geldautomaten angewiesen. Etwa 95 % aller Verfügungen von Sparkassenkunden werden an Automaten der Sparkassenlandschaft vorgenommen. Alleine die Stadtparkasse hat 92 Geldautomaten im Wirtschaftsraum Augsburg.“ □

Bayern Labo:

Investkredit Kommunal Bayern steht mit flexibleren Kreditlaufzeiten zur Verfügung

Die BayernLabo stellt in Zusammenarbeit mit der KfW im Jahr 2011 den Investkredit Kommunal Bayern weiterhin zur Verfügung.

Antragsberechtigt für den zinsverbilligten Förderkredit sind alle bayerischen Gebietskörperschaften, kommunale Zweckverbände sowie deren rechtlich unselbständige Eigenbetriebe sowie bayerische Schulverbände nach dem BaySchFG.

Mit dem Investkredit Kommunal Bayern besteht die Möglichkeit, die Zinssätze des KfW-Investitionskredit Kommunen (Programm 208) für bestimmte Investitionen nochmals um 0,10 % p.a. zu vergünstigen. Neben den bisherigen Kreditlaufzeiten von 20 und 30 Jahren kann jetzt auch eine 10-jährige Laufzeit vereinbart werden. Die Zinsfestschreibung liegt bei allen Varianten bei 10 Jahren.

Somit können Investitionen aus dem Bereich des kommunalen Hochbaus wie z. B. Neubau und Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Sportstätten bei einem Haushaltsabschnitt von bis zu 2 Mio. Euro zu 100 %, darüber bis zu 50 % zu außerordentlich günstigen Konditionen finanziert werden. Gerne berät die BayernLabo hinsichtlich der Förderfähigkeit konkreter Projekte im Programm Investkredit Kommunal Bayern.

Eine Kombination mit anderen Finanzierungshilfen ist grundsätzlich möglich, ausgeschlossen ist sie mit Mitteln aus dem Programm „KfW-Investitionskredit Kommunen – flexibel“ sowie dem Konjunkturpaket II.

Weitere Informationen unter www.bayernLabo.de sowie telefonisch unter 089/2171-22045. □

Aufschwung im Handwerk:

Fortsetzung im 4. Quartal 2010

„Der wirtschaftliche Aufschwung hat sich im bayerischen Handwerk auch im 4. Quartal 2010 fortgesetzt. Alle Branchen strahlen Zuversicht aus, vom Ausbau bis zu den Zulieferern“, erklärte Heinrich Traublinger, MdL a. D., Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), bei der Vorstellung der neuesten Konjunkturzahlen.

84 Prozent der befragten Handwerksunternehmer bezeichneten ihre aktuelle Geschäftslage als „gut“ oder „befriedigend“, gegenüber 75 Prozent im Vorjahresquartal. Die Kapazitäten der bayerischen Handwerksbetriebe waren im 4. Quartal 2010 mit durchschnittlich 78 Prozent etwas stärker ausgelastet als im Vergleichsquartal des Vorjahres mit 75 Prozent.

Reales Plus von 1,5 Prozent

Nach ersten Schätzungen erzielten die bayerischen Handwerksbetriebe im 4. Quartal 2010 einen Umsatz von rund 26,5 Mrd. Euro, ein Plus von nominal 3,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für das Gesamtjahr 2010 ergibt sich ein Umsatzvolumen von ca. 89,8 Mrd. Euro und damit ein Zuwachs von nominal zwei Prozent. Abzüglich der Preissteigerung verbleibt ein reales Plus von 1,5 Prozent. Traublinger: „Trotz dieses erfreulichen Ergebnisses muss bedacht werden, dass damit noch nicht einmal die Hälfte der von der Wirtschaftskrise verursachten Einbußen aufgeholt werden konnte.“ 2009 mussten die Betriebe in Bayern ein Minus von

nominal gut vier Prozent verbuchen. „Die Jahresbilanz würde deutlich besser ausfallen, wäre der Wintereinbruch nicht so früh und so heftig erfolgt. Außerdem fehlt uns im Vergleich zur Gesamtwirtschaft weitgehend die Konjunktur-Lokomotive Export“, betonte der BHT-Präsident.

In der Beschäftigungsentwicklung schlug sich die positive Konjunktur dagegen kaum nieder. So waren Ende letzten Jahres geschätzt 845.000 Personen in den Betrieben tätig, genauso viele wie im Vergleichsquartal 2009. Im Jahresdurchschnitt 2010 sank die Beschäftigung im bayerischen Handwerk leicht um 0,2 Prozent auf 852.000.

In Anbetracht der günstigen Wachstumsperspektiven investierten 34 Prozent der Unternehmen in den Maschinen- und Anlagenpark, fünf Punkte mehr als im Vorjahresquartal. Die Ausgaben für Investitionen nahmen im 4. Quartal 2010 um 4,5 Prozent auf 720 Mio. Euro zu. Die Zahl der Handwerksbetriebe in Bayern stieg zum Jahresende 2010 um 1,5 Prozent auf rund 193.000. Insgesamt zeigt sich das bayerische Handwerk für den Jahresbeginn 2011 zuversichtlich. □



Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Kommune.

Die BayernLabo – Ihr zuverlässiger Partner bei der Finanzierung kommunaler Investitionen.

Wir helfen Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden. Weitere Informationen finden Sie unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB



Schaidinger und Brandl zur Gemeindefinanzkommission:

Gewerbesteuer nicht weiter aushöhlen

Mit Blick auf eine Sitzung der Arbeitsgruppe Steuern der Gemeindefinanzkommission im Bundesfinanzministerium haben der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger und Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl, Bürgermeister von Abensberg, erneut eine Abschaffung oder auch nur eine Aushöhlung der Gewerbesteuer abgelehnt. Dies gilt auch für die Hinzurechnungen von Mieten, Zinsen, Pachten, Lizenzgebühren und Leasingraten.

Schaidinger stellt klar: „Die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer eignen sich nicht für ein Geschacher. Der Charakter der Gewerbesteuer als Realsteuer muss erhalten bleiben, damit die Gewerbesteuer verfassungsrechtlich Bestand hat. Über die Ausgestaltung beim Verfahren der Hinzurechnung kann man reden, da sind wir nicht stur, aber: Die Kommunen wehren sich dagegen, dass auf diesem Weg die Gewerbesteuer Stück für Stück ausgehöhlt werden soll. Wir dürfen keine Möglichkeit zum Gestaltungsmissbrauch für Konzerne öffnen. Es kann nicht angehen, dass sich Unternehmen in der Zukunft über geschickte Ausnutzung von Schlupflöchern und Steuergestaltungsmöglichkeiten arm rechnen können.“

Warten auf Zusagen

Mit Skepsis bewertet daher Schaidinger die mehrfach geäußerte Auffassung des Bayerischen Finanzministers, der seine Sympathie für eine Rückführung der Hinzurechnung bei der Gewerbesteuer formuliert hat. Schaidinger: „Die Städte und Gemeinden bauen weiterhin auf die politischen Zusagen der Bundeskanzlerin, des Bundesfinanzministers, des Bayerischen Ministerpräsidenten, des Bayerischen Finanzministers und des Bayerischen Innenministers, wonach es keine Änderung an der Gewerbesteuer ohne Zustimmung der Kommunen geben soll.“

Die Hinzurechnung eines Teils der Mieten, Zinsen, Pachten, Lizenzgebühren und Leasingraten zum Ertrag ist unerlässlich. Damit wird verhindert, dass ein Teil der örtlichen Wertschöpfung gar nicht oder in steuergünstigen an-

deren Staaten versteuert wird. Exemplarisch zugespitzt könnte das laut Schaidinger bedeuten: „Nehmen wir ein Unternehmen, das in einer bayerischen Stadt Gewinne erzielt: Das Unternehmen könnte sich künstlich arm rechnen, indem es künftig Erträge etwa über Leasinggebühren an eine Briefkastenfirma im Steuerparadies abliefern. Dann würde ein Unternehmen zwar die kommunale Infrastruktur nutzen, aber nicht dafür zahlen. Die Kommunen wollen dem einen Riegel vorschieben. Wir wollen verhindern, dass Gewinne in Steuerparadiese im Ausland fließen. Unternehmen sollten sich nicht vor dem Steuerzahlen drücken können, denn damit müssten letztlich die Bürger über die Einkommensteuer oder die Umsatzsteuer allein die Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden finanzieren.“

Brief an Schäuble

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl hat in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble diesen nachdrücklich an seine Zusage vom 4. November vergangenen Jahres erinnert, eine Veränderung im System der Gemeindefinanzierung nur mit Zustimmung der Kommunen vorzunehmen. Brandl fordert den Vertreter Bayerns in der Gemeindefinanzkommission, Finanzminister Fahrenschoen auf, sich energisch für die kommunalen Interessen einzusetzen, auch wenn er selbst Sympathie für die Streichung der Hinzurechnungen hat erkennen lassen.

„Wer die Hinzurechnungen streichen will, legt Hand an das Fundament der Gewerbesteuer. Mehr noch, er versetzt der Ge-

werbesteuer den Todesstoß, weil sie dann keine eigenständige Realsteuer mehr ist, sondern die gleiche Bemessungsgrundlage wie die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer hat. Ich erinnere an die verschiedenen politischen Zusagen, unter anderem der Bundeskanzlerin, des Bundesfinanzministers, des Bayerischen Ministerpräsidenten und des Bayerischen Finanzministers, ohne Zustimmung der Kommunen keine Änderungen an der Gewerbesteuer vorzunehmen. Das darf nicht alles Schnee von gestern sein“, erklärte Brandl.

Ein Stück Steuergerechtigkeit

Die Hinzurechnung von Finanzierungsaufwendungen der Gewerbetreibenden zum Gewinn eines Unternehmens sind Brandl zufolge ein Kernstück der kommunalen Gewerbesteuer. Es gab sie schon immer und sie wurden mit gutem Grund im Jahr 2008 präzisiert, um der Unsitte von Gewinnverlagerungen in Niedrigsteuerländer einen Riegel vorzu-

schieben. Unternehmen mit Sitz in Deutschland sollen ihre Gewinne auch in Deutschland versteuern und nicht durch Steuertricks der hiesigen Besteuerung entziehen. International agierende Konzerne wird es ohne diese Hinzurechnungen schmackhaft gemacht, z. B. durch Vereinbarung hoher Lizenzentgelte bilanztechnisch keine Gewinne in Deutschland auszuweisen. Damit der deutsche Fiskus hier nicht völlig leer ausgeht, wird ein bestimmter Anteil des verlagerten Gewinns den Besteuerungsgrundlagen bei der Gewerbesteuer hinzugerechnet. Das ist laut Brandl auch ein Stück Steuergerechtigkeit, weil national tätige Unternehmen diese Steuertricks nicht anwenden können.

Steuerpflicht ausdehnen

Der Gemeindegatspräsident forderte stattdessen nochmals, die Gewerbesteuerpflicht auf die sog. freien Berufe (Architekten, Ärzte, Steuerberater, Rechtsanwälte, Notare usw.) auszudehnen. Das würde zur Stabilisierung des Gewerbesteueraufkommens beitragen. Vielfach sei zudem nicht mehr nachvollziehbar, wann für die gleiche Leistung Gewerbesteuer bezahlt werden muss oder auch nicht, je nachdem wer diese Leistung erbringt (z. B. Architekt oder Bauunternehmer beim Entwurf eines Bauplans). □

„VdW im Dialog“

Fachtagung der bayerischen Wohnungsunternehmen in Reit im Winkl

Bei der traditionellen Fachtagung „VdW im Dialog“ in Reit im Winkl konnte der Vorsitzende des Gesamtvorstands, Gerhard Weiß, mehr als 600 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft begrüßen. Innenminister Joachim Herrmann verwies in seinem Vortrag „Wohnungsbau und Stadtentwicklung mit knappen Kassen“ auf die angespannte Haushaltslage. „Die Politik muss lernen mit den Einnahmen, die man hat, auszukommen“, betonte der Politiker. Doch gelte es, Prioritäten bei den Kürzungen zu setzen.

Nur noch bis 2013 sichergestellt sei die Wohnraumbeförderung des Bundes, so Herrmann. „Bayern braucht mehr Wohnungsbau“, so der Innenminister. Der Bedarf entstehe durch die steigende Einwohnerzahl und den Erneuerungsbedarf beim Wohnungsbestand. Nach dem Nachkriegstiefstand bei den Fertigstellungen im Jahr 2009 zeichne sich nun ein Silberstreifen am Horizont ab. In den Monaten Januar bis August 2010 sei die Zahl der Baugenehmigungen im Vergleich zum Vorjahr um 16 Prozent gestiegen. Dennoch befänden sie sich noch nicht auf dem nötigen Niveau. Impulse für den Wohnungsbau verspricht sich Herrmann durch Änderungen im Steuerrecht. Deshalb empfahl er die Wiedereinführung der degressiven Afa. Doch habe sich deren Notwendigkeit leider noch nicht bei allen Bundesländern durchgesetzt.

Neues Energiekonzept

Dr. Andreas Scheuer, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, nannte als entscheidende wohnungspolitische Handlungsfelder die Energieeffizienz, den demographischen Wandel und die Bildung von Wohneigentum. Das neue Energiekonzept der Bundesregierung bezeichnete er als „Vision einer zuverlässigen Energieversorgung“. Die Pläne, die CO₂-Emissionen im Gebäudebereich bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren, seien ehrgeizig, aber machbar. Eine wichtige Verbesserung am Energiekonzept sei der Verzicht auf Sanierungszwänge und die Festschreibung der Wirtschaftlichkeit gewesen, so Scheuer.

Verbandsdirektor Xaver Kroner beschäftigte sich in seiner Rede ebenfalls mit knappen Kassen, allerdings auf Seiten der Woh-

nungsunternehmen und hielt ein Plädoyer für mehr Realitätsbezug im Umgang mit der Wohnungswirtschaft. „Den Mitgliedsunternehmen des VdW Bayern wird es ohne die nötige Investitionskraft nicht gelingen, die vor ihnen liegenden Aufgaben zu meistern“, stellte Kroner klar. Dabei komme es bei der Erhaltung von sozial stabilen Bewohnerstrukturen aber gerade auf diese Unternehmen an, sie seien auf vielfältige Weise Partner der Kommunen.

Sackgasse

In Verbindung mit den niedrigen Zielmieten nach Modernisierung sei häufig keine Wirtschaftlichkeit der geplanten Maßnahmen mehr zu erreichen, beklagte Kroner. Das energiepolitische Ordnungsrecht kombiniert mit den derzeit bestehenden Fördersystemen habe die Wohnungsunternehmen auf wesentlichen Wohnungsteilmärkten bereits in die Sackgasse geführt. „Was wir brauchen ist mehr Realitätsbezug in der Energie- und Klimapolitik“, forderte der Direktor. Die größten Einspareffekte würden in der Breite erzielt, nicht in der Tiefe. Die vom Energiekonzept geforderte Einsparung von 80 Prozent der CO₂-Emissionen sei nicht machbar, aber 50 Prozent wären zu schaffen.

Als eine realistische Grundlage hierfür sieht Kroner die Standards der EnEV 2007 in Verbindung mit dem seit 2009 bestehenden Förderrahmen und -volumen auf Bundes- und Landesebene. „Wir müssen die Anpassungsgeschwindigkeit in unseren Wohnbeständen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Vermietern, Mietern und auch Selbstnutzern anpassen“, erklärte Kroner. Ein „weiter so“ dürfe es nicht geben. „Wir brauchen klare, realistische Ziele.“ DK

Finanzminister Fahrenschoen:

Alle Zeichen stehen auf Fortsetzung des Aufschwungs

„2010 war ein gutes Jahr für Deutschland, Bayern und Schwaben. Deutschland ist die Wachstumslokomotive in Europa, Bayern ist an der Spitze beim Aufschwung und Schwaben hat die Überwindung der Krise wesentlich mit vorangetrieben. Andere Regionen und Staaten Europas blicken derzeit mit Neid auf uns. Alle Zeichen stehen auf Fortsetzung des Aufschwungs in diesem Jahr“, betonte Finanzminister Georg Fahrenschoen beim 17. Neujahrsempfang „Bayme vbm / vbw“ in Augsburg.

Der Aufschwung sei kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis harter Arbeit. Die mittelständischen Strukturen seien wesentlich Mitgarant für diesen Erfolg. „Familienunternehmen, inhabergeführte Unternehmen sind zäher, man denkt nachhaltig und in Generationen“, hob Fahrenschoen hervor. Im Mittelstand seien Arbeitsplätze gehalten worden. Die Unternehmen hätten Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern gezeigt und damit Zuversicht und Sicherheit gegeben.

Fahrenschoen hob hervor, dass der Aufschwung inzwischen nicht nur vom Export, sondern auch von der Binnenwirtschaft getragen werde. Trotz der aktuell guten Wirtschaftsdaten warnte er allerdings vor Übermut. So werfe die exorbitante Verschuldung der USA noch viele Fragen auf. In den Schwellenländern drohe die Wirtschaft zu überhitzen. Sorge bereite zudem die Preisentwicklung bei Rohstoffen. Auch in Europa kämpften einige Staaten mit den Problemen der Verschuldung. Fahrenschoen: „Das Gebot der Stunde lautet daher: Wir brauchen eine neue Stabilitätskultur in Europa nach deutschem Muster! Wir Bayern müssen besonders darauf achten, denn der Freistaat war und ist der Hort der Stabilität.“

Zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sei die Einigung des Europäischen Rates vom Oktober die unverzichtbare Mindestanforderung. Weitere Kompromisse könne es nicht geben. Sanktionen gegen Sünder müssten künftig weitestgehend automatisch angewandt werden. Darüber hinaus dürfe es keine Transfer-Union geben. Die nationale Verantwortung für Schulden müsse erhalten bleiben. Darüber hinaus müsse verhindert werden, dass die EU ein Verschuldungsrecht erhalte oder gar EU-Steuern eingeführt werden. Der Euro müsse im ureigensten Interesse gestärkt werden. Für die Herausforderung der Zukunft „brauchen wir Mut-Bürger, die Ja sagen, Ja zur Verantwortung, Ja zur Gemeinschaft und Ja zur Zukunft“, betonte Fahrenschoen: „DAGEGEN bedeutet Stillstand - wir brauchen Menschen, die dafür sind, die mitmachen, die es besser machen wollen!“ Der Aufschwung zeige, dass sich harte Arbeit, Verzicht und Fleiß lohnten. Die Politik müsse dabei die Unternehmen nach besten Kräften unterstützen und für ein unternehmerfreundliches Klima und eine soziale Marktwirtschaft sorgen.

Bayern müsse sich in den kommenden Jahren als Leitmarkt und Leitanbieter für Zukunftstechnologien etablieren. Schwaben sei dabei als Innovationsland gut aufgestellt, merkte Fahrenschoen an. □

„Soziale Stadt 2010“

Mit finanzieller Unterstützung aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ werten die Münchner Wohnungsbaugesellschaft GEWOFA und die Landeshauptstadt München das Quartier um den Piusplatz umfassend auf. Für ihr Engagement hat der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. der GEWOFA den Preis „Soziale Stadt 2010“ verliehen.

Innenminister Joachim Herrmann: „Ich gratuliere der GEWOFA und der Stadt München ganz herzlich zu diesem Erfolg. Außerdem gratuliere ich der BSG-Allgäu und der Genossenschaft „Miniladen im Oberösch eG“, die in Kempten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Nahversorgung leisten, zu einer Anerkennung der Jury.“

Verbesserte Lebenssituation

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ stärken Bund und Land den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verbessern die Lebenssituation vieler Menschen in Bayern. Für das Programmgebiet „Mittlerer Ring Südost“ in München, zu dem auch der Piusplatz gehört, haben Freistaat und Bund bisher jeweils rund 3,7 Millionen Euro Finanzhilfen bereit gestellt. Die Jury hat bei der Preisvergabe insbesondere das umfassende Gesamtkonzept gewürdigt, das auf den Erhalt einer generationenübergreifenden sozialen Balance im Stadtteil abzielt und dabei mit Maßnahmen zur Lärmreduzierung und energetischen Sanierung hohe Maßstäbe an die bauliche Gestaltung und Umweltqualität legt.

Ziel der Projekte ist es, das Quartier zu beleben und für junge Familien und ältere Menschen attraktiv zu gestalten. Viele der Maßnahmen wurden aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert, zum Beispiel Wohnumfeld-

verbesserungen oder die Einrichtung eines Quartiersmanagements. Des Weiteren unterstützt der Freistaat Maßnahmen an den Wohngebäuden in erheblichem Umfang mit der Wohnraumbeförderung. Im Quartier am Piusplatz befindet sich auch ein Projekt des Modellvorhabens „Wohnen in allen Lebensphasen“, mit dem die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern die Realisierung beispielhafter Wohnkonzepte fördert, die den demographischen Veränderungen gerecht werden. „Für diese Maßnahme haben wir rund 3,8 Millionen Euro Förderdarlehen bewilligt. Hinzu kam ein Zuschuss zum Wettbewerb in Höhe von 53.000 Euro“, informierte der Innenminister.

Sozialer Treffpunkt

Der „Miniladen im Oberösch“ wurde von der BSG-Allgäu zusammen mit dem Quartiersmanagement Kempten St. Mang konzipiert. In der „Miniladen im Oberösch eG“ engagieren sich viele Bewohner des Viertels. Der Miniladen schließt eine Angebotslücke in der Nahversorgung des Quartiers und hat sich zu einem wichtigen sozialen Treffpunkt entwickelt. Gleichzeitig sind neue Arbeitsplätze im Stadtteil entstanden. Bisher haben Bund und Freistaat dem Programmgebiet St. Mang rund eine Million Euro aus dem Programm „Soziale Stadt“ zur Verfügung gestellt. □



Neue Kreuzstelen von PAUL WOLFF:

Hohe Symbolkraft

Mit den beeindruckenden Kreuzstelen baut der Spezialist für Friedhofsausstattung PAUL WOLFF sein Sortiment an Urnenstelen weiter aus. Das Kreuz, eines der Hauptsymbole des Christentums, ist integrativer Bestandteil der Stelen und gleichzeitig das herausragende Gestaltungselement. Die zweireihig angeordneten Urnenstelen sind mit einer witterungsbeständigen, kreuzförmigen Aluminiumkonstruktion verbunden. Wie alle Urnenstelen gibt es die Kreuzstelen in neun verschiedenen hochwertigen, von Hand gestockten Außenflächen. Da PAUL WOLFF mit dem RAL-Gütezeichen 502/3 für Urnenbestattungssysteme zertifiziert ist, entsprechen die Kreuzstelen den sehr strengen Normen der deutschen RAL-Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e. V. Das gilt für die Materialbeschaffenheit der Stelen ebenso wie für die optimale Be- und Entlüftung der Kammern und die leichte Handhabung mit den Kammer-Verschlussplatten.

Damit ist gewährleistet, dass der Kunde auf seinen Friedhöfen langlebige Qualitätsprodukte einsetzen kann, die ihm ein hohes Maß an Sicherheit gewährleisten. Insbesondere, wenn es um ein so sensibles Thema wie Bestattung geht. □

Bayerns Kommunen setzen auf das Bausparen

Mit einem Bausparvertrag können sich Gemeinden, Landkreise und kommunale Unternehmen historisch niedrige Zinsen langfristig sichern – und dennoch flexibel bleiben, wenn sie Neubauten und Modernisierungen von Schulen, Rathäusern oder Kliniken finanzieren müssen. Deshalb verzeichnet die LBS Bayern derzeit die größte Nachfrage nach kommunalen Bausparverträgen seit ihrer Gründung.

Die Zinsen sind niedrig – doch wie lange noch? Diese Frage stellt sich nicht nur privaten Bauherren und Immobilienfinanzierern, sondern auch Kommunen.

2001 sind so insgesamt über eine Milliarde Euro von Kommunen investiert worden.

Ähnlich wie private Haushalte können auch Städte, Gemeinden,

Bausparen können niedrige Zinsen gesichert werden, auch wenn der Liquiditätsbedarf erst in einigen Jahren entsteht. „Mit der Entscheidung für einen kommunalen Bausparvertrag legt unsere Gemeinde eine solide Basis für künftige Investitionen“, erklärt Hans Pechtl, Bürgermeister der Gemeinde Stulln (Kreis Schwandorf), die im vergangenen Herbst einen Kommunalbausparvertrag über 500.000 Euro abgeschlossen hat. „Die monatlichen Sparbeiträge sind für uns überschaubar und die niedrigen Darlehenszinsen für die Zeit nach der Zuteilung des Vertrags gesichert.“

Tilgungen sind möglich

Sind kurzfristig Baumaßnahmen erforderlich, kann der kommunale Bausparvertrag mit einer Vorfinanzierung verbunden werden. In diesem Fall wird der Vorfinanzierungskredit tilgungsfrei gestellt und gleichzeitig ein Bausparvertrag bespart. Ist dieser zuteilungsfähig, löst er die Vorfinanzierung ab. An ihrer Stelle kann dann das günstige Bauspardarlehen in Anspruch genommen werden. Auch Kombinationen mit Darlehen von Sparkassen oder Förderbanken wie der BayernLabo oder der LfA Förderbank Bayern sind möglich. Zudem kann das Bausparen dazu genutzt werden, bereits bestehende Kredite später abzulösen. In jedem Fall gilt: In der Darlehensphase des Bausparvertrags sind jederzeit in beliebiger Höhe Tilgungen möglich – und das oh-

ne Vorfälligkeitsentschädigung.

„Die teils angespannte Haushaltslage der Kommunen erfordert es, Belastungen durch Zins- und Tilgungsleistungen für Kredite auf mehrere Jahre hinaus möglichst genau zu planen. Dafür ist ein Bausparvertrag ein ideales Instrument, das es zudem erlaubt, das derzeit historisch niedrige Zinsniveau auf viele Jahre zu sichern“, erklärt Hermann Litz, Leiter des LBS-Kommunalgeschäfts. Das Interesse an dieser Finanzierungsform wird seiner Ansicht nach weiter wachsen.

Nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Urbanistik werden Städte und Gemeinden bundesweit 2011 etwa 31,1 Milliarden Euro in ihre Infrastruktur investieren. Gleichzeitig besteht der Studie im Auftrag der KfW Bankengruppe zufolge ein hochgerechneter Investitionsrückstand von 75 Milliarden Euro, der in der Zukunft anfallen wird.

Werben mit Sonderkonditionen

Die LBS Bayern sieht darin auch erhebliches Potential für das kommunale Bausparen und wirbt mit Sonderkonditionen um Städte, Gemeinden und Landkreise. So genießen sie den Vorteil einer halbierten Abschlussgebühr und eines Darlehensnachlasses von zwei Prozent. Es müssen also nur 98 Prozent des Darlehens zurückgezahlt werden. „Als Bausparkasse der Sparkassen verfügen wir über eine natürlich gegebene Verbindung zu den Gemeinden und sehen es als eine wichtige Aufgabe an, nicht nur die Bevölkerung bei privaten Neubau- und Modernisierungsprojekten zu unterstützen, sondern auch den Kommunen als zuverlässiger Finanzierungspartner zur Seite zu stehen“, so Hermann Litz.



Vor kurzem fertiggestellt: Die Brandström-Schule in Köln. □

Schulbauten von GRAEFF in Köln:

Höchstnoten in Technik und Design

Gleich sechs Schulen und Mensen hat die Mannheimer GRAEFF Container & Hallenbau GmbH vor kurzem fertig gestellt. Jedes dieser Projekte wurde in Zusammenarbeit mit örtlichen Architekturbüros realisiert, die anspruchsvolle Vorgaben sowohl bei der Außengestaltung der Gebäude als auch bei deren technischen Ausstattung formulierten. GRAEFF hat diese Vorgaben voll umfänglich umgesetzt und damit ein weiteres Mal den Nachweis geführt, dass modulares Bauen für lange Lebenszyklen uneingeschränkt geeignet und keinesfalls Interims-lösungen vorbehalten ist.

Das Mannheimer Unternehmen beteiligt sich mit einem großen Erfahrungsschatz an Ausschreibungen für den Bau von Schulen. Besonders erfolgreich waren die Bemühungen in Köln, wo gleich für sechs Projekte der Zuschlag erteilt wurde. GRAEFF präsentierte jeweils ein schlüssiges Konzept: niedrige Kosten, hohes technisches Niveau bei Bau und Ausstattung sowie kurze Liefer- und Montagezeiten.

Zu den spezifischen Anforderungen zählten niedrige TVOC-

Werte sowie nahe Null gehende Schadstoffbelastungen in allen Bereichen. Auch hohe Brandschutzklassen mussten, entsprechend den Schulbauvorschriften, eingehalten werden. Architektonische Akzente setzten die Planer mit Aluminiumfassaden, Putzfassaden sowie mit farbigen Glaspaneelen. Die Projekte boten den Fachleuten bei GRAEFF die Gelegenheit, alle Register des modularen Bauens zu ziehen.

Liebe zum Detail

„Wir bauen Schulen mit viel Liebe zum Detail und mit einem reichen Erfahrungsschatz. Wir gehen teilweise über die Auflagen der Schulbauvorschriften hinaus, dazu fühlen wir uns den Schülern und Lehrern gegenüber verpflichtet, die sich täglich in den Räumen aufhalten“, sagt Heinrich Graeff, der Inhaber, zur Philosophie seines Unternehmens. Der Erfolg im Schulbau gibt ihm recht.

Die Graeff Container- und Hallenbau GmbH, Mannheim, entwickelt und produziert seit über 50 Jahren mobile Raumlösungen und hochwertige Fertiggebäude. Das Unternehmen setzt dabei auf modulare und kostengünstige Raumsysteme. Die umfangreiche Produktpalette reicht vom schlichten Baucontainer, dem Gastro-Pavillon und dem repräsentativen Ausstellungs-Glaspalast bis hin zu Großraumlagerhallen.



Vorsorge für die Sanierung: Die Stadt Bad Tölz setzt auf einen Bausparvertrag über eine Summe von vier Millionen Euro, um ihr Rathaus auf modernen Stand zu bringen. Foto: Stadt Bad Tölz

Angesichts des permanenten Investitionsbedarfs ist es gerade für Städte, Gemeinden und Landkreise unerlässlich, sich – je nach Zinseinschätzung – zu positionieren. Eine Alternative gibt es ohnehin nicht. Denn auch wer keine Maßnahmen trifft, agiert am Kapitalmarkt: Er setzt auf anhaltend niedrige oder sogar fallende Zinsen. Wenn man aber – wie viele Experten – davon ausgeht, dass die Zinsen in der Zukunft steigen werden, ist es sinnvoll, das derzeit günstige Zinsniveau langfristig zu sichern. Immer mehr Kommunen entdecken dafür das Bausparen als passendes Instrument.

Rekordsumme

Kommunen und kommunalnahen Unternehmen im Freistaat haben im Jahr 2010 bei der LBS Bayern Bausparverträge mit einer Summe von rund 190 Millionen Euro abgeschlossen. Das ist der höchste Wert, den die Landesbausparkasse je binnen eines Jahres in diesem Segment erzielt hat. Seit Jahren nimmt das Interesse massiv zu. Während die Bausparsumme der neu abgeschlossenen Verträge im kommunalen Geschäft der LBS Bayern 2001 noch bei rund 12 Millionen Euro lag, stieg sie bis 2005 auf fast 100 Millionen Euro und hat sich bis heute etwa versechzehnfacht. Seit

Landkreise und kommunale Unternehmen einen Bausparvertrag nutzen, wenn sie zum Beispiel Rathäuser, Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Feuerwehrgelände und Kliniken modernisieren oder neu bauen wollen. Stehen entsprechende Projekte im Rahmen der mittelfristigen Investitionsplanung an, lassen sich dafür mit einem Bausparvertrag zuverlässig Rücklagen bilden. Diese werden in der Ansparphase verzinst. Gleichzeitig wird der Anspruch auf ein besonders günstiges Bauspardarlehen (derzeit ab 2,32 Prozent effektivem Jahreszins) in der Zukunft erworben. So kann das aktuell historisch niedrige Zinsniveau langfristig gesichert werden. Das gewährt große Planungssicherheit, bietet aber zusätzlich volle Flexibilität. Denn das Darlehen muss nicht in Anspruch genommen werden.

Spielraum schaffen

Sollten die Zinsen doch nicht steigen, steht es dem Bausparer frei, sein Darlehen zu einem späteren Zeitpunkt oder gar nicht abzurufen. So können Städte, Gemeinden, Kreise und ihre Unternehmen nicht nur für konkrete Projekte finanziell vorsorgen, sondern sich auch für mögliche Maßnahmen in der Zukunft Spielraum schaffen. Denn beim

Guter Rat muss nicht teuer sein:

Neues Leben für alte Schule

Bürgermeister Wildgruber begeistert von Vielfalt innovativer Ideen für die ehemalige Schule in Niederaudorf

Leerstand und energetische Sanierung öffentlicher Gebäude sind typische Herausforderungen für Kommunen - besonders angesichts knapper Kassen. Im Rahmen eines interdisziplinären Seminars an der TU München haben sich jetzt die Baureferendare des Freistaats Bayern dieses Themas angenommen.

Sie entwickelten ein beeindruckendes Spektrum zukunftsorientierter Konzepte für das ehemalige Schulgebäude in Niederaudorf. Von der sanften Sanierung mit minimalen Eingriffen bis zum modernen Neubau wurden verschiedene Varianten und Lösungsansätze erarbeitet.

Innovative Konzepte

Schwerpunkt bei allen Ent-

würfen waren innovative Konzepte zur Energieeinsparung. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener technischer Fachbereiche ermöglichte eine ganzheitliche Betrachtung der Aufgabe. Die Varianten können der Gemeinde als Grundlage für ein Zukunftsszenario dienen.

Jetzt gilt es für die Gemeinde sich zu entscheiden. Mit Spannung wird von den Referenda-

ren die nächste Gemeinderatssitzung erwartet, in der sie auf Einladung des Bürgermeisters die Gelegenheit erhalten werden, ihre Konzepte vorzustellen.

Abschlusspräsentation

Ähnlich wie dieses Hochbauprojekt bearbeiteten die angehenden Regierungsbaumeister drei weitere Aufgaben aus den Bereichen Stadtplanung, Wasserwirtschaft und Straßenbau. Im Rahmen der Abschlusspräsentation werden alle vier Projekte vor hochrangigen Vertretern aus Politik und Verwaltung vorgestellt.



Percha



Corvara



Kastelruth



Percha



Antholz



Gröden



Wielenberg



Corvara



Hoch Abtei



Lappach



Seis am Schlern

Energie und Kosten sparen mit LED - Straßenleuchten aus Südtirol

Natürlich gibt es unsere Leuchten auch mit Natriumdampf-Hochdruck-Leuchtmittel. Fragen Sie nach unserem Gesamtkatalog. Für eine eventuelle Terminvereinbarung kontaktieren Sie bitte:
Hans Pohlin : 0039-348-7812120

Urbis GmbH

Dantestr. 21
I - 39031 Bruneck
www.urbis-design.it
info@urbis-design.it
tel-fax +39-0474-411196

19. Bayerischer Ingenieuretag:

Ganzheitliches Planen und Bauen

„Verantwortung“ - dieser Begriff zog sich durch die Beiträge beim 19. Bayerischen Ingenieuretag am 21. Januar im Rahmen der Messe „Bau 2011“. Aus den Perspektiven der Politik, der Kirche sowie aus der Ingenieurpraxis beleuchteten Ministerialdirektor Michael Höhenberger vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Kardinal Dr. Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising sowie Prof. Dr.-Ing. Oliver Fischer, Ordinarius am Lehrstuhl für Massivbau der Technischen Universität München, das Tagungsthema „Ganzheitliches Planen und Bauen. Innovation - Kooperation - Realisation“. Gut 800 im Bauwesen tätige Ingenieure sowie Interessenten aus Bayern und zum Teil darüber hinaus wohnten der Tagung bei.

Über diese große Resonanz freute sich auch Dr.-Ing. Heinrich Schroeter, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau. „Nur als große Kammer mit vielen Mitgliedern aus allen Bereichen des Ingenieurwesens können wir unsere Anliegen durchsetzen“, verwies Heinrich Schroeter auf die 5.841 Kammermitglieder, womit die bayerische Kammer die drittgrößte in Deutschland ist.

Kerngeschäft

Bezüglich des Tagungsthemas nannte Schroeter die von den Ingenieuren übernommene

Lange Nacht der Architektur:

Einblicke in eindrucksvolle Gebäude

Resonanz weit größer als erwartet
Mehr als 10.000 Besucher

Die erste Lange Nacht der Architektur, veranstaltet von der BAU, Weltleitmesse für Architektur, Materialien und Systeme, und dem Bauzentrum Poing ist bei den Münchnern auf eine überwältigende Resonanz gestoßen. Nach Schätzung der Organisatoren nahmen mehr als 10.000 Besucher an dem nächtlichen Event teil, das Einblicke gewährte in die eindrucksvollsten Gebäuden der bayerischen Landeshauptstadt.

Bereits zur Eröffnung durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Christian Ude, und den Geschäftsführer der Messe München, Dr. Reinhard Pfeiffer, waren mehr als 200 Besuchern in den Skygarden am Arnulfpark gekommen. Völlig überfüllt war dann der anschließende Vortrag des Stararchitekten Hadi Teherani. „Wir zählten mehr als 300 Besucher. 600 Gästen mussten wir leider im Vorfeld absagen, da nicht genug Sitzplätze zur Verfügung standen. Der Vortrag wurde über die Maßen gut aufgenommen“, freute sich Markus Diekow, Leiter Unternehmenskommunikation Corporate Communications der Vivico Real Estate GmbH.

Luxus-Herberge

Nach der zentralen Eröffnungsfeier begann für die Besucher die Qual der Wahl. Eine ältere Dame fasste ihr Dilemma zusammen: „Bei dem tollen Angebot bin ich jetzt total im Stress. Ich weiß gar nicht, wo ich zuerst hingehen soll.“ Besonders gefragt: „The Seven“, ehemals ein Heizkraftwerk an der Müllerstraße, mittlerweile umgestaltet zu Deutschlands teuerster Penthouse-Wohnung.

Verantwortung und die sich wandelnden Anforderungen. „Deswegen brauchen wir neue Impulse für ganzheitliches, umweltschonendes und wirtschaftliches Bauen“, forderte der Kammerpräsident. Für ihn kommen diese Impulse primär von den Ingenieuren selbst. „Die Entwicklung innovativer Technologien und Abläufe, der Einsatz neuer Baustoffe oder Bauverfahren, die kreative Gestaltung von Ideen und Verfahren, die Verwirklichung neuer Konzepte oder Lösungen - das ist unser Kerngeschäft. Wir, die Ingenieure, mit unseren Ideen, Planungen und Ausführungen,

planen und bauen für die Menschen. Wir gestalten und verändern die Welt. Wir Ingenieure bauen die Zukunft“, verdeutlichte Schroeter und verwies auf die Aspekte Kooperation, Fort- und Weiterbildung.

Nachhaltigkeit

Ministerialdirektor Michael Höhenberger verwies in seinem Impulsreferat auf die „gute Partnerschaft“ zwischen dem Umweltministerium und den bayerischen Ingenieuren. Den Begriff „nachhaltig“ brachte Höhenberger in Verbindung mit dem Umgang mit der Schöpfung. So geht es für Höhenberger um den Klimaschutz, eine artenreiche Natur und gesunde Umwelt, gesunde Lebensmittel, um den Erhalt der Heimat und ihrer landschaftlichen Schönheiten.

„Nachhaltigkeit bedeutet dabei nicht Verzicht auf Fortschritt oder Wohlstand. Aber sie mahnt uns, für einen verantwortbaren Fortschritt und einen verantwortlichen Wohlstand einzutreten“, erläuterte Höhenberger und wies den Ingenieuren eine „immens wichtige Rolle“ als kreative Gestalter und Träger des technischen Fortschritts zu. „Aber es bedeutet auch eine große Verantwortung: Es gilt, die Wechselwirkungen von Mensch, Technik und Umwelt von Anfang an bei Ihren Planungen und Konzeptionen zu berücksichtigen - also ganzheitlich zu denken“, machte der Referent deutlich und konkretisierte dies am Klimaschutz und den energetischen Gebäudesanierungen.

Ökologie und Ökonomie

Präsident Schroeter dankte er für das Engagement der Kammer in der Klima-Allianz Bayern. Doch auch die Sicherung von Trinkwasserreserven, den Hochwasserschutz und den Schutz von Natur und Landschaft erwähnte der Ministerialdirektor. „Ganzheitlich zu denken, Ökologie und Ökonomie zu vereinbaren, ist heute ein Muss für jede zukunftsfähige Planung“, fasste Michael Höhenberger zusammen und ging zum Schluss auf entsprechende Planungen für die Olympiade 2018 in München und Garmisch-Partenkirchen ein, die „grüne Spiele“ werden müssten. Die ganzheitliche Betrachtung

Highlights konnten sich die Menschen wieder aufwärmen, gegenseitig kennenlernen und ihrer Hoffnung Ausdruck geben, dass diese Veranstaltung im Jahr 2013 unbedingt wiederholt werden sollte.

Begeisterte Betreiber

Auch die Betreiber der an der LNDa teilnehmenden Gebäude zeigten sich begeistert von der Idee, anlässlich der Architektur-Fachmesse BAU eine Brücke

tung bei kirchlichen Bauprojekten betonte auch Kardinal Marx in seinem Vortrag zum Thema „Herausforderung Verantwortung“. Er kam schnell zur Nachhaltigkeit - vor allem in Bezug auf kommende Generationen - und auf Werte und Ethik. Er nannte den so genannten „technologischen Imperativ“ („Alles, was wir können, sollen wir auch tun!“) und den „ökonomischen Imperativ“ („Was Gewinne bringt, darf man nicht verhindern!“) und verwies beiderseits auf Forderungen nach Verantwortung.

Grenzen der Imperative

Schäden infolge technischer Entwicklungen sowie die Finanzkrise hätten, so der Kardinal, Grenzen dieser Imperative aufgezeigt. „Das widerspricht unserem Menschenbild und unserer Zivilisation“, wurde der Erzbischof deutlich und setzte dem entgegen: „Wir sind die Gestalter dieser Welt, wir sind für sie verantwortlich, das ist die christliche Auffassung vom Menschen. Im 21. Jahrhundert geht es auch um das Überleben unserer westlichen, christlich geprägten Zivilisation.“

Konstruktiver Ingenieurbau

Zurück in die Praxis ging es beim Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Oliver Fischer zum Thema „Innovationen im konstruktiven Ingenieurbau“. Erfindungen, erfolgreiche Anwendungen und neue Komponenten (Werkstoffe, Tragwerk, Bauverfahren) präsentierte der TU-Lehrstuhlinhaber und ging auch auf damit zusammenhängende Fragen wie Verbesserung der Lebensqualität, Umweltaspekte, Wettbewerbsvorteile, Schadensfälle und Verantwortung ein. Anhand von Beispielen aus dem Brücken- und Tunnelbau beschrieb er neue Möglichkeiten der Vorspannung, neu entwickelte Werkstoffe, neue Berechnungsmöglichkeiten bzw. Entwicklungen bei den erneuerbaren Energien.

Defizite überwinden

Zum Abschluss beleuchtete Fischer die nur mittelmäßige Innovationskraft in Deutschland. Geringe Investitionen in Bildung, zu viele Gesetze und Reglementierungen, ein schlechtes gesellschaftliches Innovationsklima sowie eine negative Einstellung zum unternehmerischen Risiko sind für Fischer die Ursachen für diese Situation, auch wenn er Deutschland eine gute Forschungseffizienz bescheinigte. Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, müssten diese Defizite überwunden werden.

Markus Bauer

von den Messehallen in die Stadt zu schlagen. „Es wäre toll, wenn die Veranstaltung zur BAU 2013 wieder stattfinden würde“, erklärte Tobias Kohler von der Olympiapark München GmbH, stellvertretend für viele andere Gebäudebetreiber. Auch die Veranstalter der Langen Nacht der Architektur zeigten sich zufrieden.

Lange Warteschlangen

Dazu Messe-Geschäftsführer Dr. Reinhard Pfeiffer: „Wir von der BAU und vom Bauzentrum Poing freuen uns sehr, dass diese erste „LNDa“ so viel Anklang gefunden hat. Nichts ist schlimmer, als wenn bei einer Premiere niemand kommt. Hier war teilweise das Gegenteil der Fall: Es hat uns alle überrascht, dass das Interesse so riesengroß war. Daher kam es bei dieser Premiere teilweise auch zu langen Warteschlangen. Dies in den Griff zu bekommen, ist die große Herausforderung beim nächsten Mal.“



Fahnenmasten mit Beleuchtung sind stimmungsvoll und vervielfachen die Werbewirkung von Fahnen.

Werbung, die strahlt:

Licht-Fahnenmasten und Wegweiser mit LED-Lichtband oder Leuchtmodul

Flaggen fallen auf und gefallen durch die Bewegung im Wind. Jetzt gibt es zwei Gründe mehr für einen Fahnenmast als Werbeträger: Lichtmasten und Masten mit LED-Lichtband von „AWAG Fahnen und Fahnenmasten“ aus Winzer a. d. Donau / Deutschland.

Während beim Fahnenmast mit Lichtband zahlreiche LEDs für eine effektvolle Werbung sorgen, erstrahlt im Licht-Fahnenmast ein integriertes Modul mit 4800 Lumen. Frische Farben wie rot, grün, blau oder gelb unterstreichen dabei eindrucksvoll die Motive auf den Flaggen und garantieren neugierige Blicke von allen Seiten.

Fahnenmasten mit Beleuchtung sind stimmungsvoll und vervielfachen die Werbewirkung von Fahnen, die sonst im Dunkel stehen würden. Außer auf Stadt- und Marktplätzen sind beleuchtete Masten überall dort beliebt, wo nach Einbruch der Dunkelheit noch viele Menschen unterwegs sind: am Theater, am Konzert-

haus, am Casino, bei Sport- oder Kulturveranstaltungen und bei Events aller Art.

Akzente setzen

Aufmerksamkeit zu jeder Tageszeit – das garantieren nicht nur Fahnenmasten. Auch beleuchtete Wegweiser, Hinweistafeln oder Absperrpoller setzen Akzente und schaffen stilvolle Atmosphäre. Die eingesetzte LED-Technik garantiert eine sehr gleichmäßige Ausleuchtung bei geringem Stromverbrauch. Hochwertiger Edelstahl genügt selbst höchsten ästhetischen Ansprüchen.

Mehr Informationen zu den Angeboten von AWAG unter: www.awag.de.

Beseitigung von Frostschäden und Winterdienst:

Rund 30 Millionen Euro zusätzlich notwendig

Innenminister Joachim Herrmann: „Mittel aus den Steuermehreinnahmen verwenden“

Bereits jetzt sind zahlreiche Frostschäden an den Fahrbahnen der Staatsstraßen festzustellen, obwohl der Winter noch nicht vorüber ist. Besonders gefährdet sind vorgeschädigte Staatsstraßen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann beziffert die zusätzlichen Kosten für die Beseitigung von Frostschäden und den Winterdienst auf rund 30 Millionen Euro. Er fordert, den zusätzlichen Bedarf aus den aktuellen Steuermehreinnahmen 2010 abzudecken.

„Die Frost-Tau-Wechselperioden setzen den Fahrbahnen stark zu, wenn Wasser über Risse in die Fahrbahnbefestigung eindringt und sich beim Gefrieren seine Sprengwirkung durch die Volumenzunahme entfaltet. Folge sind deutliche Risse in den Fahrbahnen, sich ablösende Deckschichten bis hin zu tiefen Schlaglöchern, die wir derzeit in allen Landesteilen feststellen können“, erläutert Herrmann die aktuelle Problematik. „Wegen des anhaltenden Winters können derzeit nur provisorische Reparaturen an besonders gravierenden Schädstellen durchgeführt werden. Vorübergehend können Schlaglöcher mit so genanntem Kaltmischgut notdürftig wieder gefüllt werden. Ansonsten müssen wir uns derzeit darauf beschränken, auf Gefährstellen durch Verkehrszeichen hinzuweisen oder die zulässige Höchstgeschwindigkeit zu beschränken.“

Um die Sicherheit und vor allem die Funktionsfähigkeit der Staatsstraßen wiederherzustellen, ist rasche Abhilfe notwendig. Sanierungsarbeiten können aber erst mit Beginn der Bausaison im April anlaufen. Dabei hat die Beseitigung von Frostschäden Priorität. Herrmann: „Damit die notwendigen Maßnahmen mit Beginn des Frühjahrs anlaufen können,

werden wir jetzt bereits die Vorbereitungen dafür treffen. Für die Beseitigung von Frostschäden werden wir rund 20 Millionen Euro brauchen.“

Der strenge Winter habe aber auch zu erheblichen Mehrkosten beim Winterdienst geführt. Bisherlang wurden bereits 380.000 Tonnen Streusalz verbraucht. Das entspricht dem Verbrauch im gesamten Winter 2008/2009. „Wir müssen davon ausgehen, dass die Kosten des Winterdienstes noch höher als im strengen Winter 2009/2010 liegen werden. Wir gehen in diesem Winter von einem zusätzlichen Mittelbedarf von 10 Millionen Euro aus. Diesen Mehrbedarf müssten wir zu Lasten der Mittel für den Um- und Ausbau und die Bestandserhaltung decken, falls nicht zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.“

Herrmann ist aber zuversichtlich, dass er die Unterstützung des Landtags für zusätzliche Haushaltsmittel erhält. Die CSU-Landtagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Kreuth unter Federführung des Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid mit Finanzminister Georg Fahrenschon vereinbart, im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 aus Haushaltsresten zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Daten verwalten - Energieberechnung - Instandhaltungsplanung
mobile Instandhaltung - GIS Integration - SAP-Schnittstelle

Software für Straßenbeleuchtung

www.sixdata.de

sixData GmbH - Seestr. 11 - 83209 Prien - Tel. +49 (0) 8051 965 570

An Kooperation führt kein Weg vorbei

6. Würzburger Wasserforum zum Thema „Sauberes Wasser - gesunde Lebensräume“

Würzburg. Engagement für sauberes Wasser ist eine Daueraufgabe, lautete die Botschaft des 6. Würzburger Wasserforums, das heuer unter dem Motto „Sauberes Wasser - gesunde Lebensräume“ stand. Beispielhaft verdeutlicht wird die Botschaft durch die dauerhaft angelegte „Aktion Grundwasserschutz“ der Regierung von Unterfranken, erklärte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer zum Auftakt des Forums, das auf der Würzburger Festung stattfand.

Den Mehrwert von sauberem Wasser für verschiedene Umwelt- und Lebensbereiche darzustellen, war Ziel der Tagung, an der Akteure der öffentlichen Wasserversorger- und Wasserentsorgung, Kommunalvertreter und Umweltschützer teilnahmen. Diskutiert wurde über Bausteine für eine zukunftssichere, verbrauchernahe Versorgung mit Wasser, Leitbilder für die Trinkwasserversorgung und Wasserpreise.

Die unterfränkische „Aktion Grundwasserschutz“ verwirklicht laut Ministerialrat Michael Haug

von Bayerischen Umweltministerium vorbildlich das Prinzip, möglichst viele Akteure einer Region beim Schutz der essenziellen Ressource Wasser mitwirken zu lassen.

Kooperationen beim Trinkwasserschutz gehören für Haug zu den wichtigsten Strategien einer sicheren Wasserbeschaffung. So seien Wasserwerksnachbarschaften und Arbeitsgemeinschaften der Ver- und Entsorger gute Möglichkeiten, Versorgungssicherheit und Qualität bei der Wasserbeschaffung durch einen intensiven Erfah-

rungsaustausch zu gewährleisten.

Durch Kooperationen würden schließlich Wasserschutzgebiete besser akzeptiert. Um die Akzeptanz hier weiter zu steigern, sieht der „Bayerische Weg“ im Trinkwasserschutz außerdem freiwillig verhandelte Bewirtschaftungsregeln und Ausgleichsprämien vor.

Sicherheit im Vordergrund

Wettbewerbsfähige, nachhaltige handelnde Wasserversorgungsunternehmen in kommunaler Verantwortung definierte Haug als Ziel einer zukunftssicheren Wasserversorgung in Bayern. Neben sicheren Ressourcen und einer sicheren technischen Infrastruktur werde dies durch eine „sichere Betriebsorganisation“ erreicht. Dies bedeute auch, dass die Anlagen kleinster Unternehmen zu einer zukunftsfähigen Größe gebündelt werden müssten, beispielsweise in Form eines Betriebszweckverbands. Wichtig sei darüber hinaus, ein prozessorientiertes Risiko- und Krisenmanagement in Anlehnung an den „Water Safety Plan“ der WHO einzurichten.

Partner und Berater

Die bayerische Wasserwirtschaftsverwaltung will sich Haug zufolge als Partner und Berater der Kommunen einbringen. Sie verstehe sich als „Ressourcenmanager“ und „Netzwerkarchitekt“ für eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteure. Als „Meinungsführerin“ wolle sie überdies Wege hin zu den ökonomisch und ökologisch sinnvollsten Lösungen bei der künftigen Versorgungsstruktur ebnen: „Ohne die Kommunen zu bevormunden oder gar in ihre Aufgaben einzutreten.“

Schutz des Grundwassers

Dieter Gerlach, Geschäftsführer der Aschaffenburg Versorungs GmbH (AVG) zeigte auf, wie durch landwirtschaftliche Maßnahmen in Aschaffenburg seit 1992 das Grundwasser geschützt werden konnte. Die Situation im Ausgangsjahr sei geprägt gewesen durch Nitratwerte, die deutlich über dem Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter lagen. Um hier gegenzusteuern, wurden im Wasserschutzgebiet Flächen gekauft, das Schutzgebiet selbst wurde 1996 erweitert. Aufgrund von Analysen des Bodens und der Nitratfracht in den Brunnen wurde ein 123 Hektar großes Kernsaniierungsgebiet definiert.

Die Aschaffenburg Wasser-schutzgebietsverordnung schreibt heute eine ganzjährige Bodenbedeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht vor und regelte die Düngung. Eine Basisvergütung kompensiert Einschränkungen

wurden verhängt und 162 Verwar-nungen ausgesprochen. 23 mal wurde das Gütezeichen entzogen. Diese Arbeit findet Zustimmung bei Auftraggebern und Auftragnehmern. Das Fachgremium Güteausschuss und die Tätigkeit der Prüferingenieure stellen sicher, dass nicht Formalismus, sondern Fachkompetenz und intensive Kommunikation Grundlage der Gütesicherung sind.

Über die Zusammensetzung der Gremien, zum Beispiel des Güteausschusses, informiert die Internetseite www.kanalbau.com. Die Tätigkeit des Güteausschusses und der beauftragten Prüferingenieure – etwa die Anzahl der Firmen- und Baustellenbesuche und Ahndungen – wird jährlich ausführlich in der Broschüre Zahlen & Fakten dargestellt. □

für die Landwirte. Entschädigung gibt es unter anderem für das Verbot, bestimmte Mittel zur Pflanzenbehandlung und zur Schädlingsbekämpfung einzusetzen. Auch wird der Zwischenfruchtanbau finanziell gefördert. Durch diese Maßnahmen gelang es 2001, das Nitrat unter den Grenzwert zu senken. Vision der AVG ist es, durch eine weitere Sanierung des Grundwassers zu einem nicht aufbereiteten Trinkwasser zu kommen.

Beispiel Mangfalltal

Wie viel Positives mit einer Investition von lediglich einem halben Cent pro Kubikmeter Wasser erreicht werden kann, legte Josef Wetzstein, Vorsitzender der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern, am Beispiel des Mangfalltals dar. In diesem Gewinnungsgebiet der Stadtwerke München kooperierten Wasserversorger, Gemeinden, Landwirte und Berater von Ökoverbänden in vorbildlicher Weise. Die Aussicht auf langfristige Verträge und eine zusätzliche Honorierung bewog immer mehr Landwirte, Flächen im Wasserschutzgebiet ökologisch zu bewirtschaften. Seit dem Jahr 1994 kann ein sukzessiver Abfall der Nitratkonzentration an der Quelfassung registriert werden.

Direktvermarktung

Verbraucher profitieren laut Wetzstein von der breit angelegten Umstellungsaktion im Mangfalltal nicht nur durch besseres Trinkwasser, sondern auch dadurch, dass es nun mehr Direktvermarkter in der Region gibt. Die fast 110 Ökobetriebe, die im Mangfalltal eine Fläche von knapp 2.600 Hektar bewirtschaften, kümmern sich außerdem um den Naturschutz und den Erhalt der Artenvielfalt. Schließlich helfen sie mit bei der Wiederbelebung des ländlichen Raums.

Pat Christ



Mit Wetschwimmen, Wasserspielen, Schatztauchen, Planschen und Toben zum Nulltarif bereitete das Team des Gartenhallenbades in Leipzig anlässlich des Weltkindertages 2010 zahlreichen Kindern einen besonderen Nachmittag. Voller Begeisterung strampelten und hüpfen die Kids zu fetziger Musik beim kindgerechten Fitnessprogramm. □

Gartenhallenbad Leipzig:

Besucherrekord im Jubiläumsjahr

Insgesamt 157.275 Besucher konnte das Gartenhallenbad Leipzig im abgelaufenen Kalenderjahr 2010 begrüßen. Dies entspricht einer Steigerung von rund elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Erstmals haben damit mehr als 150.000 Gäste das Bad besucht. Die bisherige Bestmarke ist im Jahr 2001 mit knapp 149.000 Gästen erzielt worden.

„Das breitgefächerte Angebot des Eigenbetriebes des Günstzburger Landkreises, mehrere gelungene attraktive Aktionen und zu einem gewissen Anteil auch die Wetterverhältnisse dürften unter anderem für das gute Ergebnis ausschlaggebend gewesen sein“, bilanziert Betriebsleiter Marcello Treuleben.

Das dürfte auch so manchen finsternen Blick der Mitglieder im Kreistag etwas erhellen. Ist doch im Wirtschaftsplan für 2011 ein Zuschussbedarf von 455.353,00 Euro (Vorjahr 403.289,00 Euro) eingeplant. Dies wird insbesondere mit höheren Energiebezugskosten und Instandhaltungsmaßnahmen begründet. Im Schnitt wird jeder Besucher mit rund 3 € gesponsert. Um die Attraktivität

des Gartenhallenbades weiterhin auf einem guten Niveau zu halten, wurden im vergangenen Jahr unter anderem die Außensauna komplett renoviert, ein Eisbrunnen installiert und für die kleinen Besucher ein Tinti-Bäder-Event mit gefärbtem Badewasser sowie eine Aqua-Movie-Party mit flotter Musik organisiert.

„Besonders erfreulich ist es, dass den Bürgerinnen und Bürgern das Gartenhallenbad im Jubiläumsjahr des 40-jährigen Bestehens offensichtlich besser gefallen hat denn je. Der Landkreis und das Badteam werden weiterhin daran arbeiten, dass das Bad attraktiv bleibt und somit einen wertvollen Beitrag zur Familien- und Kinderregion leistet“, so Landrat Hubert Hafner. □

Eine verlässliche Größe

Der Güteausschuss entscheidet neutral, fair und zuverlässig

Die Aufgabe der Gütegemeinschaft Kanalbau umfasst die kontinuierliche Beurteilung der Qualifikation von Unternehmen in Firmenbesuchen und unangekündigten Baustellenbesuchen sowie der Verleihung des RAL-Gütezeichens. Damit setzt die Gütegemeinschaft um, was Auftraggeber und Mitglieder fordern. Eine maßgebende Funktion bei dieser Aufgabe hat der Güteausschuss der Gütegemeinschaft.

Der Güteausschuss ist das zentrale Organ zur Verwirklichung des Gütesicherungsgedankens. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern der Auftraggeber, Ingenieur-Büros und Auftragnehmer zusammen. Jeweils ein Vertreter der Auftraggeber und Ingenieur-Büros werden durch die DWA direkt benannt; die übrigen Mitglieder werden durch die Mitglieder-versammlung der RAL-Gütegemeinschaft mit paritätischen Stimmen von Auftraggebern und Auftragnehmern gewählt.

Abgestimmte Anforderungen

Neutralität, Fairness und Zuverlässigkeit sind die entscheidenden Kriterien bei der Arbeit des Güteausschusses. Zu seinen Aufgaben gehört die Erstellung der Güte- und Prüfbestimmungen. Diese müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen und sind in Anpassung an den technischen Fortschritt weiterzuentwickeln. Die Güte- und Prüfbestimmungen werden durch die Mitgliederversammlung bestätigt. Des Weiteren sind Gütezeugnisse anträge zu prüfen und die Verleihung und der Entzug des Gütezeichens einzuleiten sowie Ahndungsmaßnahmen bei Verstößen gemäß den Durchführungsbestimmungen dem Vorstand vorzuschlagen.

Fokus auf Transparenz

Grundlage hierfür sind die Baustellen- und Firmenbesuchsberichte. Ihre Anfertigung stellt höchste Anforderungen an die Organisation der Prüfungen und an die Personen, die mit dieser Aufgabe betraut sind. Deshalb werden die Prüfungen ausschließlich durch vom Güteausschuss beauftragte Prüferingenieure durchgeführt.

Alle Berichte, die die Prüferingenieure anfertigen, werden dem Güteausschuss der Gütegemeinschaft zur Beratung vorgelegt und von diesem in jedem Einzelfall bewertet. Dabei vertrauen Auftraggeber und Unternehmen auf Transparenz und ein einheitliches Anforderungsniveau. Deshalb ist die zentrale Bewertung der Prüfberichte durch ein neutrales und unabhängiges Gremium

wie dem Güteausschuss maßgebend für das Anforderungsniveau der Gütesicherung. Ebenso wie die Unparteilichkeit – sowohl in Bezug auf wirtschaftliche Aspekte als auch hinsichtlich der Interessensneutralität.

Abgestuftes System

Zurzeit überprüfen 27 Prüferingenieure die Qualifikation der Gütezeicheninhaber (AK1, AK2, AK3, VOD, VO,VMD, VM, VP, S, I, R, D, G, ABS, ABV) durch unangemeldete stichprobenartige Baustellen- und regelmäßig durchgeführte Firmenbesuche. Bei festgestellten und dokumentierten Mängeln steht dem Güteausschuss ein abgestuftes System von Ahndungen zur Verfügung. Vier Ahndungsmöglichkeiten sieht die Satzung vor: Neben „Zusätzlichen Auflagen im Rahmen der Eigenüberwachung“ und einer „Vermehrung der Qualifikationsprüfung“ sind das die „Verwarnung“ oder ein „Befristeter oder dauerhafter Entzug des Gütezeichens“. Bevor Ahndungsmaßnahmen gegen eine Firma beschlossen werden, kann diese Stellung zu den Feststellungen nehmen. Dies geschieht üblicherweise unmittelbar beim Firmen- bzw. Baustellenbesuch. Gemeinsam mit dem Bauleiter oder dem Polier werden die Mängel ausgewertet. Im Bericht des Prüferingenieurs wird die Stellungnahme des Unternehmens dokumentiert und dem Güteausschuss vorgelegt.

Rahmenbedingungen festgelegt

Die Arbeit des Güteausschusses trägt entscheidend dazu bei, dass Auftraggeber konsequent und wirtschaftlich die Prüfung der Bietereignung durchführen können. So werden die Voraussetzungen für eine fachgerechte Ausführung von Maßnahmen der Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen geschaffen. Fünf Mal im Jahr treffen sich die Teilnehmer zu den zweitägigen Sitzungen. Nicht nur deshalb erfordert die ehrenamtliche Arbeit im Güteausschuss ein hohes Engagement aller Beteiligten. 2010 hat der Güteausschuss 5.676 Vorgänge bearbeitet. 388 Ahndungen

LEW

Lechwerke



ENERGIE. EFFIZIENT. LEW.

„Ich freu' mich über jeden Straßenbeleuchtungs-Auftrag für die Lechwerke, weil ich gern draußen arbeite. Wenn wir so moderne, sparsame LED-Leuchten montieren dürfen, tun wir der Kommune und der Natur was Gutes.“

Werner Klimek, Netzmonteur beim LEW Netzservice

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Neue Abwassergebühren auch im Freistaat?

Von Rechtsanwalt Dr. Thomas Richter, Gersemann & Kollegen

In vielen bayerischen Gemeinden werden die Abwassermengen nach dem sog. einheitlichen Frischwassermaßstab ermittelt. Danach soll sich die Menge des Abwassers aus der gemessenen Menge des Wasserverbrauchs ableiten lassen – und zwar sowohl im Hinblick auf Schmutzwasser als auch auf Niederschlagswasser. Diese Methode hat zwar den Vorteil, einfach zu sein, wurde jedoch im März 2010 vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH-BW, Urt. v. 11.3.2010 – 2 S 2938/08) als rechtswidrig betrachtet. Das Gericht beendete damit seine ständige Rechtsprechung ebenso wie es zuvor bereits die Oberverwaltungsgerichte in Nordrhein-Westfalen und Hessen getan hatten.

Welche Folgen haben diese Entscheidungen für Bayern? Formal zunächst keine, denn der Freistaat braucht sich von Mannheim, Münster und Kassel nichts vorschreiben zu lassen. Doch wäre es unverantwortlich, sich vor den - überzeugenden - Argumenten verschließen zu wollen. Denn sowohl die rechtliche wie die tatsächliche Situation sind auf Bayern übertragbar, sodass auch die bayerischen Gerichte ihren bisherigen Standpunkt überprüfen werden. Da-

bei steht nicht weniger als die Rechtmäßigkeit der kommunalen Satzungen für Abwassergebühren auf dem Spiel.

Abwassergebühren sind sog. Benutzungsgebühren, also Gebühren, die von einzelnen Personen oder Personengruppen für die Benutzung einer öffentlichen Einrichtung erhoben werden. Ausdrücklich gibt § 8 Abs. 4 Bayerisches Kommunalabgabengesetz (KAG) vor, dass die Gebühren „nach dem Ausmaß zu bemessen sind, in dem die

Gebührensschuldner die öffentliche Einrichtung oder das kommunale Eigentum benutzen“. Dies ist das sog. Äquivalenzprinzip. Bei in etwa gleich hoher Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung sollen in etwa gleich hohe Gebühren und bei unterschiedlicher Benutzung diesen Unterschieden in etwa angemessene Gebühren erhoben werden.

Frischwassermaßstab

Der einheitliche Frischwassermaßstab wird nun weder dem Äquivalenzprinzip noch dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG gerecht. Zwar entspricht die Menge des häuslichen oder gewerblichen Schmutzwassers regelmäßig der ungefähren Menge des gelieferten Trinkwassers. Doch fehlt dieser Zusammenhang – nach Auffassung des Mannheimer VGH - im Hinblick auf das Niederschlagswasser, also dem von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließenden und gesammelten Wasser. Denn während der Frischwasserverbrauch in erster Linie personenabhängig ist, hängt die Menge des Niederschlagswassers vor allem von der Grundstücksgröße und der Oberflächengestaltung ab.

Bayerischen Wassergesetz ist in Bayern nunmehr die Möglichkeit eröffnet, private Dritte mit Überwachungsaufgaben zu beauftragen. Die zukünftig kostenpflichtige Überwachung von Abwasseranlagen sollte durch private Sachverständige in der Wasserwirtschaft (PSW) im Zusammenwirken mit zugelassenen Prüflaboratorien erfolgen.

Anschließend standen Vorschläge für die Ertüchtigung von Abwasserteichanlagen auf dem Programm. Beschrieben wurden drei realisierte Projekte mit unterschiedlichen Erweiterungen- bzw. Umbaustufen (Schwebebett, SBR-Technik). Es folgte die Ankündigung eines Leitfadens zur Inspektion und Sanierung kommunaler Abwasserkanäle, der vom Bayerischen Landesamt für Umwelt herausgegeben wird. Unter dem Titel „Vergraben und nicht vergessen“ soll dieser Leitfaden als Arbeitshilfe insbesondere für die vielen kleinen bayerischen Kanalnetzbetreiber dienen, die häufig mit dem Problem Kanalstandhaltung überfordert sind. Den Abschluss dieses Themenblocks machte ein Bericht über die Klärgasverstromung mittels Mikrogasturbine aus der Sicht eines Kläranlagenbetreibers. Das früher lediglich für Heizzwecke verwendete bzw. abgefackelte Gas wird dort seit November 2007 zum Betrieb einer Mikrogasturbine mit einer Leistung von 65 kW verwendet.

Lebensraum Fließgewässer

Ein Themenblock des Seminars „Gewässer“ stellte das Fließgewässer als Lebensraum in den Mittelpunkt der Betrachtungen und wurde durch einen Film zur Durchgängigkeit von Fließgewässern eingeleitet. Die nachfolgenden Vorträge beleuchteten, dass hoher Siedlungsdruck auf die Gewässer, die Nutzung der Wasserkraft sowie die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen dazu führte, dass es heute kaum noch naturbelassene Gewässer gibt. Die Wasserwirtschaftsverwaltung setzt heute vorwiegend auf die Verbesserung der vor allem aufwärts gerichteten

Die Richter haben anhand von Statistiken auch die Mär von der „homogenen Bebauung“ widerlegt, denn sowohl für den Bereich von Ein- wie Zweifamilienhäusern lassen sich keine einheitlichen Rückschlüsse auf die Anzahl der Bewohner (mehr) gewinnen. Gleichzeitig zahlte eine Familie mit 3 Kindern leicht eine fünffach höhere Gebühr für Niederschlagswasser als die allein stehende Witwe im benachbarten Reihenhäuser. Dieser Unterschied wird auch in Bayern kaum zu rechtfertigen sein. Dazu kommen empirische Befunde, wonach die Kosten der Entsorgung des Niederschlagswassers bei 25 bis 45 % der Gesamtkosten für die Abwasserbeseitigung liegen und damit nicht mehr als „geringfügig“ vernachlässigt werden können.

Zulässige Gebühr

Was folgt daraus? Gemeinden mit einem einheitlichen Frischwassermaßstab sind gut beraten, für die Ermittlung des Niederschlagswassers eine andere Methode zu suchen. Selbst wenn sich der VGH in München noch etwas Zeit lassen sollte, ist eine nach Schmutz- und Niederschlagswasser gesplittete Abwassergebühr jedenfalls zulässig. Folgt ein bayerisches Verwaltungsgericht dagegen den anderen Oberverwaltungsgerichten, werden die Abwassersatzungen insoweit nichtig sein. Schwierig wird dann auch der Erlass von Gebührenbescheiden, denn die Umstellung auf einen anderen Maßstab erfordert Zeit. Auch in Bayern. □

ten Durchgängigkeit. Fehlen für großräumige Renaturierungen die finanziellen Mittel, sind dabei oft wenig aufwändige und kleinräumige Maßnahmen zur Verbesserung von Gewässerstruktur und -dynamik von sichtbaren und wirkungsvollen Erfolgen gekrönt. Mit dem Thema Hochwassergefahren- und -risikokarten sowie vorbeugendem Hochwasserschutz setzten sich die weiteren Vorträge auseinander.

Die europäische Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (kurz HWRM-RL) fordert die Erstellung von Hochwassergefahren- und -risikokarten bis 2013. Diese sollten mindestens Informationen zu Hochwasserszenarien und dem Ausmaß der Überflutung enthalten. Diese Anforderungen wurden nun 2010 in nationales Recht umgesetzt. Hinsichtlich des inhaltlichen Umfangs der Karten orientiert sich Bayern an den Empfehlungen der LAWA zu dessen Aufstellung. Darin werden die Mindestvorgaben für die inhaltliche und optische Gestaltung der Karten in Deutschland definiert. Der abschließende Vortrag zeigte dann ein Beispiel für die Erstellung eines vorbeugenden Hochwasserschutzkonzeptes. □

Führungsduo bei der D&S Rohrsanierung

Die Diringer & Scheidel Rohrsanierung GmbH & Co. KG hat ein neues Mitglied in der Geschäftsführung. Nach fünfjähriger Tätigkeit bei der RS Technik AG kehrt Markus Brechwald zurück in das Unternehmen, in dem er bereits von 1999 bis 2006 tätig war. Brechwald übernimmt bei der D&S Rohrsanierung die kaufmännische Geschäftsführung und bildet mit Stefan Schikoradie neue Führungsspitze. Gemeinsam wollen die beiden Sanierungswissen das erfolgreiche Inlandsgeschäft weiterführen und den Druckrohrbereich ausbauen. Zudem soll das Auslandsgeschäft in den europäischen Nachbarländern neu strukturiert werden. □



LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning (rechts) übergibt den Scheck an Bürgermeister Josef Schweinberger, Alexander Denzel, Sachbearbeiter Wasserwacht im BRK Kreisverband Ostallgäu, Günther Nett, Vorstand Wasserwacht Buchloe und Andreas Baumgartner, Technischer Leiter Wasserwacht Buchloe (v. l.). □

Bayerisches Rotes Kreuz:

Lechwerke unterstützen Wasserwacht in Buchloe

Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG (LEW), hat dem technischen Leiter der Wasserwacht Buchloe Andreas Baumgartner einen Scheck über 5.000 Euro übergeben. Das Geld ermöglicht der Wasserwacht Ortsgruppe des Bayerischen Roten Kreuzes die Anschaffung von zwei dringend benötigten Tauchgeräten mit Vollgesichtsmaske und Unterwasser-Kommunikationseinheit.

Lediglich ein Drittel der Gesamtkosten von rund 7.500 Euro konnte die Wasserwacht Buchloe aus Eigenmitteln bereit stellen. „Für uns war es eine klare Sache, dass wir die Finanzierungslücke kurzfristig schließen“, erklärte Waning bei der Überreichung des Spendenschecks. Eine moderne und sichere Ausrüstung sei in der Wasserrettung unverzichtbar. „Vor allem wollen wir mit unserer Spende auch unseren Dank und unsere Hochachtung für den ehrenamtlichen Einsatz der Mitglieder der Wasserwacht ausdrücken, die viele Stunden ihrer Freizeit aufbringen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.“

Einsatzaufkommen steigt

Seit Jahren steigt das Einsatzaufkommen der Wasserwacht Buchloe kontinuierlich. Allein im Jahre 2009 wurde die Schnell-einsatzgruppe mehr als 60 Mal alarmiert. Das Einsatzgebiet reicht dabei bis in die Landkreise Unterallgäu und Landsberg hinein. Für den Wasserrettungsdienst sind gut ausgebildete und technisch gut ausgestattete Ret-

tungstaucher grundlegend. Vier Mitglieder der BRK Ortsgruppe Buchloe konnten im Jahr 2009 die Ausbildung zum Rettungstaucher nach einjähriger Lehrgangsdauer erfolgreich abschließen. Damit verfügt die Schnell-einsatzgruppe nun über insgesamt acht Rettungstaucher. Die zusätzlichen Leicht-Tauchgeräte werden nicht nur für den Rettungseinsatz benötigt. Die Rettungstaucher trainieren zudem in rund 100 Tauchgängen pro Jahr für den Ernstfall.

Besondere Ehre

„Als Betreiber von 35 Wasserkraftwerken nutzen wir nicht nur die Kraft des Wassers, um die Region mit umweltfreundlicher Energie zu versorgen, sondern wissen auch, wie schnell die Kraft des Wassers etwa bei Hochwasser zur akuten Gefahr werden kann“, betonte Waning. Die LEW sei deshalb immer wieder auch selbst auf die professionelle Hilfe der Wasserwacht angewiesen. „Für uns ist es daher eine besondere Ehre, die Arbeit der vielen ehrenamtlich Aktiven tatkräftig unterstützen zu können.“ □

VKU begrüßt Kabinettsbeschluss zur Wasserwirtschaft

Bundesregierung weist Regulierungsforderungen der Monopolkommission bei Wasser klar zurück

Mit ihrer Stellungnahme hat die Bundesregierung den Regulierungsforderungen der Monopolkommission eine klare Absage erteilt. „Die Bundesregierung hat die grundlegenden Bedenken der kommunalen Wasserwirtschaft aufgegriffen. Damit ist nun klar, dass es keine Regulierung wie im Energiesektor geben kann und die bewährten Kontrollinstrumente ausreichend sind“, äußerte sich Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), zufrieden über das Statement der Bundesregierung. Er verstehe den heutigen Kabinettsbeschluss als ein klares Bekenntnis zur kommunalen Wasserwirtschaft.

Deutliche Positionierung

Die Monopolkommission hatte in ihrem 18. Hauptgutachten tiefe Einschnitte in die kommunalen Strukturen der Wasserversorgung in Deutschland und insbesondere eine Regulierung gefordert. Der VKU hatte sich deutlich gegen diese Forderung positioniert und die pauschale und nicht belegte Kritik der Monopolkommission zurückgewiesen.

„Wasserversorgung ist eine kommunale Kernaufgabe der örtlichen Daseinsvorsorge. Vor Ort werden die besten Lösungen getroffen und die Bürger sind dabei in die Entscheidungsprozesse eingebunden. Eine zentrale Regulierungsbehörde ist weit weg vom Verbraucher“, so Reck. Das sehen die Verbraucher ebenfalls. Eine ganz überwiegende Mehrheit spricht sich in Haushaltskundenbefragungen von dimap und emnid für kommunale Strukturen in der Wasserversorgung aus. □

Nürnberger Wasserwirtschaftstag:

Im Zeichen des Wasserrechts

Über 400 Fachleute von Kommunen, Behörden und Ingenieurbüros kamen in der Meistersingerhalle in Nürnberg zusammen, um sich im Rahmen des Nürnberger Wasserwirtschaftstages über die aktuellen Entwicklungen in den Fachbereichen Abwasser und Gewässer zu informieren und auszutauschen. Diese schon traditionsreiche Seminarreihe hat sich inzwischen zu einem wichtigen und beliebten Treffpunkt der Wasserwirtschaftler entwickelt.

Nach den Grußworten des DWA-Landesverbandvorsitzenden, Prof. Dr.-Ing. F.-Wolfgang Günthert und des Umweltreferenten der Stadt Nürnberg, Dr. Peter Pluschke, konnte der bayerische Umweltminister, Dr. Markus Söder, als Festredner begrüßt werden.

Lebensland Bayern lebenswert erhalten

Der Umweltminister ging in seinem Vortrag auf die wichtigsten zukünftigen Themenfelder der Wasserwirtschaft ein. Als umweltpolitische Herausforderung Nummer 1 sieht er den Klimawandel, dessen Bewältigung Dreh- und Angelpunkt des weiteren Handelns ist. Schwerpunkte bilden hierbei die Themenkomplexe Wasserwirtschaft, Biodiversität, Energie, aber auch Hochwasserschutz und Niedrigwassermanagement. Hervor hob er die Anstrengungen der bayerischen Staatsregierung u.a. durch das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 oder die Förderung von Energieanalysen großer kommunaler Kläranlagen. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen spielt die bayerische Wasserwirtschaftsverwaltung eine bedeutende Rolle, die er jedoch als sehr gut aufgestellt sieht.

Im Anschluss berichtete Ministerialdirigent Dr. Martin Grambow vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit über weitere Herausforderungen der Wasserwirtschaft. Generelles Ziel sei eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung als Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und gesellschaftlichen Belangen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels käme dem Thema „Energie“ heute große Bedeutung zu. Aus Untersuchungen sei bekannt, dass auf Kläranlagen ein großes Potenzial zur Energieeinsparung bzw. -erzeugung besteht; die Wärmeenergie im Abwasser würde heute praktisch noch ungenutzt an die Umwelt abgegeben.

Der weitere Vormittag wurde

von den Referenten Ernestina Schindler und Friedrich Schröder vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit zur Erläuterung der neuen Gesetzgebung zum Wasserrecht genutzt. Beide Vorschriften sind zum 01.03.2010 grundlegend überarbeitet worden. Mit der Föderalismusreform 2006 ist die Rahmenkompetenz des Bundes in eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz überführt worden. In Teilbereichen könnten die Länder von den Regelungen des Bundes abweichen. Dies gelte allerdings nicht für anlagen- und stoffbezogene Regelungen, wie z.B. den Anforderungen an die Qualität der Abwasserbehandlung. Der Bund beabsichtigte, die Eigenüberwachung der Kläranlagenbetreiber zukünftig in einer bundesdeutschen Selbstüberwachungsverordnung zu regeln, die dann die einschlägigen Regelungen der Bayerischen Eigenüberwachungsverordnung ablösen würde. Bis zum Erlass der Bundesverordnung bleibe aber die derzeitige bayerische EÜV in Kraft.

Wichtige Infobörse des Abwasserbereichs

Der Nachmittag wurde in zwei parallel stattfindenden Vortragsreihen zu den Themen Abwasser und Gewässer fortgesetzt. Im Seminar „Abwasser“ wurden zu Beginn die Handlungsspielräume für öffentliche Betreiber bei der Untersuchung und Sanierung von Kanalnetzen unter Einbeziehung der Grundstücksentwässerungsanlagen durchleuchtet. Im Unterschied zum öffentlichen Bereich werden bei der Prüfung und Unterhaltung die privaten Kanäle noch regelmäßig vernachlässigt und dies obwohl die dortigen baulichen Missstände durchaus seit langem bekannt sind. Den Teilnehmern wurde ein Modell vorgestellt, wie die Organisation von Kanaluntersuchung, Beratung und Sanierung im Sinne aller Beteiligten optimiert werden könnte. Mit dem novellierten

Freizeit-Messe Nürnberg:

Tipps für Freizeit, Urlaub und Garten

Vom 2. bis 6. März 2011 kann man im Nürnberger Messezentrum dem Winter entfliehen und Frühlingsstimmung genießen, denn die 43. Freizeit-Messe macht Lust auf Urlaub, den Garten und allerlei Freizeitaktivitäten. Rund 600 Aussteller aus dem In- und Ausland präsentieren dazu in 5 Messehallen mit einer Bruttofläche von rund 55.000 qm ihre Angebote. Ein Schwerpunkt der Messe ist Nordbayerns größtes Forum für Hobbygärtner.

Zu den Schwerpunkten der Freizeit-Messe gehört Nordbayerns größte Gartenmesse, die in Halle 4 nahezu alles bietet, was des Hobbygärtners Herz begehrt. Das Angebot umfasst u. a. Gartengeräte und -technik, Natursteine, Holz im Garten, Sämereien, Blumenzwiebeln, Pflanzen, Gewächshäuser, Zäune, Wintergärten, Gartenmöbel und Garten-Accessoires und Dekorationen zur Verschönerung des eigenen Gartens. Auf den Messeständen findet man außerdem viele Anregungen und Beispiele zur Garten- und Terrassengestaltung.

Besondere Blickfänge sind die von der AFAG gemeinsam mit Landschaftsgärtnern und Floristen gestalteten Gartenwelten, die Frühlingsstimmung in die Messehalle zaubern und das Messepublikum mit ihrer Farbenpracht und aufwändigen Rahmengestaltung begeistern werden. Die sechs Showgärten sind Inspiration für das eigene Zuhause und widmen sich den Themen „Die neue Diva – ohne Nelken geht es nicht“, „Natürlich Weide“, „Orchideen – Königin des Dschungels“, „Blumen aus 1001 Nacht“, „Bromelien – Gute Laune-Farben“ und „Das grüne Raritäten-Kabinett“.

Gestaltungsbeispiele

Konkrete Gestaltungsbeispiele zeigen auf über 400 qm vier Mitgliedsbetriebe des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. Die Landschaftsgärtner sind die richtigen Ansprechpartner, wenn man eine Neu- oder Umgestaltung des Gartens plant.

Unter dem Motto „So geht's – Kompetenz aus 1. Hand“ stehen die Fachvorträge im „Garten-Forum“. Dabei werden Gartenexperten wertvolle Tipps zur Blumen- und Pflanzenpflege geben und Probleme im Garten ansprechen, die jeder Hobbygärtner kennt. Zur fachlichen Kompetenz der Garten-Präsentation tragen darüber hinaus zahlreiche Informations- und Beratungsstände einschlägiger Gartenverbände und Organisationen bei.

Reisemarkt

Neben der Halle rund um Haus und Garten gehören der „Internationale Reisemarkt“, die neue französische Erlebniswelt „Vive la France“, die „Freizeit Selection“ mit Angeboten für einen gehobenen Lifestyle, Angebote für die Freizeit zuhause und der AutoSalon der Metropolregion Nürnberg mit den neuesten Modellen in- und ausländischer Automobilmarken zum Angebot der Messe.

Die Palette der Outdoor-Aktivitäten ist groß und deswegen wird die Freizeit-Messe eine eigene Halle zu diesem Thema präsentieren und eine Auswahl vorstellen. In Halle 6 geht es u. a. um Wandern und Nordic Walking, Berg- und Klettersport, Radfahren und den Kanusport. In der Halle können sich die Besucher auch selbst aktiv betätigen. So kann man auf einem Fahrrad-Testparcours die neuesten Fahrräder testen, einen Tauchgang im 40.000 Liter Tauchurm des Tauchsport-Kompetenzzentrums wagen, an künstlichen Griffen eine Kletterwand erklimmen oder beim

Hochseilgarten testen, ob man schwindelfrei ist.

E-Bikes

Die Nachfrage nach E-Bikes steigt stetig, wie die guten Verkaufszahlen der Drahtesel mit Elektroantrieb zeigen. Die Freizeit-Messe greift diesen Trend auf und widmet den E-Bikes ei-

Kundgebung in Nördlingen:

„Pro Rettungshubschrauber: eine Region steht auf“

Die Region Nordwestschwaben sowie Westmittelfranken sind die einzigen Teile Bayerns, die nicht durch einen Rettungshubschrauber abgedeckt sind. Laut Ministerentscheidung soll nun ein weiterer Rettungshubschrauber in Augsburg stationiert werden. Vor diesem Hintergrund führte der Landkreis Donau-Ries in Nördlingen eine Versammlung mit dem Motto „Pro Rettungshubschrauber - Eine Region steht auf“ durch. Bei der Veranstaltung waren insgesamt 118 Fahrzeuge der Rettungsorganisationen vor Ort.

Der Landkreis Donau-Ries bemüht sich ebenso wie der Landkreis Ansbach spätestens seit der Bekanntmachung der Bedarfsanalyse durch das Bayerische Staatsministerium des Innern um die Stationierung eines Rettungshubschraubers in der Region, um die nach dieser Analyse festgestellte Mangelversorgung von Patienten mit Tracer-Diagnosen (Herzinfarkt, Schlaganfall, Schädel-Hirn-Trauma, Polytrauma) im westlichen Mittelfranken und nordwestlichen Schwaben in dem vorgegebenen Zeit-Intervall zu gewährleisten.

Keine weißen Flecken auf der Landkarte

Landrat Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries, wies bei der Kundgebung darauf hin, dass es so lange keinen Standort Augsburg geben darf, solange es für die „weißen Flecken“ keine Lösung gibt. In einem persönlichen Gespräch mit Ministerpräsident Seehofer sei ihm zugesichert worden, dass die Planungen für die Stationierung des Rettungshubschraubers im Rettungsdienstbereich Augsburg mit hoher Priorität für den Standort Augsburg fortgesetzt würden, allerdings unter der Bedingung, dass die „weißen Stellen“ in Nordschwaben und Südmittelfranken anderweitig geschlossen werden können. Eine derartige Lösung sei ihm, Rößle, aber bisher noch nicht aufgezeigt worden.

Verärgerung

Verärgert zeigte sich der Landkreischef bei der Kundgebung über die Vorgehensweise: Bei der Anhörung des Rettungszweckverbandes hinsichtlich des künftigen Standortes des Rettungshubschraubers ging es nicht um ein „Anhören“ der Betroffenen, sondern um das Unterzeichnen eines bereits vorgefertigten Vertrages mit dem Standort Augsburg. Zudem seien die dort vorgebrachten Argumente für einen Standort in Augsburg nicht überzeugend gewesen.

Bedarfsanalyse

Wie Rößle erläuterte, würden im Falle einer Stationierung des Hubschraubers in Augsburg er-

ne Sonderpräsentation. Dort kann man die verschiedensten Bikes genau unter die Lupe nehmen und bei einer Probefahrt auf dem Testparcours wird man ganz schnell feststellen, dass diese Bikes viel Spaß machen.

Im Tauchsport-Zentrum findet man nicht nur die passende Bekleidung, Ausrüstung und technische Innovationen für das Abenteuer unter Wasser. Täglich finden interessante Vorführungen im gläsernen Tauchbecken statt, von der Tauchausbildung bis hin zur Vorstellung neuester Ausrüstungen.

Wassersport

Boote komplettieren das Angebot dieser Halle, vom Motorboot und Schlauchboot bis hin zum Paddelboot oder Kanu. Außerdem gibt es Infostände einschlägiger Organisationen rund um den Wassersport. **DK**

Bayerischer Wald:

Neue Wege im Tourismus

In Cham hat sich die „Bayerischer Wald Touristik GmbH“ gegründet. Die neue Gesellschaft soll Urlaubsangebote aus der Region zusammen mit den Gastgebern entwickeln und dann an Reiseveranstalter oder online-Portale verkaufen. Ziel der bayerische Wald Touristik ist die Steigerung der Übernachtungszahlen in der Region. Als Ziel für das erste Geschäftsjahr sind 100.000 Übernachtungen anvisiert.

Der Umstand, dass sich eine Urlaubsregion über einen eigenen geschaffenen Reiseveranstalter vermarktet, ist nach Aussage der Verantwortlichen in Deutschland einmalig. Ihren Sitz hat die Bayerische Wald Touristik in Deggendorf. Neben sechs ostbayerischen Landkreisen von Cham über Regen bis Passau und dem Tourismusverband Ostbayern ist zu 60 % die Firma „alps&cities 4 ever“ aus Wien an dem neuen Unternehmen beteiligt. **DK**

müssten. Diese Analyse habe das Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement durchgeführt und komme zu dem klaren Ergebnis, dass der zusätzlich erforderliche Rettungshubschrauber idealerweise in der Region Donauwörth zu positionieren ist. „Von hier aus können nicht nur die bestehenden Versorgungslücken in unserem Landkreis geschlossen werden, sondern zudem auch die Gebiete der Stadt Augsburg sowie des Landkreises Aichach-Friedberg vollständig und des Landkreises Augsburg weit überwiegend abgedeckt werden“, sagte Schmid. Der nicht erfasste Streifen im südlichen Bereich des Landkreises Augsburg werde schon heute von den Rettungshubschraubern aus München, Kempten und Ulm ausreichend versorgt. Diese Fakten sprächen für sich.

„Das endgültige Wort bei der Standortentscheidung ist noch



Bei der Kundgebung: CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid (am Mikrofon) sowie (von rechts) Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) und sein Ansbacher Kollege Rudolf Schwemmbacher.

nicht gesprochen“, meinte Schmid. Für ihn habe oberste Priorität, dass die notfallmedizinischen Versorgungslücken im nordwestlichen Teil des Landkreises Donau-Ries und im südwestlichen Teil von Mittelfranken schnell und zuverlässig geschlossen werden.

Sicherstellung

Ohne die gleichzeitige Sicherstellung der Luftrettung für Nordschwaben und Mittelfranken sei ein Hubschrauberstandort am Augsburger Klinikum nicht akzeptabel. Dies habe er, Schmid, bereits mehrfach gegenüber Ministerpräsident Seehofer und Innenminister Herrmann zum Ausdruck gebracht. „Und an dieser Position halte ich auch weiter fest“, bemerkte der Fraktionschef abschließend. **DK**



Die alten Felsenkeller in Schwandorf sind seit einigen Jahren der interessierten Öffentlichkeit zugänglich.

Stadt Schwandorf:

Bayerns größtes Felsenkeller-Labyrinth

In der Stadt Schwandorf lohnt ein Blick tief unter die Erdoberfläche, denn hier erwartet den Besucher eine besondere, bayernweit einzigartige bauhistorische Sehenswürdigkeit: Weit über 130 bis zu fünfhundert Jahre alte Felsenkeller zeugen von einem ehemals blühenden Braugewerbe im Ort und stehen nun dem Fremdenverkehr und Stadtmarketing zur Verfügung.

Die bis zu 500 Jahre alten Felsenkeller waren in der Vergangenheit von enormer Bedeutung für Schwandorf und seine Bewohner. Über Jahrhunderte hinweg verhalfen sie als Gär- und Lagergewölbe für Bier dem hiesigen Braugewerbe und damit der Stadt zu wirtschaftlicher Blüte. Nach dem Niedergang des Kommunbrauwesens zu Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts dienten sie dann sekundären Lager- und Nutzungszwecken und wurden schließlich 1931/32 zum Schauplatz nächtlicher Raubzüge der so genannten „Kellerdiebe“.

Zufluchtsstätten

Unschätzbar war später ihre Bestimmung als Zufluchtsstätten und Luftschutzbunker bei dem verheerenden Bombenangriff am 17. April 1945, wo sie Tausenden von Menschen nicht nur das Leben retteten, sondern auch

über Wochen hinweg eine Notunterkunft in der zerstörten Stadt boten.

Einzigartige Sehenswürdigkeiten

Nach dem Krieg wurden die Felsenkeller weitgehend von ihren Besitzern dem allmählichen Verfall preisgegeben und ihr Schicksal schien besiegelt.

Vor einigen Jahren jedoch erkannte man das Potential, das in ihnen als hochrangige und einzigartige Sehenswürdigkeit der Stadt und der weiteren Region steckt und rückte sie wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung. Nach ihrem Eintrag in die Liste der geschützten Baudenkmäler, setzte es sich die Stadt Schwandorf zur Aufgabe, zumindest einen Teil der imposanten unterirdischen Anlagen vor dem weiteren Zerfall zu retten und sie der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Regelmäßige Führungen

Im „Labyrinth“ mit seinen über 60 Räumen werden regelmäßig Führungen angeboten, zusätzlich gibt es auch Erlebnisführungen mit Schauspieleinlagen der „Regensburger Stadtmäus“ zur Geschichte der „Kellerdiebe“.

Konzerte und Kabarett

Darüberhinaus werden im Felsenkeller an der Fronberger Straße vierzehntäglich kulturelle Veranstaltungen (Blues, Jazz, Rock, Pop, Folk, Kleinkunst und Kabarett) durchgeführt. **□**

Weitere Informationen unter: www.felsenkeller-labyrinth.de

KOMMUNALES BAUEN – WIRTSCHAFTLICH MIT GRAEFF

Ob Kindergärten, Schulen, Mensen oder Sporthallen, ob Sozialunterkünfte oder Gebäude für technische Dienstleistungen – GRAEFF bietet für alle derartigen Bauvorhaben eine wirtschaftliche und architektonisch überzeugende Lösung.

Aus unseren variablen, funktionalen Hallen- und Pavillonmodulen entwickeln unsere Planer genau das auf Ihren Bedarf zugeschnittene Gebäude. Energieeffizient und mit hoher Nachhaltigkeit.

GRAEFF
Container & Hallenbau GmbH



Wir beraten Sie ausführlich!

GRAEFF Container & Hallenbau GmbH | Ruhrorter Straße 2-4 | D-68219 Mannheim
Telefon 0621/84 444 | Fax 0621/84 44 555 | www.graeff-gmbh.de

Führen in der Verwaltung

Von Dr. Wolfgang Berka, Aequitas Consultants GmbH

Der Staatsminister, der Regierungspräsident, der Landrat, der Bürgermeister, der Referatsleiter, der Abteilungsleiter, der Sachgebietsleiter, der Gruppenleiter, jeder Teamchef hat im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu allererst Führungsverantwortung. Hierarchien, Zuständigkeiten, Schnittstellen, Vorgesetzter, Mitarbeiter: Begriffe die sich in jedem Unternehmen wiederfinden.

Die moderne Behörde vergleicht sich gern mit einem Dienstleistungsunternehmen. Der Bürger soll von nun an „Kunde“ genannt werden. Der „Kunde“ ist gemeinhin jemand, der eine Ware oder eine Leistung benötigt oder vielleicht einfach nur haben will, und der bereit ist, dafür zu zahlen. Aus Angebot und Nachfrage bildet sich ein Markt, den die Unternehmen, gesteuert von ihren Chefs und Führungskräften, bedienen.

Dienstleistung

Und in der Behörde? Welchen Markt bedient das Dienstleistungsunternehmen Behörde?

In meiner Zusammenarbeit mit Führungskräften aus der Verwaltung stelle ich gerne in Frage „Warum gibt es eigentlich Ihre Abteilung?“ Die Antwort lautet meist - völlig korrekt: „Weil wir einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen haben.“

Mitarbeiter in Behörden, einschließlich der Führungskräfte, in den verbeamteten Spitzenpositionen in der Regel tüchtige Verwaltungsjuristen, verstehen sich zunächst als hoheitlich handelndes Exekutivorgan, das Gesetze, Verordnungen, Richtlinien schlichtweg umsetzt. In der Verwaltung weiß man, was der Bürger zu brauchen hat. Für diese „Dienstleistung“ bildet sich folgerichtig am Markt auch kein Preis heraus, vielmehr wird eine

Verwaltungsgebühr erhoben, vom steuerlichen Umlagensystem ganz zu schweigen.

Wenn jetzt der Eindruck entstanden sein sollte, der „Dienstleister Behörde“ sei ein reines Lippenbekenntnis, Schönfärberei, dann darf ich feststellen, dass mir gerade auf kommunaler Ebene Verantwortungsträger begegnet sind, die ihr Amt durchaus als unternehmerische Herausforderung begreifen und die von ihren Führungskräften erwarten, dass diese ihre Mitarbeiter für den Dienst am Kunden begeistern.

Hoheitlicher Anspruch der Behörde

Wie passt solches aber mit dem hoheitlichen Anspruch der Behörde zusammen? Dahinter steht eine im Grunde einfache Erkenntnis: Die Kommunen untereinander bewegen sich sehr wohl in einem vitalen Markt. Von ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Attraktivität hängt ab, dass neue Investitionen getätigt werden, dass Arbeitsplätze entstehen, dass Menschen, die ein intaktes Gemeinwesen suchen, sich niederlassen und bereit sind, sich für das Gemeinwesen einzusetzen, beispielsweise im Ehrenamt.

Das Agieren der kommunalen Behörden leistet einen wesentlichen Beitrag zur Attraktivität von Stadt oder Landkreis. Wer-



Lukas Meindl, Landrat Hermann Steinmaßl und Dr. Wolfgang Berka (v. l.). Bild: Trostberger Tagblatt

den Genehmigungsverfahren schnell und lösungsorientiert geführt? Handeln die verschiedenen Sozialbehörden als Zwangsaufsicht oder aus dem Bewusstsein des Garanten für sozialen Frieden in einem intakten Gemeinwesen?

Perspektiven eröffnen

Führen in der Verwaltung heißt, den Mitarbeitern solche Perspektiven für ihr Handeln zu eröffnen, sie zu befähigen, den

Sinn einer Vorschrift zu erkennen, damit sie in Verantwortung vor dem Gemeinwesen dem Bürger in seinen verschiedenen Belangen dienen.

Und so ganz nebenbei: Wenn die Menschen in den Ämtern wissen, warum sie etwas tun, was der gemeinsame Auftrag ist, funktioniert auch die Zusammenarbeit untereinander wesentlich besser. Die Testergebnisse sprechen jedenfalls dafür.

Weitere Informationen unter: www.aequitas-consultants.com

Fachmännische Begleitung

Aussagen von Landrat Hermann Steinmaßl, Traunstein

Meiner Meinung nach hängt der Erfolg in einer Behörde ganz entscheidend davon ab, dass der Chef seine Mitarbeiter „mitnimmt“ und begeistert. In der Organisation unseres Landratsamtes hat uns Dr. Berka dabei sehr unterstützt. Das Aequitas Konzept verbinde ich mit Wertschätzung für Menschen in Verantwortung und mit sauberen, klaren Entscheidungsstrukturen. Hier wird ganz praktisch aufgezeigt, was eine Organisation entscheidungsfähig macht. Ohne Entscheidung geht nichts voran. Externe Analysen liefern uns oftmals bessere und pragmatischere Entscheidungsgrundlagen. Auch bei der Umsetzung ist manchmal fachmännische Begleitung sinnvoll.

Wenn man seine politische Aufgabe ernst nimmt muss man sich gerade in der Verwaltung immer wieder die Frage nach dem „Warum“ stellen. Vorgefertigte Schemata nutzen gar nichts. Deshalb kann qualifizierte Beratung nur bedeuten, dass ganz handfest mit dem Mandanten und für den Mandanten gearbeitet wird. □

er sich seitens des Bundes einen Infrastrukturalas sowie einen Grabungsatlas. Viele Verwaltungsdienstleistungen können heute dem Bürger schon online zur Verfügung gestellt werden, mit dem zügigen Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum soll dies künftig auch der breiten Bevölkerung möglich gemacht werden. Er wies hier auf den Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bayerischen Verfassung hin und nannte einige Beispiele, um dem ländlichen Raum hier gerecht zu werden.

Auch der Landrat des Landkreises Cham, Franz Löffler, bezeichnete DSL als das „Megathema“ im ganzen Land. Weiding habe hier die Nase sehr weit voraus. Die Inbetriebnahme sei nun der Lohn für die hartnäckige Leistung der ganzen Gemeinde.

Nach dem symbolischen Knopfdruck, der den Startschuss ins neue DSL-Zeitalter einläutete, trug sich Staatssekretär Franz Josef Pschierer anschließend ins Ehrenbuch der Gemeinde Weiding ein. □



Mit einem symbolischen Knopfdruck begann ein neues Internetzeitalter in der bayerischen Gemeinde Weiding (v. l. Siegfried Schollerer, Landrat Franz Löffler, Bürgermeister Franz Piendl, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Bürgermeister und MdB Karl Holmeier, Martin Naber und MdB a.D. Klaus Hofbauer). □

Kulturförderung:

„Die Welt wird 2011 weniger bunt“

Ertragssituation der unterfränkischen Kulturstiftung so schlecht wie nie

„Absoluten Handlungsbedarf“ sieht CSU-Bezirksrat Martin Umscheid (Kreis Würzburg) für die Kulturförderpolitik des Bezirks. Hintergrund ist die desaströse Haushaltslage der Kulturstiftung. Wie bekannt wurde, stehen heuer nur 7,6 Millionen Euro zur Verfügung, eine Million weniger als 2010. Die Haushaltsberatungen verkamen dadurch zum Streichkonzert. Vor allem in der Denkmalpflege wurde drastisch gekürzt: Statt 1,45 gibt es heuer nur noch knapp 1,1 Millionen Euro.

Damit gehe der Bezirk an ein „zentrales Instrument“ seiner Förderpolitik, so Umscheid: „Es ist die Denkmalpflege, die in der Fläche als eines der wenigen Förderinstrumente des Bezirks deutlich wahrgenommen wird.“ Mehr Geld stünde hier zur Verfügung, würde an anderer Stelle nicht Kulturelles mit nur geringem Effekt gefördert. Ein Dorn im Auge ist dem CSU-Politiker zum Beispiel die Berufsschule für Musik in Bad Königshofen, in die jährlich eine halbe Million Euro fließen. Jeder der 64 Schüler werde mit 8.000 Euro gefördert. Umgerechnet 65 Euro zahle der Bezirk für jeden Besucher seines Museumsschlosses in Aschach, das 2011 mit 800.000 Euro bezuschusst werden soll.

Seit Jahren wehren sich die Freien Wähler dagegen, dass immer mehr Erlöse aus der Kulturstiftung in verbindliche Zuwendungen fließen, erklärte Tamara Bischof (Kitzingen). Inzwischen sind 4,2 Millionen Euro fest gebunden. Eine Summe, die noch angegangen sein möchte in guten Zeiten, als die Kulturstiftung 13 Millionen Euro im Jahr abwarf. Nachdem die Erträge dramatisch eingebrochen sind, stehen jetzt nur noch 3,4 Millionen Euro frei zur Verfügung. Ob der Posten der verbindlichen Zuwendungen in eigenen Einrichtungen, Zweckverbänden und Trägervereinen, in denen der Bezirk Mitglied ist, nicht doch reduziert werden könne, solle 2011 „konsequent“ untersucht werden.

Einsparpotenziale

Jede Kultureinrichtung, die einen festen Zuschuss bekommt, muss Einsparpotenziale ausfindig machen, beschloss denn auch der Ausschuss. Um den Druck auf die Einrichtungen zu erhöhen, werden freie Fördergelder künftig verstärkt unter einen Sperrvermerk gestellt. Freigegeben werden die Mittel erst, wenn die Einrichtung Personalkosten spart oder zumindest glaubhaft darlegt, dass Kürzungen untersucht wurden. Dabei müsse auch über den vermehrten Einsatz von Ehrenamtlichen nachgedacht werden. Ein Exempel statuierte der Ausschuss bei der Musikakademie Hammelburg: Die 50.000 Euro-Förderrate für das vierte Quartal wurde unter Vorbehalt gestellt.

Der Landkreis Main-Spessart rückte beim Punkt „private Museen“ in den Fokus. Dabei ging es um die Papiermühle Follmer in Trifenstein. 38.000 Euro kostet die Einrichtung, 23.000 Euro erhielt sie bisher vom Bezirk. Fördergelder vom Landkreis und von der Gemeinde fließen nicht. Der Kulturausschuss reduzierte den Zuschuss auf 15.000 Euro und machte weitere Förderungen von einer Kofinanzierung durch die Kommunen abhängig.

Schmerzlich für kleinere Museen in Unterfranken ist, dass es heuer weniger Geld für die von der Bezirksheimatpflege realisiert

ten Sonderausstellungen geben wird. Auf Antrag der CSU wurde der Haushaltsvorschlag der Verwaltung von rund 47.500 auf 30.000 Euro gekürzt. Dies bedeutet, dass nur eine große Sonderausstellung 2011 realisiert werden kann. Laut Bezirksheimatpfleger Professor Dr. Klaus Reder leben die zahlreichen kleinen Museen in Unterfranken von diesen Sonderausstellungen, da sie nicht genug Personal und Mittel zur Verfügung haben, um eigene Projekte zu realisieren. „Die Welt geht durch diesen Beschluss nicht unter, wird aber für die Museen nächstes Jahr weniger bunt.“

Zu schaffen macht dem Bezirk, dass der Freistaat vornehmlich die Naturwissenschaften fördert - zu Ungunsten der Geisteswissenschaften. Dies beschert der Kulturstiftung zahlreiche Anträge von Historikern, Volkskundlern und Germanisten der Universität. Doch auch hier muss gekürzt werden. Pat Christ

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlußtermin:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)

€ 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Pilotgemeinde Weiding:

Eigenständiger Breitbandausbau

Die Pilotgemeinde Weiding im Bayerischen Wald hat nach langem Ringen und harter Arbeit ein eigenständig ausgebautes Breitband-Hochleistungsnetz in Betrieb genommen. Das neue Netz ermöglicht Bandbreiten bis zu 100 Mbit/s – Champions League-Niveau, verkündete stolz der Bürgermeister der Gemeinde und CSU-Bundestagsabgeordnete MdB Karl Holmeier.

Zur offiziellen Inbetriebnahme des neuen Hochgeschwindigkeitsnetzes hatte die Gemeinde Weiding jüngst ins Rathaus eingeladen. Bürgermeister Karl Holmeier begrüßte die anwesenden Ehrengäste mit dem bayerischen Staatssekretär Franz Josef Pschierer und Landrat Franz Löffler an der Spitze.

Bereits seit 2003 sei die fehlende Breitbandanbindung im ländlichen Raum immer wieder ein großes Thema gewesen. Erst mit der Umrüstung des Vorwahlbereiches 09777 in der Vermittlungsstelle Arnschwang durch die Deutsche Telekom im Jahr 2004 konnte auch für die Gemeinde Weiding eine kleine Verbesserung erreicht werden. Dennoch blieben große „weiße Flecken“, in denen aufgrund der langen Kabelstrecken auf dem Land keine oder nur eine unzureichende DSL-Anbindung möglich war.

Da die Deutsche Telekom einen Ausbau nicht in Erwägung zog, hat sich die Gemeinde Weiding dazu entschlossen, das Ruder selbst in die Hand zu nehmen und ein eigenes Glasfasernetz aufzubauen, so Karl Holmeier.

Mittlerweile wurde das Thema der fehlenden Breitbandversorgung auch zu einem politischen Thema in ganz Deutschland. Der politische Druck einschließlich der Förderprogramme seien unwahrscheinlich wichtig für unser

Projekt in Weiding gewesen, so der CSU-Politiker rückblickend.

Zusammen mit dem Fraunhofer-Institut in München und dem Breitbandberater Siegfried Schollerer von der Firma BBN aus Trautsching wurde 2008 ein Konzept zur flächendeckenden Breitbanderschließung in der Gemeinde Weiding und im Chamtal erarbeitet. Zwischenzeitlich kam auch von Bund und Land die Zusage, den DSL-Ausbau im ländlichen Raum zu fördern. Nach einem Markterkundungsverfahren und einer Ausschreibung hat sich die Gemeinde Weiding zur Realisierung des Projektes für die Firma smart-DSL aus Wiggensbach im Allgäu entschieden.

Kraftakt

Als echten Kraftakt bezeichnete Karl Holmeier den Breitbandausbau, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch angesichts der vielen zu überwindenden Hürden. Nun freue er sich über den offiziellen Start.

Sein Dank galt allen Helfern und Unterstützern, angefangen von politischer Seite bis hin zu den bauausführenden Firmen. Versöhnliche Töne schlug Karl Holmeier auch gegenüber der Deutschen Telekom an, die letztlich doch noch kooperierten. Als guten Partner der Gemeinde Weiding bezeichnete Holmeier nun

die Telekom im Rahmen des Empfangs zur Inbetriebnahme des Netzes. Nach harten Verhandlungen sei man jetzt gemeinsam vorwärts gekommen.

Franz Josef Pschierer, Finanzstaatssekretär und IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung gestand in seiner Festrede eingangs auch Fehler ein, die seitens der Staatsregierung im Hinblick auf die Breitbandversorgung im ländlichen Raum gemacht wurden. Der Markt regle eben nicht alles, so Pschierer. Diese Auffassung der Politik, die noch vor wenigen Jahren vorherrschte, sei nicht richtig gewesen. Er habe schon einige Breitbandnetze in Betrieb genommen, doch diese sei die Bundesliga in Sachen DSL-Geschwindigkeit.

Für die nahe Zukunft wünsche

Markt Ergolding:

Goldener Ehrenring für Hans Bauer

Weil er sich in seiner Amtszeit als Erster Bürgermeister sowie in verschiedenen kommunalen und öffentlichen Gremien in besonderem Maße um den Markt Ergolding verdient gemacht hat, wurde Hans Bauer mit dem Goldenen Ehrenring der niederbayerischen Kommune ausgezeichnet. Damit wurde eine Persönlichkeit geehrt, die ein ganzes Berufsleben ausnahmslos beim Markt Ergolding verbracht hat.

Wie der amtierende Bürgermeister Josef Heckner beim Neujahrskonzert, das als Rahmen für die Feierstunde diente, in seiner Laudatio ausführte, war Bauer von seinen 45 Jahren, die er im Ergoldinger Rathaus wirkte, 30 Jahre lang als Rathauschef tätig. 1963 trat er mit 17 Jahren seinen Dienst in der Verwaltung der Gemeinde Ergolding an. Sechs Jahre später legte Bauer die Anstellungsprüfung für den gehobenen Dienst ab. Bei den Kommunalwahlen 1978 wurde er mit einem Stimmenanteil von 72,1 % zum Ersten Bürgermeister des Marktes Ergolding gewählt. Bei weiteren vier Abstimmungen wurde er jeweils mit deutlicher Stimmenmehrheit im Amt bestätigt. Bis zum 30. April 2008 lenkte Hans Bauer schließlich die Geschicke der im Landkreis Landshut gelegenen Kommune.



Hans Bauer.

Hans Bauer, der auch den Rahmen schuf für die Entwicklung einer örtlichen Gemeinschaft, eines lebendigen, gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Lebens, hat laut Heckner über seine Bürgermeisterstätigkeit hinaus auch noch weitere Aufgaben in kommunalen Gremien und im öffentlichen Leben übernommen. So gehört er u. a. seit 1990 dem Kreistag des Landkreises Landshut an und ist dort seit Mai 2008 Fraktionssprecher der CSU. Beim Bayerischen Gemeindetag war er von 1996 bis 2002 Sprecher der Bürgermeister des Landkreises Landshut.

Gegen Widerstände

„Hans Bauer hat sich stets mit Nachdruck für die Interessen des Marktes Ergolding eingesetzt. Er hat seine Vorstellungen, wenn es notwendig war, auch mit Vehemenz gegen Widerstände verteidigt. In fünf Amtsperioden habe Hans Bauer, so Heckners Fazit, „ein großes Kapitel der Ortsgeschichte von Ergolding gestaltet und entscheidend mitgeprägt“.

In seiner Dankesrede wies Hans Bauer darauf hin, dass er erst der fünfte Bürger sei, der den Goldenen Ehrenring entgegennehmen dürfe. Die Auszeichnung habe für ihn einen außergewöhnlichen Stellenwert. Er verstehe diese als Dank und Anerkennung, aber auch als Krönung seiner 30-jährigen Bürgermeisterstätigkeit. **DK**

stelle die Hochwasserfreilegung durch den Ergoldinger Ableiter mit einem sehr schwierigen und langwierigen Verwaltungsverfahren dar, das bis heute noch nicht ganz abgeschlossen sei. Außerdem wurde zusammen mit der Nachbargemeinde Essenbach die Energieversorgung Ergolding-Essenbach GmbH gegründet.

Miltenberg:

Förderbescheide für zwei Leader-Projekte überreicht

Frohe Gesichter über zwei dicke Schecks: Der unterfränkische Leader-Manager Wolfgang Fuchs und sein Kollege Karl-Heinz Suhl haben jüngst im Miltenberger Landratsamt Fördermittelbescheide in Höhe von 227.000 Euro an die Träger von zwei Leader-Projekten überreicht. Mit 111.682 Euro fördert die Europäische Union das Vorhaben „Buntsandstein – Erlebnis für alle Sinne, Teil 2: Walderlebnis im Königswald Mömlingen“, mit 115.538 Euro das Projekt „Aufbau und pilothafter Betrieb eines Burgen- und Schlössernetzwerks Main4Eck“.

Zur Förderbescheidsübergabe waren nicht nur die regionalen Leader-Manager Sabine Müller und Dr. Jürgen Jung gekommen, sondern auch zahlreiche an den Projekten beteiligte Bürgermeister und Eigentümer von Burgen. Im Kleinen Sitzungssaal moderierte die stellvertretende Landrätin Claudia Kappes die Übergabe. Sie zeigte sich hoch erfreut über den schönen Anlass, der die Gäste in das Landratsamt geführt hatte.

Walderlebnis Mömlingen

Mömlingens Bürgermeister Siegfried Scholtka war die Freude über die Genehmigung des Projekts „Walderlebnis im Königswald Mömlingen“ deutlich anzumerken. „Das ist ein großer Meilenstein für unsere Gemeinde“, sagte er und erläuterte das Projekt. Es sieht vor, im Steinbruch im Königswald einen Biwakplatz zu etablieren, der neben der sanitären Infrastruktur auch eine Vielzahl von Erlebnisangeboten bereithält, darunter eine alte Scheune, einen Teamparcours, einen Sedimentspielplatz und vieles mehr. Dem Projekt maß Scholtka überregionale Bedeutung bei, denn mit den zahlreichen Gästen werde man auch die Übernachtungszahlen im Landkreis nach oben treiben. Mit dem Projekt habe man es zudem geschafft, viele ehrenamtlich mitarbeitende Bürger zu ak-

tivieren, freute sich der Bürgermeister.

Dr. Gerhard Ermischer vom Archäologischen Spessartprojekt stellte das Burgen- und Schlössernetzwerk vor, das 20 Bauwerke in 16 Gemeinden vernetzt. In das Netzwerk sind Kommunen, private Eigentümer und sonstige interessierte Akteure eingebunden. Die 20 kulturhistorischen Baudenkmäler sollen nun touristisch in Wert gesetzt werden. Gebetsmühlenartig hätten er und sein Kollege Horst Sattler in den Gemeinderäten Überzeugungsarbeit für die Teilnahme am Projekt geleistet, sagte Ermischer. Nun werde man versuchen, die Burgen aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwecken. Man habe es auch geschafft, mit Freudenberg eine Kommune aus einem Nachbarbundesland zu gewinnen, obwohl dies aufgrund haushaltsrechtlicher Schwierigkeiten nicht einfach gewesen sei. Mittlerweile habe man sogar „massive Signale“ von Burgen-eigentümern außerhalb der Förderregion erhalten, die auf eigene Kosten ebenfalls mitmachen wollen.

Buntsandsteinprojekt

Karl-Heinz Suhl vom Amt für Landwirtschaft und Forsten Bad Neustadt übergab die Bescheide. Zum Buntsandsteinprojekt sagte er, dass dieses Projekt nicht nur Neugier wecke, sondern auch



Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Pfui Teufel! Wenn man sich das vorstellt, was alles den Tieren und Pflanzen vorgesetzt wird, bevor wir sie essen, dann bekommt man das kalte Grausen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam gerade aus einer Sitzung mit einer Abordnung von Bauern und Gärtnern, die noch in unserer Stadt wirtschaften.

Letztlich sind die Erzeuger genauso Opfer wie wir Verbraucher. In der ewigen Spirale von immer mehr und immer billiger, die das Geschäft mit Lebensmitteln kennzeichnet, müssen sie bei Futter wie bei Dünger oder Pestiziden immer auf die Suche gehen nach Angeboten, die die Produktion immer höher schrauben und den Einkaufspreis niedrig halten. Da weiß man immer weniger, was in den Säcken drin ist, die angeliefert werden – oder man will es erst gar nicht wissen.

Die Chronik der Lebensmittelskandale der

Das Problem der Ernährung

letzten Jahre ist ja mittlerweile zu einem dicken mehrbändigen Folianten angewachsen. Kaum ein Produkt, in dem nicht Rückstände gefunden wurden, das nicht dem Verdacht ausgesetzt war, schwere Krankheiten auszulösen oder das sogar noch verdorben in den Verkauf gelangte. Dabei sind die jetzt in der Diskussion stehenden Eier und Hendl, die mit Dioxin belastet wurden, weil ein Ex-Stasi-Kader das kapitalistische Streben nach Profitmaximierung genauso kriminell missverstanden hat, wie früher in der DDR den humanistischen Ansatz der Staatsideologie, geradezu harmlos gegen die Perversionen menschlichen Gewinnstrebens. Vor dem BSE-Skandal wurden Pflanzenfressern wie Kühen und Schafen zu Tiermehl vermahlene Überreste ihrer Artgenossen zum Masten gegeben. Oder während der Ekefleischenthüllungen, als sich herausstellte, dass vermodernde, ranzige und stinkende Lebensmittelabfälle fröhliche Urständ als Bestandteile und Zutaten von „Veredelungsprodukten“ feierten.

Natürlich stellt man sich die bange Frage, ob nun bei uns die Kontrollen so gut funktionieren, so dass diese skandalösen Vorgänge immer wieder und in schneller Abfolge ans Licht geraten. Oder ob der Schindluder mit Tieren und Pflan-

zen einfach ein so massenhaft vorkommendes Phänomen ist, dass Missbräuche einfach auf-fallen müssen.

Viel wird derzeit darüber gesprochen, wie man solche Skandale verhindern kann. Klar ist: Die populäre Linie, zum Zwecke des Bürokratieabbaus staatliche Kontrollen einzuschränken und auf Selbstverpflichtungen und -kontrolle der Industrie zu setzen, muss verlassen werden. Der Satz ‚Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser‘ mag von Lenin sein, aber er stimmt.

Wichtiger ist, dass wir als Verbraucher wieder achtsamer und umsichtiger mit uns selbst umgehen – und respektvoller mit den Tieren, denen wir unsere Ernährung verdanken. Wenn wir uns selber, unseren Körper und vor allem unsere Sinne – den Geschmack, den Geruch, auch das Auge – mehr achten würden, käme uns sicher nicht in den Sinn, abgepackte Wurst oder eingefrorenes Rindfleisch von weiß der Geier woher zu kaufen, statt beim Metzger, der einem sagen kann, wann er das Brät für die Wurst gemacht hat und woher er die Zutaten bezieht. Jeder Fleischer, der seinen Laden dichtmachen muss, weil die Kühltheke im Supermarkt ihm den Garaus macht ist ebenso eine Niederlage für unser Wohlbefinden, wie jeder Bäcker, der seinen Laden für einen Backdiscounter räumen muss oder jeder Bauer, der bei uns aufgibt.

Mein Chef, der Bürgermeister, kauft seine Milch, seine Eier, sein Fleisch und seinen Käse übrigens schon lange im Hofladen eines hiesigen Bauern, der mit anderen aus der Region ein Erzeugernetz geknüpft hat. Alle füttern und düngen im Wesentlichen mit den Erzeugnissen der eigenen Höfe. Die Produkte sind natürlich nicht so billig wie beim Discounter, aber wenn da mal belastetes Futter oder ähnliches zum Einsatz kommt, ist es schicksalshafte Fügung und keine Folge eines Preisdiktats. Die Zwischenhändler fallen ja weg und ebenso die Transportkosten. Und dem Chef schmeckt's einfach, getreu dem Satz von George Bernard Shaw auf dem heutigen Kalenderblatt: „Die aufrichtigste Liebe ist die Liebe zum Essen.“

the
Sabrina



Frohe Gesichter bei der Übergabe der Leader-Förderbescheide im Miltenberger Landratsamt. Im Bild zu sehen in der vorderen Reihe (von links): Dr. Gerhard Ermischer (Archäologisches Spessartprojekt), Siegfried Scholtka (Bürgermeister Mömlingen) sowie Karl-Heinz Suhl und Wolfgang Fuchs (Amt für Landwirtschaft und Forsten), dahinter (von links) Horst Sattler (Archäologisches Spessartprojekt), Leader-Managerin Sabine Müller und stellvertretende Landrätin Claudia Kappes sowie die Bürgermeister und die weiteren Vertreter der an den Projekten beteiligten Partner. **□**

Erlebnisse biete. Auch das Erholungspotenzial und die Erholungsfunktion des Waldes würden aufgewertet. „Das Geld ist hier gut angelegt“, so Suhls Einschätzung. Das Bürgernetzwerk ist seiner Auffassung nach ein sehr breit aufgestelltes Projekt, das schwierig zu bearbeiten war. Es sei sehr vielschichtig und facettenreich, sagte Suhl und wies darauf hin, dass das Projekt die

Chance habe, „richtig große Ausstrahlung zu entfalten.“ Dieses Projekt wird im Übrigen auch vom Landkreis Miltenberg mit 20.000 Euro gefördert, ergänzte stellvertretende Landrätin Claudia Kappes.

Unterfrankens Leader-Manager Wolfgang Fuchs wies darauf hin, dass Projekte den Vorgaben des Regionalen Entwicklungskonzepts entsprechen müssten,

um eine Chance auf Realisierung zu haben. Wer mit einem Vorschlag zu den Leader-Managern geht, müsse deshalb damit rechnen, dass am Ende ein anderes Projekt herauskommt, erklärte der Fachmann, „darauf muss man sich einstellen.“ Wichtig sei, dass das Projekt von unten entwickelt wird und daraus im Idealfall ein Bürgerprojekt wird. „Das wird ein schönes Projekt“, schätzte er das Buntsandsteinprojekt ein. Zum Burgenprojekt bemerkte er, dass das Archäologische Spessartprojekt einen guten Namen habe. Erstes sichtbares Zeichen werde die Beschreibung der Burgen sein, meinte Fuchs, es müssten aber viele weitere Aktivitäten folgen. Auch hier sei die Erkenntnis wichtig, dass nur gemeinsam viel zu erreichen sei. Für das Miltenberger LAG-Management seien die beiden genehmigten Projekte ein Meilenstein, stellte Fuchs fest. Obwohl die LAG eine der jüngsten in Bayern sei, habe man schon fünf Projekte umgesetzt, lobte er.

Zusammenarbeit

Dass man gemeinsam weiter kommt, haben auch die Verantwortlichen des Archäologischen Spessartprojekts und des Geopark-Managementteams mit dem Unterschreiben eines Kooperationsvertrags im Anschluss an die Förderbescheidsübergabe. Dr. Gerhard Ermischer und Geopark-Geschäftsführer Reinhard Diehl setzten ihre Unterschrift unter das Vertragswerk, mit dem die weitere Zusammenarbeit der Institutionen schriftlich fixiert wurde. **□**

Fachwissen

„Er gab die Richtung vor, motivierte, verhandelte und baute. Mit Fachwissen ausgestattet suchte er Innovationen, oft aber auch nach sparsamen Lösungen. Das Bürgermeisteramt forderte seinen vollen Einsatz über normale Dienstzeiten hinaus, es war mit enormer Verantwortung verbunden und vereinnahmte den Amtsträger bis in das Privatleben hinein“, stellte Heckner fest. Die Ausfüllung des Amtes sei eine Aufgabe, bei der das Wort Pflicht umfassender zu sehen ist, als in anderen Berufen. Hans Bauer sei diesen Aufgaben in hervorragender Weise gerecht geworden. Er habe seine Tätigkeit als Bürgermeister „nicht als Beruf, sondern als Berufung“ gesehen und sich mit seiner ganzen Persönlichkeit ohne Wenn und Aber für die Kommune eingesetzt.

Kanalnetz

Die vom Markt in der Zeit von 1978 bis 2008 getätigten Investitionen beliefen sich Heckner zufolge auf insgesamt 144 Millionen Euro. Wesentliche Hochbaumaßnahmen waren der Bau des Rathauses, der Feuerwehrgaragehäuser in Ergolding, Piflas und Oberglaim, des Bürgerhauses mit Bürgersaal, des Bauhofes, des Kindergartens am Bründl, die Generalsanierung, der Umbau und die Erweiterung der Badewelt und Sauna Ergomar sowie die Generalsanierung der Grundschule Piflas mit der Errichtung einer Kleinsporthalle.

Wie Bürgermeister Heckner weiter ausführte, „wurde aber nicht nur für jeden sichtbar nach oben gebaut, sondern auch viel Geld in den Ausbau und die Sanierung des Kanalnetzes investiert“. Dazu gehöre auch die Beteiligung am Bau der neuen Kläranlage der Stadt Landshut, an die das gesamte Kanalnetz des Marktes Ergolding angeschlossen ist. Erhebliche Finanzmittel seien auch für das Straßennetz aufzuwenden gewesen, wobei der Rathauschef den Bau der Mattarelloallee mit einer Bahnbrücke und einer Bahnunterführung hervorhob.

Gewerbeansiedlungen

Zudem wurden Wohnbauland und Gewerbegebiete ausgewie-

40 Jahre Rödental:

Erfolgsgeschichte ohnegleichen

Anlässlich des Jubiläums „40 Jahre Rödental“ konnte 1. Bürgermeister Gerhard Preß zur Festsitzung die Altbürgermeister Ferdinand Fischer („Architekt des heutigen Rödental“), dessen Stellvertreter Albert Langguth, Regierungspräsident Wilhelm Wenning und eine große Anzahl von Ehrengästen, amtierende und frühere Stadtratskollegen, Bürgermedaillenträger sowie Mitarbeiter begrüßen. Umrahmt wurde die Feier im Großen Rathaussaal von Bläsern des Musikvereins der Stadt.

Der Zusammenschluss der sechs Gemeinden Oeslau, Mönchröden, Einberg, Kipfendorf, Rothenhof und Unterwohlsbach zur neuen Kommune Rödental zum 1. Januar 1971 war in ganz Bayern ein Modellfall. Zur damaligen Zeit konnte sich niemand vorstellen, dass große selbständige Gemeinden, die auch finanziell gut ausgestattet waren, ihre Selbständigkeit aufgeben und sich zu einer neuen, innovativen, kommunalen Einheit formieren.

Zahlreiche Initiativen

Wie Bürgermeister Gerhard Preß rückblickend betonte, galt es Initiativen zu setzen, um die neu formierte Gemeinde in vielen Infrastrukturbereichen zu entwickeln. Mit dem AWO-Seniorenheim, dem Hallenbad, dem Feuerwehr-/Rot-Kreuz-Zentrum und dem Lienhard-Fuchs-Kindergarten seien erste Schwerpunkte geschaffen worden, bevor mit dem neuen Rathaus auf einer 60 Hektar freien Fläche das Modellvorhaben „Entwicklungsmaßnahme Rödental-Mitte“ begann und in den folgenden 30 Jahren erfolgreich umgesetzt wurde. Heute sei dieses Zentrum zentrale Anlaufstelle für die Bürgerschaft bzw. Besucher/Kunden/Patienten aller Ärzte und Fachärzte, von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, zum Einkaufen und zur Freizeitgestaltung.

Meilenstein

Ein Meilenstein war Preß zufolge die Stadterhebung Rödental im September 1988, wobei zwar nicht unmittelbare finanzielle Vorteile erzielt, für die Entwicklung jedoch als „mögliches Mittelzentrum“ wichtige landesplanerische Voraussetzungen geschaffen worden seien. Wer heute die großflächigen Einkaufsmöglichkeiten in der Stadt und insbesondere im Industrie- und Gewerbegebiet die positiven Folgen dieser Stadterhebung. Seit 1990 verfüge Rödental über ausreichende Kindergartenplätze, alle Schulen stünden räumlich und fachlich mit allen notwendigen Einrichtungen zur Verfügung.

Mit der Grenzöffnung 1989/90 ergaben sich laut Preß neue Ziele und Aufgaben, mit der Nachbarstadt Schalkau wurde am 3. Oktober 1990 eine „Städtepartnerschaft“ geschlossen. Die Verbindungsstraßen nach Thüringen mussten ebenso wie die Planungen der A 73 und der ICE-Neubaustrecke begleitet und wichtige Interessen wahrgenommen werden und schließlich sei für ihn persönlich und mit der Unterstützung der Bürger auch das wichtige Thema „Umgehungsstraße – B 999“ eines der gesteckten Ziele gewesen. Mit ihrer Verkehrsfreigabe voraussichtlich im Dezember 2011 werde auch ein neues Kapitel im innerstädtischen Verkehrsbereich erfolgen, „wir werden hier Wohn- und Lebensqualität wesentlich verbessern können“.

Städtepartnerschaft

Darüber hinaus galt es, dass die A 73 nicht im Westen, sondern im Osten des Landkreises, unmittelbar vor den Toren Rödental gebaut wird, um den direkten Anschluss an das überregionale Fernstraßennetz zu erhalten. Auch hier habe sich der Einsatz gelohnt; Rödental mit einer eigenen Autobahnausfahrt wäre vor 40 Jahren nicht vorstellbar gewesen.

Hoher Stellenwert

„Besonders lag und liegt mir am Herzen die Unterstützung der großartigen ehrenamtlichen Arbeit in der vielschichtigen Gliederung unserer Stadt“, stellte der Bürgermeister fest. Dieses Engagement verdiene besondere Anerkennung und Förderung. Rödental habe sich in diesen vier Jahrzehnten mit seinen fleißigen Bürgerinnen und Bürgern, den innovativen und investitionsfreudigen Unternehmen und Gewerbetreibenden, einer funktionierenden und zukunftsorientierten Kommunalpolitik einen hohen Stellenwert im Bereich der Städte und Gemeinden Oberfrankens und Bayerns erarbeitet.

Lebendige Kommune

In seiner Festrede sprach Oberfrankens Regierungspräsident Wilhelm Wenning von einer „Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht“. Blickt man heute auf Rödental, so sehe man eine lebendige Kommune mit rund: 14.000 Einwohnern und einer Fläche von knapp 50 qkm. Sie sei damit flächenmäßig sogar größer als die benachbarte ehemalige Residenzstadt Coburg. Man blicke zudem auf eine Stadt mit einer Vielzahl von Handelsgeschäften, Industrie-, Gewerbe- und Handwerksbetrieben, die nicht weniger als 6200 Arbeitsplätze bieten. Daran könne man unschwer erkennen, dass die Wirtschaftsförderung ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik in Rödental ist.

Bayerischer Qualitätspreis

Das Engagement der Stadt gerade beim Standortmarketing mit Bürgermeister Gerhard Preß an der Spitze habe mit der Verleihung des Bayerischen Qualitätspreises „Wirtschaftsfreundliche Gemeinde“ im Jahr 2002

seine verdiente Anerkennung gefunden.

Zusammengefasst blicke man auf eine lebens- und lebenswerte Stadt, „in der sich hervorragend wohnen und arbeiten lässt und in der man auch gerne als Gast verweilt“. Gerade die momentane Situation bewiese eindrucksvoll, „dass hier in Rödental vor vier Jahrzehnten die Weichen richtig gestellt worden sind“, konstatierte Wenning. „Und es wurden und werden auch in jüngster Zeit richtungsweisende Entscheidungen getroffen, die die positive Entwicklung Rödental auch in der Zukunft absichern.“

„Alleinstellungsmerkmal“

In seinem Grußwort bezeichnete das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags Dr. Jürgen Busse Bürgermeister Preß als einen „Fuchs“, der es geschafft habe, alle bayerischen Ministerpräsidenten nach Rödental zu holen. Reiner Knäusl, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim

Tagung der Oberpfälzer Landräte:

Streben nach Donau-Moldau-Region

Bei der jüngsten Zusammenkunft der Oberpfälzer Landräte und der Oberbürgermeister der drei kreisfreien Städte auf der Burg in Wernberg-Köblitz (Kreis Schwandorf) stand die Europaregion Donau-Moldau, die Südböhmen, Bayern und Österreich verbinden soll, im Zentrum der Diskussion. Hier soll die Zusammenarbeit der drei Länder Tschechien, Österreich und Deutschland, speziell Bayern, gefördert werden.

Wie der Neustädter Landrat Simon Wittmann in seiner Eigenschaft als Sprecher der Landräte hervorhob, „streben wir noch heuer eine Einigung über die Organisationsstruktur mit den Tschechen und den Oberösterreichern an“. Die Landkreischefs sähen einen Schwerpunkt darin, „dass unsere Positionierung zwischen Prag, Wien, München und Nürnberg in deren Eigenschaft als Metropolregionen erfolgt“.

Landräte müssen sich einmischen

Nach Ansicht von Schwandorfs Landrat Volker Liedtke sollten sich jedoch die Landräte auch in gegenwärtig laufende politische Prozesse einmischen. Es sei nicht akzeptabel, dass bei Zukunftsvisionen auf höherer politischer Ebene „ganze Räume abgekoppelt werden“. Die Oberpfalz müsse in engem Schulterschluss stehen, um



Von links: Altbürgermeister Albert Langguth, 1. Bürgermeister Gerhard Preß, Magda Günther (Gemeinderätin 1971), ihr Gemeinderatskollege Gerhard Maar und Regierungspräsident Wilhelm Wenning.

Bayerischen Städtetag, verwies seinerseits auf ein besonderes „Alleinstellungsmerkmal“ der Stadt Rödental, die Itzthalbrücke. 2005 als Teil der Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt erbaut, habe die hochtechnische Eisenbahnbrücke keinerlei Bedeutung.

Ungenutzt stehe sie in der Landschaft und werde daher von der Bevölkerung auch als „So-da-Brücke“ bezeichnet. Knäusl wünschte der Festversammlung, dass alle die Eröffnung der Brücke noch miterleben mögen.

DK

stärkere Vernetzung der Gemeinden und die Schaffung noch besserer Kontaktmöglichkeiten.

Verwaltungsreform

Mit Blick auf die Verwaltungsreform waren sich Landräte und Oberbürgermeister einig, möglichst alles im normalen Aufbau zu belassen. Sonderbehörden schafften Verwirrung, beschrieb Simon Wittmann den Standpunkt der Tagungsteilnehmer.

Berufsschulstandorte

Bei der Konferenz wurde zudem über den Bestand und eine eventuelle Neuorganisation der Oberpfälzer Berufsschulstandorte diskutiert. Laut Wittmann unterstützen alle Beteiligten den Reformansatz. Keiner wolle das Vorhaben scheitern sehen. Regierungspräsidentin Brigitta Brunner erwarte nun die schriftlichen Stellungnahmen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten. Vorher allerdings sollen, sofern Bedarf besteht, die einzelnen Gebietskörperschaften mit ihren Nachbarn reden und sich abstimmen.

DK

L I E F E R A N T E N -

GZ

N A C H W E I S

Absperrrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufsbekleidung

bardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 · BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hallo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hallo-professional.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:

Telefon (08171) 93 07-13

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de